

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1982.

Donnerstag, den 28. Juni 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1984.

Werbt neue Klassenkämpfer!

Die ganze politische Entwicklung zeugt von der immer stärkeren Zuspitzung unserer politischen Gegensätze, die in der Form des unerbittlichsten Klassenkampfes ausgefochten werden. Immer mehr schließt sich das Bürgertum aller Parteilagerungen zu der einen reaktionären Klasse zusammen. Immer isolierter steht die Arbeiterklasse da in ihrem Kampfe gegen die kapitalistische Untkultur des Militarismus, des Marinismus, der aberwärtigen, konfliktswangeren Welt- und Kolonialpolitik, der sozialen Knechtung und politischen Entrechtung der proletarischen Klasse des Volkes. Da gilt es für das Proletariat, doppelt gerüstet zu sein, um die schweren, sich stetig verschärfenden Kämpfe der Zukunft siegreich durchzuführen.

So kolossale Neubelastungen die letzte Reichstagsession dem Volke auferlegt hat — die Militär- und Steuerfahne ist dadurch nicht zur Ruhe gesetzt worden. Trotzdem die Flottenverlängerung eine Mehrausgabe von 1/2 Milliarden bedeutet, munkelt man in künftigen Kreisen bereits von einer

neuen Flottenverlängerung.

Auch ist es ziemlich feststehend, daß die Verbreiterung des Nordostkanals einen Kostenaufwand von nicht weniger als 200 Millionen Mark

verschlingen wird! Dazu werden dann noch die Kosten für den Sandmilitarismus kommen!

Weitere unüberschaubare Ausgaben erhofft unsere glorreiche Kolonialpolitik. Gegen 400 Millionen haben die Kriegsausgaben in Südwest- und Tansania bereits verschlungen, weitere Hunderte von Millionen werden folgen. Die Versorgung der Hinterbliebenen der Gefallenen sowie der tausende verwundeter und invalider Afrikanerfamilien wird den Pensions- und Invalidenfonds enorm belasten!

Daß eine solche Kolonial- und Weltpolitik die Reichsfinanzen trotz aller neuen Steuererschöpfungen derart in Anspruch nimmt, daß für die Lösung der dringenden Aufgaben auf sozialem und kulturellem Gebiet nichts übrig bleibt, liegt auf der Hand!

Je kräftiger aber die Arbeiterklasse gegen eine solche Politik der Untkultur protestiert, desto ungeschminkter tritt bei den Nutznießern der kapitalistischen Ausbeutungspolitik die Absicht zutage, das Proletariat durch ein brutales Gewaltregiment wirtschaftlich und politisch daniiederzuhalten. Als

Keloten

glaubt man die proletarische Mehrheit des Volkes behandeln zu können, als Keloten in der äußeren Politik, als Keloten in der inneren Politik! Das Begehren der preussischen Wahlrechtsreform hat man mit dem Hohne einer erbärmlichen Wahlkreisfiktion, mit der allem proletarischen Empfinden ins Gesicht schlagenden Schulverfassung beantwortet!

Es ist eine Ehrenpflicht der Arbeiterklasse, dieser empörenden Herausforderung durch Betätigung doppelten Kampfes zu begegnen! Es gibt nur eine Parole für jeden denkenden Arbeiter:

Werbt neue Klassenkämpfer!

Verbreitet eifriger denn je die sozialistische Aufklärung! Mittels die Tragen und Lässigen zum Klassenbewusstsein auf, entfacht in den gedankenlos Dahindämmern die leuchtende Flamme proletarischen Ehr- und Pflichtgefühls! Werbt neue Klassenkämpfer vor allem durch Heranziehung immer neuer Abonnenten für Euer Kampforgan, den

„Vorwärts“!

Holländische Kolonialpolitik.

Schon heute kann als sicher gelten, daß, wenn es gelingen wird, den Aufstand der Eingeborenen in Südafrika völlig niederzuschlagen, eine neue Ära der deutschen Kolonialpolitik beginnt. Nicht nur, daß die gestärkten Farmen wieder hergestellt werden, man wird auch versuchen, die mit Tausenden von Menschenleben und Hunderten von Millionen Mark bezahlte Fläche zu besiedeln und zu diesem Zwecke große Bewässerungsanlagen und Bahnverbindungen zu schaffen. Bereits heute finden wir in konservativen und nationalliberalen Blättern allerlei Betrachtungen über die Möglichkeit einer Besiedelung der südwestafrikanischen Sandwüste nicht nur mit großen Viehfarmen, sondern auch mit kleineren Ackerfarmen. Die Forderung für die geplante Bahn Rubub-Neeimanshoop bildet nur den bescheidenen Anfang der Geldforderungen, mit denen in den nächsten Jahren die Regierung an den Reichstag

herantreten wird. Unter diesen Umständen halten wir es für angebracht, nachstehend einen uns von einer holländischen Parteischriftstellerin zur Verfügung gestellten Artikel über die sogenannten „schönen Erfolge“ der holländischen Kolonialpolitik, die vielen als Muster gilt, zur Veröffentlichung zu bringen:

Das holländische Kolonialgebiet in Ostindien umfaßt 37 173 Quadratmeilen, wovon 2888 auf die Insel Java mit Madura, die Wiege des holländischen Kolonialreiches, 34 788 auf die sogenannten „äußeren Besitzungen“ (Sumatra, Borneo, Celebes, Neu-Guinea usw.) entfallen. Holland selbst umfaßt nur 602,97 Quadratmeilen; es beherrscht somit in Indien ein Gebiet, das 60 mal größer ist als seine eigene Fläche. Dies ungeheure Gebiet ist mit wenigstens 37 1/2 Millionen Menschen bevölkert. Zum Teil wird es unmittelbar, zum größten Teil aber mittelbar von der holländischen Regierung beherrscht. In letzterem Falle ist das Verhältnis zwischen ihr und den in Betracht kommenden Völkern und Fürsten durch Verträge geregelt, die äußerst verschieden sind. In allen Fällen wird zwar die Souveränität Hollands anerkannt, sonst aber schwanken die Verträge zwischen weitgehender Autonomie und enger Abhängigkeit. Im allgemeinen ist jedoch die holländische Kolonialpolitik darauf gerichtet, die mittelbare durch die unmittelbare Herrschaftsform abzulösen. Während der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts ist der Umfang der in direkte Abhängigkeit gebrachten Gebiete vielfach verzehnfacht worden. Zurzeit befindet sich z. B. mit Ausnahme der sogenannten „Fürstentümer“, die ganze Insel mit über 30 Millionen Einwohnern unter direkter Herrschaft. Wo aber die indirekte Herrschaftsform noch vorliegt, überwiegt mehr und mehr das imperialistisch-zentralisierende Bestreben, in den aufgestellten Verträgen die Macht der einheimischen Fürsten so viel als möglich zu beschränken. So geht mit der ununterbrochenen extensiven Ausdehnung der holländischen Herrschaft ihre intensive Gestaltung Hand in Hand: beide zusammen bilden die imperialistische Kolonialpolitik.

Die Methode, die es dem kleinen Holland ermöglicht hat, die vielen Millionen Eingeborenen zu beherrschen und die als sogenannte „holländische Methode“ einen gewissen Aufschwung hat, ist auf folgendem Grundzug aufgebaut: Der kolonialisierende Staat zerstört die sozialen und politischen Organisationen, die er im Lande vorfindet, nicht, sondern bedient sich ihrer zu seinen Herrschaftszwecken. Er läßt der einheimischen Bevölkerung ihre alte Verfassung; er herrscht über sie nicht unmittelbar durch seine eigenen Beamten, sondern durch das Zwischenglied von Beamten der unterjochten Rasse, die er zum Teil selbst ernannt, zum Teil von der eingeborenen Bevölkerung wählen läßt. Die Bevölkerung kommt somit fast niemals mit den Fremdherrschern in direkte Berührung, sondern, wie früher, nur mit den Verwaltungern und Vorgesetzten aus der eigenen Rasse.

Dieses Grundprinzip ist in verschiedener Form in ganz Indien zur Anwendung gebracht. Auf der Insel Java z. B. bildet die Grundlage des ganzen Verwaltungs- und Herrschaftsapparates die „Desa“, die Dorfgemeinde, eine sich selbst verwaltende Korporation mit eigenen Geldmitteln und eigenem Grundgebiet. Ihr fällt die Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber dem Gouvernement zu: die Polizei, die Entrichtung der Grundsteuern sowie die Leistung der Herrendienste (unbezahlte Arbeitsleistungen für die Regierung). Ihr gewähltes Oberhaupt, der Dorfvorsteher, vertritt die Desa bei den höheren indischen Beamten, den „Bedonos“ und Regenten. Diese Regenten, meist Abkömmlinge des alten indischen Adels, dessen Stellung in den Zeiten vor der Fremdherrschaft dem der mittelalterlichen Vasallen gleich, bilden die Spitzen der einheimischen Beamtenhierarchie. Sie stehen unmittelbar unter den holländischen Gouverneuren der Provinzen, den Residenten, und werden im allgemeinen von der Regierung mit großer Auszeichnung behandelt. Diese hat auch alle Ursache, ihre Treue zu fördern und ihr Ansehen bei der einheimischen Bevölkerung zu erhalten; denn je mehr die Regierung sich auf die einheimische Aristokratie stützen kann, je treuer ihr diese ergeben ist, desto fester ist ihre Herrschaft begründet. Diese alte Methode der holländischen Kolonialpolitik, statt die Formen des einheimischen sozialen Lebens zu zerstören, sich auf sie zu stützen, ist das Geheimnis ihres Erfolges.

Die Ausbeutung Indiens.

Man würde sich täuschen, wenn man annehmen wollte, daß diese Methode der holländischen Kolonialpolitik eine menschliche Behandlung der Eingeborenen zur Folge haben müßte. Sie ist im Gegenteil gänzlich unfähig, den ausbeuterischen Tendenzen der kapitalistischen Kolonialpolitik entgegenzuwirken. Für den kapitalistischen Staat bildet sie nur ein zweckmäßigeres Mittel, die einheimische Bevölkerung bis aufs Blut auszusaugen, ohne daß es zu offenen Revolten kommt.

Die große Bedeutung Ostindiens für die herrschenden Klassen Hollands liegt keineswegs in erster Linie darin, Abgabegeld für holländische Erzeugnisse zu sein; auch liegt sie nicht auf dem Gebiete des Handels, wie bedeutend dieser auch sein mag. Den außerordentlichen Aufschwung, den Holland in den letzten Jahrzehnten auf dem Gebiete des Handels genommen hat, dankt es, wie bekannt, weit mehr seiner geographischen Lage am Meere zwischen ökonomisch hochentwickelten Nachbarn,

als seinen Kolonien. Es ist nur mit 16 Proz. an den 2700 Millionen Gulden der holländischen Total-einfuhr beteiligt, und die Ausfuhr von niederländischen Erzeugnissen nach Indien betrug 1902 nur 61 von 1828 Millionen Gulden oder 3,3 Proz. Die große Bedeutung Niederländisch-Indiens liegt auf anderem Gebiete: Indien ist die Milchkuh für einen ansehnlichen Teil des holländischen Kapitals. Es ist noch immer das „Goldland“ der alten Sagen, aus dessen fruchtbarstem, auch an Mineralstoffen reichen Boden jährlich ein Strom von Millionen sich über das „Mutterland“ ergießt, das große Mehrwertmassen aus der nur allzu gedulden Bevölkerung herauspreßt. Indien ist ein riesiges Ausbeutungsfeld für die holländische Bourgeoisie. Diese Ausbeutung ist im zweiten und dritten Viertel des 19. Jahrhunderts mehr dem Staat, d. h. den gesamten herrschenden Klassen, in den letzten Jahrzehnten jedoch mehr bestimmten Schichten der Bourgeoisie zugute gekommen. Die Form, in der der Staat die Ausbeutung Indiens — praktisch kam früher fast nur diese Insel in Betracht — seit 1833 betrieb, war das sogenannte „Kulturystem“. Die Eingeborenen wurden gezwungen, auf einem Teil ihrer bisherigen Weisfelder für den europäischen Markt bestimmte Gewächse wie Zucker, Kaffee usw. anzubauen. Die Kleinigkeit, die das Gouvernement den Eingeborenen dafür zahlte, kam für dieses kaum in Betracht bei den großen Summen, zu denen es die Produkte in Europa verkaufte. Und diese Summen flossen, da die Finanzen des Mutterlandes und der Kolonie nicht getrennt waren, als „indische Beiträge“ in die holländische Staatskasse.

Während der dreißiger und vierziger Jahre, als die Macht des Königtums noch ziemlich weit reichte und mit ihm nicht die ganze Bourgeoisie, sondern nur ein kleiner privilegierter Teil regierte, wurden diese „Beiträge“ dazu verwendet, dem König und der Bürokratie den unsinnigsten, das Land zum Ruin führenden Widerstand gegen die Unabhängigkeit Belgiens zu ermöglichen. Indien rettete damals Holland vor dem Staatsbankrott. Als 1848 die Bourgeoisie aus Ruher kam und in ihrem Geiste zu regieren anfing, fanden die indischen Millionen eine andere Verwendung. Sie wurden zum Bau von holländischen Eisenbahnen, Kanälen und Häfen wie zur Amortisation der Staatsschulden gebraucht.

In den achtziger Jahren ging das Spiel zu Ende. Durch die Konturren Brasiliens fielen die Kaffeepreise, und der Kaffee war der einträglichste Artikel des „Kulturystems“ gewesen. Dann fing der Atsch-Krieg an, diese schmachvollste Seite der holländischen Kolonialpolitik, der mehr als drei Jahrzehnte dauerte und 700 bis 800 Millionen Gulden verschlang. Die Ueberschüsse verwandelten sich in Defizits. Schon während der Jahre 1876 bis 1883 betrugen sie 72 Millionen Gulden. Diese Millionensummen aber wurden nicht von der holländischen Staatskasse übernommen, die die Ueberschüsse eingestrichen hatte. Von den Anleihen, welche die Regierung für Indien aufnahm, forderte sie von diesem die Zinsen bis zum letzten Heller zurück.

Wenn Indien in den letzten dreißig Jahren kein direktes Ausbeutungsobjekt des Staates mehr ist, so ist es umso mehr das der Bourgeoisie geworden. Schon durch die Kente, die es wie jeder Kolonialbesitz den Herrschenden bietet. Zwar hat die Regierung auch zahlreiche einheimische Beamten in ihre Dienste genommen, doch nur für untergeordnete Posten, während alle einträglichen Stellen Europäern zugute kommen. Von den 5276 europäischen Zivilbeamten hat ein Viertel ein monatliches Gehalt von über 200 Gulden (340 Mark). Von den 25 000 indischen Beamten verdienen hingegen über 23 000 weniger als 100 Gulden monatlich. Von den 11,59 Millionen Gulden, die im Jahre 1902 im ganzen an Ruhegehältern ausgezahlt wurden, fielen nicht weniger als 10,02 Millionen an Europäer.

Um die Gehälter und Pensionen seiner Aussauger und die Millionen, die deren Eroberungspolitik jährlich verschlingt, aufzubringen, wird die eingeborene Bevölkerung enorm besteuert. Die erste Maßregel des Gouvernements auf neu unterjochtem Gebiet ist die Erhebung des „Kopfgeldes“, damit die Eingeborenen gleich die Segnungen der Ruhe und Ordnung schmecken lernen. Das Auslegen von Büßen bildet die beliebteste Art, die „Kampong“ (Dörfer) in Atsch für irgend einen „Verrat“ ihrer Landsleute zu züchtigen entsprechend den Vorschriften des Generalgouverneurs von Geny, des „Racifikators von Atsch“, der durch seine denkwürdigen Worte: „Man muß sie in ihre Bärje kneien“, bewies, daß er in die Tiefen der kapitalistischen Seele gedrungen war.

Am vorzüglichsten wirkt die Steuerfahne auf Java, wo die holländische Herrschaft sich eingensistet hat und seit langem „geordnete“ Zustände herrschen. Die wichtigste direkte Steuer ist die Grundsteuer, die 17 Millionen Gulden aufbringt; weiter gibt es an direkten Steuern noch die Kopf- und die Betriebssteuern. Letztere werden von Betriebsinkommen, die mehr als 45 Gulden pro Jahr betragen, erhoben. An die direkten reihen sich die indirekten Steuern: die Zölle und Steuern auf Artikel des täglichen Bedarfs, die Schlachtsteuer, die Steuer auf Salz und Opium, die beide Regierungsmonopole sind. Alle diese Steuern zusammen bringen 44 Millionen Gulden. Zu ihnen gesellen sich noch die „Herrendienste“ (unbezahlte Arbeitstage zum Zweck der Anlagen und des Unterhalts von Wegen, Dämmen, Wasserleitungen usw.), deren Zahl allein auf Java noch 28 800 000 im Jahre beträgt. Nach mäßiger Schätzung bringt eine eingeborene

Die Inzertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehobene Anzeigensätze oder deren Raum 10 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Nach 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Bauernfamilie von 5 Köpfen, an Geld- und Arbeitssteuern zusammen, 16 Gulden pro Jahr, das ist mehr als 18 Proz. des Jahreseinkommens, auf. In grellem Gegensatz zu dieser furchtbaren Besteuerung der armen einheimischen Bevölkerung steht die Tatsache, daß die unermeßlich reichen Aktiengesellschaften, z. B. die Tabakgesellschaften von Deli, nur einen lächerlich geringen Betrag in die Staatskasse zahlen.

Wir kommen jetzt zur Ausbeutung der indischen Bevölkerung durch die Privatkapitalisten. Sie nahm ihren Aufschwung seit den 70er Jahren, als es das Interesse der erstarkenden holländischen Bourgeoisie gebot, das „Kulturssystem“ durch „freie Arbeit“, d. h. freie Ausnutzung des Bodens und der Menschen zu ersetzen.

Die Fruchtbarkeit des Bodens, sein Reichtum an Mineralien, die Billigkeit der Arbeitskraft, die ökonomische Not und politische Rechtlosigkeit der Bevölkerung, das Fehlen fast jeder gesetzlichen Schranke der Ausbeutung; alles wirkte zusammen, den kolonialen Kapitalismus im Laufe weniger Jahrzehnte großzuziehen und zu einer Macht in der holländischen Gesellschaft zu erheben. Eine genaue Statistik über die Totalsumme, die im Laufe der letzten Jahrzehnte den Besitzern der Plantagen und Gruben als Profite und Dividenden zugeflossen ist, fehlt leider. Hier nur einige Angaben: der Gesamtwert des Sumatra-Tabaks seit 1863 wird auf 831 Millionen beziffert, der Reingewinn betrug in diesen 40 Jahren mindestens 200 Millionen Gulden. Die „Königl. niederländische Petroleumgesellschaft“ hat seit 1890 100 Millionen Reingewinn verteilt; eine andere kleinere Petroleumgesellschaft in den Jahren 1891—1899 23 Millionen Gulden. Die Profite der Zuderfabrikanten auf Java betrugen in den Jahren 1882 bis 1890 200 Millionen Gulden. Auch die große Schiffahrtsgesellschaft, vor allem die „Paketaartgesellschaft“, machen sehr hohe Profite. Sie werden von der Regierung in unverschämtester Weise mittels Vorschüssen, Subventionen usw. begünstigt.

Diese vielen Millionen aber, die jährlich in der Form von Dividenden den Aktionären der zahlreichen Gesellschaften zufließen, sind zusammengebracht durch eine unerhörte Ausbeutung der einheimischen oder chinesischen Arbeiter, der „Kulis“. Und einer Behandlung dieser unglücklichen Geschöpfe, die an die schlimmsten Auswüchse der amerikanischen Sklaverei mahnt. Besonders ist dies dort der Fall, wo die Arbeiter, wie auf den Tabakplantagen Delis oder in den Zinngruben des Gouvernements Banta, sogen. „Kontraktkulis“ sind, die fern von ihrer Heimat, sich allen Launen der oft höchst brutalen Ausbeuter ausgeliefert sehen. Die Enthüllungen, die vor einigen Jahren über die Zustände auf Deli gemacht wurden und die sich seitdem vollkommen bestätigt haben, erweckten allgemeines Grauen. Es wurden Leute für geringfügige Vergehen zu Tode gepeitscht, Weiber in schamloser Weise gemartert, weil sie sich weigerten, den Lüste der Ausbeuter zu dienen. Es wurden die Kulis, wenn sie von Ueberanstrengung arbeitsunfähig und krank geworden waren, schlimmer als Vieh ohne jegliche Fürsorge in schmutzigen Scheunen zusammengepfercht.

So fallen in den holländischen Besitzungen die Greuel des ursprünglichen mit den raffinierten Ausbeutungsmethoden des entwickelten Kapitalismus zusammen. Die Eroglaktionäre aber, vor allem die Tabak- und Petroleumkönige, die aus dem Schweiß und Blut der abgerackerten Kulis ihre riesigen Profite ziehen, sie spielen sich gern in Holland als Wohltäter der Menschheit, als Philantropen auf.

(Schluß folgt.)

Die Revolution in Rußland.

Kosaken-Debatte.

Am Dienstag wurde in der Duma eine Interpellation behandelt, die darüber verhandelt führt, daß Kosaken im ganzen Lande als Polizisten verwendet werden.

Es entspann sich eine lebhafteste Debatte. Tiefen Eindruck machten die Ausführungen Arakanzows, der hervorhob, die Kosaken hätten ehemals die Freiheit geliebt. Aber die Regierung habe jedes menschliche Gefühl in ihnen ausgezittelt und ihnen Verachtung und Haß gegen die Russen beigebracht. Die Kosaken sagten, sie seien keine Russen, sondern eine besondere Rationallität, sie seien „Kosaken“. Man dürfe die Kosaken nicht hasien, man müsse sie belassen.

Die Abgeordneten aus dem Dongebiet, Wassiliew und Sabostjanow, beantragten Schluß der Debatte, da der Duma nicht das Recht zustehe, die Verabschiedung der Kosaken zu verlangen; dieses Recht komme allein dem Monarchen zu. Der Präsident rief Wassiliew zur Ordnung, da ein solches Verlangen unzulässig sei, nachdem er die Diskussion zugelassen habe. Wassiliew fährt dann fort: die Kosaken würden die Geduld verlieren und sich gegen die Revolutionäre empören. — Die Abgeordneten Worodin, Sedelnikow und Priester Afanassiew, die alle drei Kosakentumskräfte vertreten, wiesen die Ausführungen der Abgeordneten Wassiliew und Sabostjanow zurück und erhoben gegen sie den Vorwurf, sie seien nur durch die Unterstützung der Regierung gewählt worden; die Kosaken wünschten mit dem russischen Volke in Frieden zu leben. — Abg. Worodin verlas Briefe von Kosaken, deren Schreiber um liebsten zu den Jähren zurückkehren möchten, und die ihren Unwillen Ausdruck geben über den Polizeidienst, den man ihnen aufzwingt! Sie wollten nicht reiche Leute bewachen, unter deren Einfluß Rußland leide. Abg. Worodin spricht die Vermutung aus, daß die beiden Abgeordneten aus Kosakentumskreisen, welche von der Ergebenheit der Kosaken gegen ihre Führer und von ihrem Haß gegen die Revolutionäre gesprochen hatten, ihre Neben im Einklang mit hohen Offizieren angeordnet hätten. — Priester Afanassiew meint, derartige Reden seien die Frucht einer falschen Auffassung von Patriotismus. — Abg. Sedelnikow sagt, die Kosaken seien echte Diener des Kaisers und des Vaterlandes, aber der Kaiser selbst sei der erste Diener des Vaterlandes, und das durch die Duma vertretene Vaterland verlange die Freiheit. Also hätten die Kosaken kein Recht, dem Willen des Volkes entgegenzuhandeln.

Das Haus spendete allen Rednern Beifall, mit Ausnahme der Abgeordneten Wassiliew und Sabostjanow, deren Ausführungen von Lachen und Lärmen und den Rufen „Schluß“ begleitet waren. Roditschew legte sodann Verwahrung ein gegen den Mißbrauch des Namens des Kaisers. Dieser könne nicht schlecht handeln! — Es seien nur die Behörden, welche die Erlaubnisgewalt ausübten, die Mißbräuche im Namen des Kaisers begangen. Es sei nicht nur ein Recht, sondern auch die Pflicht der Duma, solche Verbrechen der Verwaltung aufzudecken. (Stürmischer Beifall.) — Abg. Jasin weist darauf hin, daß das Bild vom dem freien und tapferen Kosaken, das früher in der Vorstellung der Russen gelebt habe, vollkommen verfallen sei. Jetzt verrichteten die Kosaken einen schmutzigen, schimpflichen Dienst. (Beifall.) Das Haus nimmt hierauf die Dringlichkeit der Interpellation bezüglich der Kosaken einstimmig an.

Im weiteren Verlaufe erledigt es noch die Interpellation betreffend die Verhaftung des Redakteurs des Blattes „Petersburger Kurier“, indem es die Dringlichkeit der Interpellation einstimmig annimmt. Es handelt sich darum, daß die Polizei in die Vertraulichkeit des genannten Blattes eindrang, den Redakteur, einen Arbeiter und den Korrektor festnahm, wobei ein Polizeioberleutnant äußerte, er werde in Petersburg einen Pogrom ins Werk setzen, vor dem der Pogrom in Bialystok verblasse werde.

Allerungnädigt.

Petersburg, 27. Juni. Die der „Invalid“ meldet, erteilte der Kaiser dem Kommandeur des Leibgarde-Preobraschenski-Regiments, Generalmajor à la suite Gadow, „wegen Mangelns an Ordnung und Disziplin im ersten Bataillon des Regiments“ einen strengen Verweis.

Vom Streik.

Petersburg, 27. Juni. Die Ausstandsbevoegung dehnt sich überall im Reich aus. In Petersburg dauert der Bäckereistreik ungeschwächt fort. Dem Streik der Lastfuhrer und Lastträger auf dem hiesigen Nikolaibahnhof ist ein gleicher Streik auf den anderen Bahnhöfen gefolgt. Die unterbrochene Abfertigung von Frachten erzeugt Mangel an Lebensmitteln in den an den Petersburger Bahnen gelegenen Sommerfrischen. Zwischen Lastträgern und Polizei und Kosaken kam es gestern mehrfach zu einem Handgemenge. Die Streikenden warfen Steine gegen die Polizei und die Kosaken und rissen letztere von den Pferden. Auch unter den Hausknechten im Stadtteil Wassili-Drows macht sich eine Gärung bemerkbar; sie halten Versammlungen ab und legen das Bestreben an den Tag, sich vom Polizeidienst zu befreien. Der Streik auf den Rewa-Passagierdampfern ist gestern abend beendet worden.

Del ins Feuer.

Trotz der verzweifeltsten Lage der Landbevölkerung, besonders der von der Hungersnot betroffenen Gouvernements, hat der russische Minister des Innern Stolypin die ihm seitens der Reichsduma gewordenen Vorstellungen damit beantwortet, daß alle Gouverneure die Aufforderung erhalten haben, die Steuern bei den Bauern auf jeden Fall, nötigenfalls mit Gewalt einzutreiben!

Noch ein Stück deutscher „Kulturarbeit“ in den Ostseeprovinzen.

Die Beurteilung der Tätigkeit der Strafexpeditionen in der Reichsduma und die Geleitworte „Mörder! Henker!“, welche die Deputierten der Arbeitsgruppe dem Vertreter des Kriegsministers Pawlow nachsanden, haben einigen durch die Todesurteile eingeschüchterten Einwohnern der Ostseeprovinzen die Zunge gelöst, und es mehren sich die „Eingefandten“ in der russischen und lettischen Presse. Die lettischen Blätter, welche die grauenerregenden Berichte des Korrespondenten des „20. Jahrhunderts“, Herrn Wladimir, abgedruckt hatten, sind sistiert worden. Die betreffenden Nummern der russischen Blätter wurden in Riga konfisziert. Aus dem zahlreichen Material, das uns zur Verfügung steht, wollen wir hier wiederum nur einiges veröffentlichen:

Herr Wladimir hat sich an Ort und Stelle überzeugt, daß die jetzige Tätigkeit der Kriegsgerichte weiter nichts bedeutet, als ein „abgekürztes Verfahren der früheren Strafexpeditionen“. Man hätte das nicht alles auf offener Straße für die Dauer vornehmen können, was jetzt sich so gut hinter Schloß und Riegel durchführen lassen. Als Material hat ein örtlicher Einwohner Herrn Wl. folgende Schilderung der Verhältnisse des Herrn v. Sievers in Fellin zugesandt und fordert diesen Henker auf, die Schilderung öffentlich zu widerlegen, wenn er es könne. Die Haare stehen einem zu Berge beim Lesen dieser Zeilen:

„Als der Rittmeister v. Sievers mit seiner Schar in Fellin eingezogen war, forderte er die örtliche Polizeiverwaltung auf, ihm die Namen der Revolutionäre und der Brandstifter mitzutellen. Die Stadtpolizei berichtete ihm ganz offen, daß solche weder im Archive noch in der Stadt Fellin vorhanden wären. Die Fellen seien hier ein stilles Volk. Herr v. Sievers glaubte nicht und befahl, das Verzeichnis „überhaupt verdächtiger“ Personen zusammenzustellen! Die Polizei mußte ein solches befragen. In der Nacht brachte sie im ganzen 42 Menschen auf: 20 wurden aus den Gefängnissen entnommen und 20 direkt aus den Weiten geholt! Auf Befehl des Herrn v. Sievers wurden am nächsten Morgen außerhalb der Stadt eine längliche Grube gegraben und dorthin wurden die 42 Unglücklichen gebracht! Darauf ersch. v. Sievers und es geschah folgendes: Aus der Zahl der 42 wurden der Reihe nach je fünf Mann genommen, ihnen mit Stricken die Hände auf den Rücken gebunden und ihnen befohlen, mit dem Gesichte zur Grube hin sich auf die Knie zu lassen. Darauf gab v. Sievers das Kommando und die Unglücklichen fielen, im Rücken getroffen, vor den Augen der anderen tot oder verwundet in die Grube. Die Lebenden jammerten und beklagten ihre Unschuld. Herr v. Sievers ging zur Grube, betrachtete seine Opfer und schob diejenigen, die noch zuckten, mit seinem Revolver eigenhändig tot. So wurden alle 42 „standrechtlich“ erschossen! Die edle Hand des Herrn v. Sievers schien vom Abdrücken des Revolvers müde zu sein, er forderte die umstehenden Offiziere auf, ihn bei der „Arbeit“ zu unterstützen, aber diese befolgten den Befehl ihres Vorgesetzten nicht! Das gab dem obigen Rittmeister Grund, über diese Insubordination an Herrn Orlov — damaligen Oberbefehlshaber der Strafexpedition — nach Riga zu telegraphieren. Aber sogar dieser Oberbefehlshaber fand den Schritt seiner jüngeren russischen Offiziere entschuldbar!

Der Korrespondent wendet sich zum Schluß mit folgenden Fragen an den Leiter dieser Henkerarbeit: „Herr v. Sievers! Was sagen Sie hierzu? Und Sie, Herren Offiziere seines Regiments, die Sie die gleiche Uniform tragen? Wollen Sie nicht vielleicht einen Kameraden nach Fellin schicken und sich von diesen Tatsachen überzeugen? Wir warten auf Sie.“

Auf dem Wege nach Sibirien.

(Aus einem Briefe.)

Am 5. April verließen wir das Gefängnis von Tschita... Die Soldaten begriffen allmählich, daß sie es in uns nicht mit ihren Feinden, sondern mit Freunden und Lehrern zu tun haben. Bald heimlich, bald laut und offen drückten sie ihren Unwillen gegen die Regierung aus... Wir lasen den Soldaten oft aus Zeitungen vor und erklärten ihnen die Vorgänge in Rußland. Sie folgten mit großer Aufmerksamkeit und sammelten sich um uns wie Schmetterlinge um die Flamme.

Eines Abends lasen wir ihnen wieder aus der Zeitung vor. Es handelte sich um das Wüten der Strafexpedition im Gouvernement Saratow. Ein Soldat, der Wache stand, hörte aufmerksam zu.

„Halt! halt!“ rief er plötzlich mit veränderter Stimme. „Dies noch einmal.“ Es erwies sich, daß von seinem Heimatdort die Rede war, das halb verbrannt, halb zerstört, und dessen Einwohner teils hingerichtet, teils geächtet waren.

„Es ist ja mein Heimatdort.“ Dem Soldaten schnitt es ins Herz. Er begriff erst jetzt, daß, während er uns um Tode ersorgte, dort, in der Weite, die Kosaken seine Nächsten mißhandelten...“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Juni.

Noch einmal die hannoversche Nachwahl.

Der „Hannoversche Anzeiger“, eine sogenannte unabhängige Zeitung, bringt über den Ausfall der letzten Wahl in Hannover ein Urteil, das in seinen Hauptzügen alle Beachtung verdient.

Das Blatt sagt unter anderem:

„Und was besagt für den tatsächlichen Beurteiler dieses Resultat hinsichtlich seiner politischen und wahlstatistischen Ursachen und Wirkungen? Es besagt mit nicht geringer Unerbittlichkeit, daß es, wie die Dinge hier nun einmal liegen, schwerlich in absehbarer Zeit gelingen wird, auf der Grundlage der von den bürgerlichen Parteien resp. dem Reichsverbande versuchten Agitationsform den Wahlkreis der Sozialdemokratie zu entreißen, denn die Intensität und Wirkung dieser Agitation dürfte sich schwerlich steigern lassen. War es diesmal,

beim ersten Ansturm der Begeisterung und bei dem ungeheuren Aufzuge von Energie und Mitteln nicht möglich, selbst nur in die Stichwahl zu kommen, so darf man sich auch nicht der Täuschung hingeben, daß eine wiederholte Anwendung dieser Energie und Mittel bei der nächsten Wahl einen Fortschritt, ein besseres Resultat ergeben wird, um so weniger, da bei den allgemeinen Wahlen sich diese Energie und Mittel niemals zu einer derartigen konzentrierten Kraftentfaltung formen und treiben lassen, wie das im vorliegenden Falle bei einer einzelnen Stichwahl möglich ist. Man darf sich in dieser Beziehung nicht täuschen lassen durch die Zunahme der Stimmen auf bürgerlicher Seite, etwa in der Hoffnung, diese Zunahme im gleichen Maße noch einmal bei der nächsten Wahl so zu steigern, daß dann der Vorsprung der Sozialdemokraten überholt wird. Denn man muß sich vergegenwärtigen, daß die bürgerlichen Parteien bei dieser Stimmenzunahme, und das mit einem Höchstmaß an Agitationsenergie, schöpfen aus einem politisch unberührten, frischen Armeekorps von Reservisten, eben den viel zitierten 18 000 „Wahlfaulen“. Aus diesen Reservisten der ewig „Wahlfaulen“ lassen sich aber nicht fortgesetzt bei jeder Wahl 6000—8000 neue Wähler herausheben, wie dieses Mal...“

Und weiter die Zunahme der Sozialdemokraten. Sie beträgt ja zwar nur etwa 3000 Stimmen gegen 1903. Es ist dabei aber mit einer nur dreijährigen Periode zu rechnen statt der fünfjährigen bei den vorherigen Wahlen. Ohne besondere politische Ursachen konnte dieser Stimmenzuwachs gar nicht größer sein, denn die wahlagitorischen Wirkungen unserer wirtschafts-, handels- und sozialpolitischen Umformung waren schon bei der Wahl 1903 zum Ausdruck gekommen und andere wahlagitorisch verwertbare politische oder parlamentarische Vorgänge von hinreichender Wirkung gibt es im gegenwärtigen Augenblicke nicht, abgesehen vielleicht von der sogenannten „Finanzreform“, die in ihrer Gestaltung noch viel zu neuartig ist und deren Konsequenzen noch nicht abzuschätzen und abzubeuten sind. Weiter kommt in Betracht, daß es sich bei der Sozialdemokratie, nachdem ihr Aufschwungsprozess unter der industriellen und gewerblichen Arbeiterklasse und den dieser wirtschaftlich und sozial gleichartigen Volksschichten sich nahezu vollzogen hat, nicht mehr handeln kann um in die Augen springende sprunghafte Erfolge, sondern um die innere Kräftigung, den inneren Ausbau ihrer Organisation und deren normale Ausweitung, entsprechend der normalen Entwicklung unserer gesamten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse.

Von diesem Standpunkt aus betrachtet ist die Stimmenzahl der Sozialdemokraten denn doch ein politisch charakteristisches Moment, insofern, als es einem politisch weiteren Kreise unbekanntem neuen Kandidaten ohne weiteres sofort gelang, nicht nur die Stimmenzahl des verstorbenen Abg. Meister, die man zu einem Teil dessen persönlicher Sympathie auch in bürgerlichen Kreisen zuschrieb, zu erreichen, sondern noch um einige Tausende zu übersteigen, und das, wie immer wieder betont werden muß, gegenüber einer außerordentlichen gegnerischen Kraftkonzentration und Kraftkonzentration.

Daraus ergibt sich, daß es sich bei der sozialdemokratischen Stimmenzahl, von den üblichen sogenannten „Mitläufern“ abgesehen, die es bei jeder Partei gibt, um die Kompaktheit einer politisch gesuchten, gefestigten und organisierten Masse handelt, deren innere Festigung und Ausweitung in dem Maße zunehmen muß, indem daran ununterbrochen intensiv gearbeitet wird in Partei und Gewerkschaftsammlungen und Presse, und deren Widerstandskraft gegenüber dem Ansturm gegenüber, der nicht den Rückhalt einer derartig soliden Organisationsbasis hinter sich hat, in demselben Maße wachsen muß.“

Schließlich freut sich der „Hannoversche Anzeiger“, daß die Wahl mit einem Wahlgang abgetan war. Er glaubt, daß seine Freude alle Wähler ohne Ausnahme teilten, denn eine Agitation, wie sie bei dieser Wahl betrieben worden sei, vertrage auf die Dauer nicht der stärkste Regen.“

Ein koloniales „Panama“.

Stuttgart, 26. Juni. (Fig. Ver.)

Als der Vertrag der deutschen Kolonialverwaltung mit der Firma Tippelskirch bekannt wurde, gab es schon genug Leute, welche die Köpfe über die Art und Weise schüttelten, in welcher dabei von Seiten der Regierungsvertreter die Interessen des Reiches wahrgenommen worden waren. Jetzt publiziert das Stuttgarter Zentrumsorgan aber einige weitere Interna aus der Kolonialverwaltung, die es selbst als „würdige Seitenstücke“ zum Tippelskirch-Vertrag bezeichnet.

In erster Reihe greift es die Seeversicherung der Kolonialabteilung an, die zwar in den einzelnen Etats nicht als besondere Posten geführt wurden, die aber doch eine beträchtliche Höhe erreichten. Hier existierte nun in der Kolonialabteilung ein tatsächliches Monopol, indem die gesamte Seeversicherung ununterbrochen der Transatlantischen Versicherungsgesellschaft übertragen worden ist. Viele leistungsfähigere Gesellschaften, so schreibt das Blatt, die aber nicht die Söhne von maßgebenden Herren der Kolonialabteilung beschäftigen, haben versucht, an dieser Versicherung teilzunehmen, aber ohne Erfolg. Eine Ausschreibung habe nie stattgefunden, nur die Versicherungen für Tiere und das schwimmende Material (Schiffe usw.) seien endlich auf Drängen der Konkurrenz ausgeführt worden. Dabei sei nun die Transatlantische Versicherungsgesellschaft stets ausgefallen, weil die Prämienätze bei ihr erheblich höher waren als bei den anderen Gesellschaften. Aber sonderbar! Trotz alledem erhielt die genannte Gesellschaft die Versicherung für die übrigen großen Werte stets wieder zuteil.

Vor Jahresfrist versuchte eine leistungsfähige Versicherungsgesellschaft, deren Namen von dem Zentrumsblatt vorläufig nicht genannt wird, erneut die Monopolstellung der „Transatlantischen“ zu erschüttern. Der Erfolg war eigenartig. Die „Transatlantische“ wurde von der Kolonialabteilung angewiesen, für Südwestafrika Rückversicherungen mit dieser und einer süd-äquatorialen Firma einzugehen. Das tat die „Transatlantische“ auch, denn die beiden neu in das Versicherungsverhältnis eingetretenen Firmen mußten sich verpflichten, hohe Rückprovisionen an die begünstigte „Transatlantische“ zu geben. In Südwestafrika ist nun aber das Mißli infolge der Veranung und der schlechten Landungsverhältnisse das denkbar größte, das Versicherungsgeschäft ist also ein sehr ungünstiges. Trotzdem läßt sich die „Transatlantische“ Rückprovisionen geben! Das läßt einen Schluß darauf zu, wie ungenau gemein hoch die vom Reiche für Südwestafrika gezahlten Prämien sein müssen. Das finanzielle Interesse des Reiches fordert also eine baldigste Lösung des Vertrages.

Ein anderes Kapitel! Im Kapitel 60, Titel 4, des Etats der Kolonialabteilung findet sich schon seit Jahren der Vermerk: „Ein Expedient erhält für die Dauer der Führung der Geschäfte des

Vorsteher der Geheimen Kalkulation eine pensionsfähige Zulage von 600 Mark. Es sei nun interessant, schreibt das Blatt, was bezüglich der Verwendung dieser Summe „in in Kolonialfragen oft genannter Zentrumsabgeordneter“ in der Budgetkommission festgestellt konnte. Hofrat Tsch war bis 1. August 1901 Vorstand der Kalkulation. In diesem Tage schied er aus und wurde Hilfsarbeiter im Finanzreferat, also Gehälter des Geheimrats Dr. Seig. Trotzdem habe Tsch die ausdrücklich für Wahrnehmung der Kalkulationsvorstehergeschäfte ausgeworfenen 600 Mark bis jetzt, also fünf Jahre lang, weiterbezogen und entsprechende Quittungen über die Funktionszulage geleistet. Nach den Quittungsbelegen mußte die revidierende Behörde, auch der Rechnungshof, annehmen, daß Tsch immer noch Kalkulationsvorsteher sei, in Wirklichkeit seien diese Geschäfte aber einem inzwischen zum Hofrat beförderten Heinze übertragen worden. Dieser habe dafür aus dem Remunerationssonds jährlich 400 M. bezogen. Es stehe mithin fest, daß Tsch mit Wissen des Personalreferenten von König und des Finanzreferenten Dr. Seig eine ungesetzliche Zulage bezogen und falsche Quittungen ausgestellt habe. Alle diese Dinge hätten in der Budgetkommission nicht bestritten werden können. Was sei nun in der Zwischenzeit geschehen? Wer beziehe jetzt die Zulage? Sind die Herren v. König und Dr. Seig für ihre ungesetzlichen Handlungen zur Verantwortung gezogen worden?

Ein weiterer Fall. Ein Verwandter des Personalreferenten v. König, der frühere Oberst Fied, wurde in der Kolonialabteilung beschäftigt und verlangte eine Remuneration von 4000 M. Da habe ihn ein guter Geist darauf aufmerksam gemacht, daß ihm eine Bezahmung in dieser Höhe nicht viel nütze, da sonst Pension und Remuneration das Gehalt als Oberst übersteigen, was eine Kürzung der Revision zur Folge haben würde. Aber, fragt das Blatt, wozu hat man einen Leiter? Man ging nunmehr so vor: Der Oberst erhielt als Remuneration pro Jahr ausgerechnet die Summe von 2796 M. An demselben Tage aber, an dem sein Gehalt auf diese „runde Summe“ festgesetzt worden war, erging ein zweiter Erlass, nach welchem der Oberst pro Jahr 1200 M. „Dienstauswandsentschädigung“ erhielt, die auf die Pension nicht angerechnet werden. Er bezog nunmehr die Pension voll und stellte sich als pensionierter Oberst tatsächlich besser als ein aktiver. Außerdem durfte er noch in dem billigeren Potsdam wohnen, zugleich aber wurde die „Dienstauswandsentschädigung“ mit diesem Wohnsitz in Potsdam zu rechtfertigen versucht! Das Ungeheuerliche dieser Bezahlungsmethode, schreibt das Blatt, sei von den Regierungsdirektoren zugegeben worden. Was aber sei gegen Herrn v. König wegen dieser ungesetzlichen Maßnahme zugunsten eines Verwandten geschehen?

Die Herren Geheimräte seien nach wie vor im Dienst, seien Ratgeber des Leiters der Kolonialabteilung und haben die wichtigsten Entscheidungen zu treffen. Wenn jetzt eine „Säuberung“ der Kolonialabteilung vorgenommen werden sollte, so müßten die Geheimräte v. König, Seig und Kose in erster Reihe von ihren Plätzen entfernt werden. Wer prinzipieller Gegner der ganzen Kolonialpolitik sei, könne dieser Geheimratswirtschaft mit Ruhe zusehen, denn wenn sie so weiter ginge, würde ganz Deutschland in kürzester Frist zu Kolonialgegnern werden. Wenn Prinz Hohenlohe, der versprochen habe, Ordnung zu schaffen, hier keinen Wandel vornehme, werde er für die Wirtschaft solcher Beamten selbst mit verantwortlich gemacht werden.

Deutsches Reich.

Kriegsbestimmungen in Ostafrika.

Von der schauerlichen Verrohung durch die Kolonialpolitik zeugt eine Mitteilung, die bürgerliche Blätter der neuesten Nummer der „Ostafrikanischen Ztg.“ entnehmen. Diese Nummer gibt eine Darstellung von dem Ueberfall einer deutschen Kolonoszierungsabteilung. Der Stabsarzt Dr. Wiebe hatte den Befehl erhalten, mit einer kleinen Abteilung Askaris einen Strafzug gegen den Eingeborenenführer Ngosi-Ngosi im Ubenagebiet zu unternehmen. Er wurde dabei überfallen und nach lebhaftem Widerstande, bei dem die Eingeborenen schwere Verluste erlitten, mit allen seinen Leuten niedergemacht. Als später ein anderes Detachement den Ort des Ueberfalles erreichte, fand man nur noch die bereits stark in Verwesung übergegangenen Leichen. Der Leiche des Stabsarztes Dr. Wiebe selbst war der Kopf abgeschnitten, der auch seinerzeit Verstimmlungen aufwies. Diese Verstimmlung der Leiche des Militärarztes zeugt von dem fürchterlichen Haß der Eingeborenen. Daß dieser in Leichenverstümmelung sich ohnmächtig ausbreitende Haß nicht nur auf das fürchterliche Blutvergießen, das von den deutschen Truppen unter den infolge ihrer schlechten Bewaffnung nahezu wehrlosen Eingeborenen während des Feldzuges angerichtet worden ist, sondern auf ganz besondere Barbarei der Kriegsführung, das beweist folgender Passus der Darstellung der „Ostafrikanischen Zeitung“:

„Das Gepäck war, soweit es nicht geraubt war, überall zerstreut und zertrümmert. Die Gewehre waren mitgenommen, die Munition aber im Feuer an Ort und Stelle verbrannt. Daß es keine abgeschossenen Patronen waren, konnte man an den noch unverfetzten Händhülsen sehen. Der Grund für das Vorgehen war erklärlich. Im Songea-Distrikt nämlich war seitens der Europäer zwischen das Pulver der 71er Askari-Munition Dynamit gesteckt worden; solche Patronen waren dann absichtlich an sichtbaren Plätzen niedergelegt und von den Aufrehrern zu ihrem eigenen Verderben benutzt worden. Ngosi-Ngosi habe dann Befehl gegeben, Askari-Munition überhaupt nicht mehr zu verwenden! Um Unfälle bei den Askaris zu vermeiden, war die Parole ausgegeben, aufgefundenen 71er Patronen nicht zu gebrauchen.“

„Europäer“ (die „Ostaf. Ztg.“ sagt leider nicht, ob es uniformierte Europäer waren, was doch, da es sich um Askari-Munition handelte, sehr wahrscheinlich ist) haben den Eingeborenen gegenüber die Methode der Raubzungsverteilung zur Anwendung gebracht! Eine solche Barbarei stellt denn doch alles in Schatten, was bisher auf dem Gebiete kolonialer Kriegsführung überhaupt geleistet worden ist. Denn selbst die Verwendung von Dum-Dum-Geschossen durch die Engländer, über die sich seinerzeit die ganze gefittete Welt entrüstete, erscheint noch beinahe human gegen eine solch tödliche Methode hinterlistiger Menschenverteilung!

Die Bilanz der südwestafrikanischen Rassenverteilung.

Nach einem Bericht der „Köln. Ztg.“ aus Windhof betrug Ende Mai die Zahl der gefangenen Hereros 10 000, zum größten Teil Frauen und Kinder. Nach Beendigung des Krieges, so meint der Windhofer Korrespondent des rheinischen

Blattes, werde die Regierung höchstens noch mit 20 000 Hereros zu rechnen haben. Da die Kopfzahl der Hereros vor dem Kriege 80 000 betrug, hat der Krieg mindestens 50 000 Hereros das Leben gekostet, denn die Zahl der über die Grenze Entwichenen beträgt höchstens ein paar Tausend.

Die Rassenverteilungstheorie des Generals Trotha ist also mit durchschlagendem Erfolg zur Anwendung gelangt. So verbreitet der europäische Kapitalismus Religion und Gessittung unter den „Wilden“!

Ein Opfer der Schießinstruktion.

Vor dem Oberkriegsgericht des Gardekorps stand am Dienstag der Dragoner Peters, der am 2. Februar auf dem Transport nach dem Militärarresthaus zu entfliehen versucht hatte und dabei von der ihn begleitenden Patrouille durch zwei Schüsse schwer verwundet worden war. Peters hatte am Abend mehrere Stunden hindurch sehr stark getrunken, war im Mitternacht auf dem Heimwege bei einem ihm in der Bärwaldstraße begegnenden Sergeanten Jahr vom Franzer-Regiment vorbeigeführt und hatte diesen nicht gegrüßt. Der Sergeant hielt es für unerlässlich, solchen Frevel zur Anzeige zu bringen. Als er den Mann feststellen wollte, blieb dieser auf Anruf nicht stehen. Auch als Jahr ihn eingeholt hatte, versuchte Peters noch ein paar Mal, seinen Weg fortzusetzen. Dem Sergeanten wehrte die nach ihm greifende Hand ab und suchte sich loszumachen, und noch vor der Tür der Kasernenwache, als schon das Tor der Kasernenmauer sich hinter ihm geschlossen hatte, stieß er den Sergeanten zurück und machte einen sinnlosen Fluchtversuch. Nachher sollte er nach dem Militärarresthause an der Hofenheide gebracht werden. Die aus drei Mann bestehende Patrouille mußte vor seinen Augen scharf laden und wurde in seinem Weiseln instruiert, daß sie bei einem Fluchtversuch ihn niederschließen oder mindestens ihn mit dem Kolben zu Boden schlagen müsse. Auch P. wurde hierauf hingewiesen, aber unterwegs versuchte er aufs neue, zu entfliehen. Nach vergeblichem Anrufen gab die Patrouille vier Schüsse auf ihn ab, von denen zwei ihr Ziel erreichten. Ein Schuß zermetterte ihm eine Rippe und streifte die Leber, ein anderer ging in das Bein und verletzte einen Oberschenkelknochen. P. ist mit dem Leben davongekommen, aber er dürfte zeitweilig strüppel bleiben. Wegen seines Verhaltens gegenüber dem Sergeanten Jahr ist er im Mai vom Divisionsgericht der Gardeabatterie zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 14 Tagen verurteilt worden. Er wurde schuldig befunden des Ungehorsams gegen Befehle im Dienst, der Lüge gegen einen Vorgesetzten, der Widersehligkeit usw.

Gegen dieses Urteil war nun von ihm und auch von der Anklagebehörde Berufung eingelegt worden — von Peters deshalb, weil die Strafe zu hoch sei, von der Anklagebehörde deshalb, weil auch Berufung wegen tätlichen Angriffs das erfolgen müssen. Die Verhandlung vor der Berufungsinstanz ergab denselben Sachverhalt, wie er bereits vor dem Divisionsgericht festgestellt worden war. Gestritten wurde nur darum, ob P. sich in einem Zustande befunden habe, der seine freie Willensbestimmung ausschloß. P. selber blieb bei seiner Erklärung, er könne sich des Verlaufs der Sache nicht erinnern. Die militärischen Belastungszeugen befanden übereinstimmend, nichts von „völliger Betrunktheit“ an ihm bemerkt zu haben. Sie beriefen sich darauf, daß er noch die Vorgesetzten erkannt habe, den Sergeanten wenigstens als Unteroffizier, einen Witzfeldwebel als Feldwebel angedeutet habe, auf der Kasernenwache den Wachthabenden als solchen respektiert und ihm gegenüber die Knochen zusammengegriffen habe, und so weiter. Von der Verteidigung wurde geltend gemacht, daß er sich in einem pathologischen Klauszustand befunden habe, der seine Verantwortlichkeit ausschließe; im übrigen sei er erblich belastet. Die Weisenausnahme ergab, daß der Vater (der als Zeuge anwesend war) epileptisch ist und dessen Mutter gleichfalls epileptisch war. Hierauf stützte sich der ärztliche Sachverständige Oberstabsarzt Stier. P. habe, weil er erblich belastet sei, unter besonders schweren Wirkungen des Alkohols gestanden und sei sich der Tragweite seiner Handlungen nicht bewußt gewesen. Daran ändere auch nichts der Umstand, daß er noch nicht sinnlos betrunken war. Nach ziemlich dreistündiger Verhandlung wurde schließlich die Sache vertagt. Entsprechend dem Gutachten des Sachverständigen beschloß das Gericht, den Geisteszustand des Angeklagten untersuchen zu lassen.

Wundern muß man sich, warum das nicht schon von der ersten Instanz als notwendig erkannt worden ist. Das Verhalten des Peters war von Anfang an so töricht und unsinnig, daß man keinen normalen Zustand bei ihm voraussetzen konnte. Freilich, dem Sergeanten, dem Witzfeldwebel und dem Wachthabenden genügt es, daß Peters in keinem Augenblick den militärischen Drill völlig vermissen lassen. Das war für sie Beweis genug, daß er noch bei Sinnen und sich seiner Handlungsweise bewußt war. Darum wurde der Mann der bewaffneten Patrouille überliefert, die dann nach Vorchrift auf ihn schoß und ihn zum Krüppel machte.

Ja dementiere mir!

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ läßt ihrem seinerzeit gewürdigten „Dementi“ vom 23. Juni heute folgende „Ergänzung“ folgen:

1. Es ist unklar, daß ein Portepce-Unteroffizier zu einem Hoch auf die Sozialdemokratie gezwungen worden sei.
2. Bei dem für den Süden (südlich der Lime Windhof—Gobabis) zuständigen Gericht sind seit Juni 1904, dem Zeitpunkt der ersten Entsendung von Verurteilungen nach dem Süden, keine Fälle von Meuterei oder tätlichen Angriffen gegen Offiziere vorgekommen.

Dies neue Dementi richtet sich gar nicht gegen die vom „Vorwärts“ bekannt gegebenen brieflichen Mitteilungen. Denn die Behauptung, ein Portepce-Unteroffizier sei von seinen Leuten zu einem Hoch auf die Sozialdemokratie gezwungen worden, wurde nicht vom „Vorwärts“, der einen ganz anderen Fall im Auge hatte, aufgestellt, sondern von der offiziellen „Neuen Milit. Korresp.“ Die Offiziösen dementieren sich also selbst!

Ebenso wenig war von uns behauptet worden, die Meutereifälle seien von dem für den Süden des Schutzgebietes zuständigen Gericht abgeurteilt worden. Die Offiziösen täten also gut, statt sich selbst zu dementieren oder Riebschneiderei zu betreiben, mit Details über die von der „Nordd. Allg. Ztg.“ am 23. Juni selbst zugegebenen, aber vorsichtigerweise nicht näher charakterisierten Fälle aufzuwarten!

Man weiß zu viel! „Das Reich“ ist der Ansicht, daß es unmöglich sei, im Putzamer-Skandal noch länger zu vertuschen. Die Untersuchung im Kolonialamt müsse sich auch auf vortragende Räte erstrecken.

„Wir haben“, schreibt das Blatt, „nie davon Gebrauch gemacht; aber wir möchten doch bemerken: man weiß vieles, vieles aus der Kolonialabteilung; man kennt die Depeschen aus Südwestafrika tagelang vor der Veröffentlichung und ehe sie die Form erhalten haben, in der sie in die Blätter kommen, man kennt die Instruktion, die Gouverneur v. Putzamer seiner „Cousine“ für ihre Ausreise gegeben hat und dergl. Nur gründliche Säuberung, die sich auf alle Affären des Herrn Gouverneurs erstreckt, kann helfen. Wir haben sicher keine Freude daran, den

Angehörigen eines der besten unserer Adelsgeschlechter anzuklagen. Aber wir haben den Wunsch, die Ehre unseres Beamtenkörpers unbeschadet zu erhalten.“

Scharfmacherische Verblödung. Zu der Erklärung des Genossen Bebel über die Verhandlungen des Parteivorstandes mit der Generalkommission deliziert der „Reichsbote“:

„Der Generalstreik ist ein Akt der Revolution, die in Rußland damit begann. Wir haben also in unserer Mitte ein revolutionäres Komitee, das geheime Beschlüsse über die Ausführung des Streiks faßt.“

Die Logik des „Reichsboten“ ist geradezu überwältigend. Der Generalstreik war in Rußland ein revolutionäres Mittel, folglich ist jeder Anhänger eines Generalstreiks ein Revolutionär! Gift kann das Mittel eines Mordmörders sein, folglich ist jeder Gift verschreibende Arzt ein Mordmörder. Jüdische Bankiers gaben dem Kirchenbauherrn Mirbach Gelder, folglich sind alle am Kirchenbau beteiligten Bankiers jüdisch. Ein Struzzenträger kann für das Belangen einer Gurgelabschneiderin den himmlischen Segen erschlehen, folglich sind die frommen „Reichsboten“ = Kadalteure Banditen!

Militärjustiz!

Strahburg, 25. Juni. (Eig. Ber.) Zu drei Wochen Militärarrest wurde der bereits wegen Mißhandlung Untergebener vorbestrafte Sergeant Seifert vom 1. lothringischen Infanterie-Regiment 180 verurteilt, weil er einen Soldaten auf den Kopf und in das Gesicht geschlagen, ihn durch die Kaserne gejagt und ihn verschiedentlich nach bekannter Manier sich auf den Boden hatte legen und auffpringen lassen. Was hatte aber sein Opfer getan? Beim Egerzieren aus Versehen das Gewehr fallen lassen!

Die südwestafrikanische Diamanten-Mythe.

Regierung und private Kolonialhantasten haben zur Verteidigung der Südwestafrikaopfer, die sich bereits auf eine halbe Milliarde und mehrere tausend Menschenleben beziffern, gern auf die heraufschwebende Perspektive hingewiesen, daß unsere südwestafrikanische Sand- und Steinwüste vorausichtlich einmal als Diamantenland Britisch-Südwestafrika den Rang freitrag machen werde.

Nun hat sich ein Mineraloge der Berliner Bergakademie, Professor R. Scheibe, der Nähe unterzogen, die Aussicht unserer Kolonie auf Diamantenfunde einer sachwissenschaftlichen Prüfung zu unterziehen. Er gelangt dabei zu dem Resultat, daß auch in Deutsch-Südwestafrika der „blue ground“, in dem zuweilen Diamanten vorkommen, vorhanden ist. Die Möglichkeit des Vorkommens von Diamanten sei also vorhanden:

„Wenn nun trotzdem bisher noch keine einwandfreien Diamantfunde in Deutsch-Südwestafrika gemacht worden sind, da der einzige am Groß-Brandenberg gefundene Diamant-Fossil möglicherweise auch dorthin verschleppt worden sein könnte, so ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß auch der „blue ground“ in unserer Kolonie Diamanten führt. Es bedarf daher vor allen Dingen noch genauer und erschöpfender Untersuchungen an Ort und Stelle, um ein endgültiges Urteil abgeben zu können; aber auch das Glück, das bei allen derartigen Funden ein gewichtiges Wortlein mitredet, muß uns zu Hilfe kommen.“

Also das „Glück“ muß uns, wie beim Lotteriespiel, zu Hilfe kommen. Dies Lotteriespiel hat uns aber bereits 500 Millionen gekostet und bis jetzt nur Rielen gebracht!

Aber selbst angenommen, das Glück wäre uns hold: würden die Diamantfunde der Ration Vorteil bringen? Die Geschichte der Diamantenminen in Britisch-Südwestafrika beweisen, daß durch Diamantfunde zwar eine Handvoll Minenspekulanten maßlos bereichert werden, daß aber die Ration selbst bei den Geschäften leer ausgeht!

Neue südwestafrikanische Verluste.

Ämliche Meldung aus Deutsch-Südwestafrika. Am 21. Juni 1900 beim Ueberfall der Pferdewache bei Gabis gefallen: Reiter Andreas Rogler, geboren am 12. 8. 84 zu Oberböslau, durch 4 Schüsse; schwer verwundet: Sergeant Walter Jänke, geboren am 1. 12. 82 zu Noorwerder, Schuß linke Brust, Oberarm; Gefreiter Adam Lutz, geboren am 25. 11. 81 zu Colmdorf; leicht verwundet: Sergeant Hugo Schulz, geboren am 7. 3. 80 zu Wederich, Streifschuß linke Hand; vermisst: Reiter Paul Reinde, geboren am 21. 3. 84 zu Hagenow.

Ausland.

Oesterreich.

Nur deswegen?

Im Abgeordnetenhaus erklärte der Tscheche Strahky am Montag, seine Parteigenossen und Landsleute könnten solange nicht für das Budget stimmen, als den Tschechen nicht die Gleichberechtigung zu teil geworden sei. Die Tschechen seien zum Frieden immer bereit, wenn die Deutschen ihre Gleichwertigkeit und ihre Gleichberechtigung in wirtschaftlicher, kultureller und nationaler Beziehung anerkennen. Genosse Ellenbogen erklärte, die Sozialdemokraten würden wegen der unklaren Haltung der Regierung in der Wahlreformvorlage gegen das Budget stimmen.

Nur deswegen? —

Schweiz.

Die Schweizerische Vereinigung zur Förderung des internationalen Arbeiterschutzes hat letzte Woche unter dem Vorsitz von Bundesrat Emil Frey ihre Generalversammlung abgehalten und als Hauptverhandlungsgegenstand die Frage der Errichtung von Einigungsämtern auf die Tagesordnung gesetzt. Der Züricher Linksdemokrat Rationalrat J. J. J. J. J., Professor der Rechte an der Universität Zürich, hielt das einleitende Referat. Er gelangte zu dem Schlusse, es sollen obligatorische Berufsgenossenschaften organisiert werden, desgleichen Einigungsämter mit obligatorischem Vollzug der Entscheidungen, ferner eine eidgenössische Appellationsinstanz (eidgenössisches Einigungsamt). Der Referent, Genosse Großrat S. S. S. S., Armeninspektor in Bern, verlangte kategorisch Schutz der Arbeiterdelegierten gegen Entlassung und Schilanz. In der Diskussion fiel der Winterthurer Scharfmacher Sulzer in seiner vom Geiste des rücksichtslosesten Unternehmertums getragenen tölpelhaften Weise über die „sozialistischen Gewerkschaften“, über die „Heher“, die Sozialdemokraten, her. Genosse Professor Dr. Lotmar, Lehrer des römischen Rechts an der Universität Bern, leuchtete dem aufgelaesenen Ignoranten gebührend heim.

Zum Schluß wurden folgende Forderungen angenommen:

1. Förderung der Assoziation der Unternehmer und Arbeiter!
2. Gesetzliche Schaffung von Einigungsämtern.
3. Vollstreckbarkeit der Entscheidungen dieser Ämter.
4. Bundes-Gesetzgebung für diese Ämter.

Frankreich.

„Fest der Arbeiter.“

Paris, 27. Juni. (B. Z. V.) Der sozialistisch-radikale Deputierte Raujan brachte einen Gesetzentwurf ein, nach welchem der 1. Mai unter dem Namen „Fest der Arbeiter“ zum gesetzlichen Feiertage bestimmt werden soll. Den im Staats-, Departements- oder Gemeindefest stehenden Arbeitern oder sonstigen Lohnangestellten soll dieser Tag wie ein gewöhnlicher Arbeitstag bezahlt werden.

England.

Ein moderner Dreiwund.

Am Montag machte Wedgewood im Unterhaus auf das vom französischen Minister Clémenceau geplante gesetzgeberische Vorgehen hinsichtlich Regulierung von Streitigkeiten in der Industrie aufmerksam und fragte, ob die britische Regierung, da der Erfolg solcher Regulierungen zum großen Teil von einem internationalen

Zusammenwirken abhängen, sich mit der deutschen und der französischen Regierung darüber ins Benehmen setzen wolle, ob gleichzeitiges, gesetzgeberisches Vorgehen möglich wäre. Premierminister Campbell-Bannerman erwiderte: Der Gesandtenrat, der die Absichten der französischen Regierung kundgibt, ist noch nicht veröffentlicht worden, so daß wir kein Material haben, auf Grund dessen wir uns bezüglich der Mäßigkeit gleichzeitiger gesetzgeberischer Schritte in dieser Frage entscheiden können. Ich neige zu der Ansicht, daß, obwohl internationales Zusammenarbeiten von großem Nutzen hinsichtlich der Verbesserung der Arbeitsbedingungen sein kann, diese spezielle Frage durch die abweichenden Verhältnisse in den verschiedenen Ländern so kompliziert ist, daß ein vereintes Vorgehen schwierig sein dürfte.

Aus der Partei.

Zur Frage des Massenstreiks.

Die Generalkommission sendet uns auf die Erklärung des Genossen Weber eine Gegenerklärung zur Veröffentlichung, von der wir den Parteivorstand in Kenntnis setzen. Der letztere bittet, die Veröffentlichung der Erklärung der Generalkommission bis zur Sonnabendnummer des „Vorwärts“ zu vertagen, da der Vorstand wegen Abwesenheit mehrerer Mitglieder erst Freitag nachmittag in der Sache Beschluß fassen könne.

Eine bedenkliche Erscheinung.

Vom Vorsitzenden des Wahlvereins Berlin 6 werden wir ersucht, folgendes aufzunehmen. In Nr. 143 der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ befindet sich unter der Rubrik „Parteiangelegenheiten“ und mit der Ueberschrift „Eine bedenkliche Erscheinung“ eine Notiz, die sich mit dem Berliner Gewerkschaftsleben beschäftigt und dann die Zustimmungen in der Verammlung der Berliner des Deutschen Metallarbeiterverbandes zwischen Cohen und Wiefenthal sowie die von letzterem bewirkte Organisationserspaltung erwähnt. Es heißt dann weiter:

„Nun zeigt sich aber in Berlin ein merkwürdiger Vorgang: Auf der einen Seite ist in einzelnen Wahlvereinen der Ausschluß Wiefenthals als einer der Partei beantragt. Um so befremdender wirkt andererseits eine Mitteilung Wiefenthals, die er in der konstituierenden Versammlung der neuen Sondergründung machte und die wir in den Berichten von Parteiblättern finden; danach soll er gesagt haben: In allen möglichen Wahlvereinen würden Ausschlußanträge gegen ihn gestellt. Zur Antwort habe ich die Vertrauensmännerkörperschaft seines Wahlvereins einstimmig zum Delegierten für die Generalversammlung von Groß-Berlin gewählt.“

Es mag dahingestellt sein, ob Genosse Wiefenthal eine solche Äußerung getan hat oder ob hier falsche Berichterstattung vorliegt. Auf jeden Fall ist obige Meldung zutreffend. Wiefenthal ist weder auf den Vorschlagslisten, die in den elf Abteilungsversammlungen zusammengestellt wurden, noch in der der Generalversammlung vorgelegten Gesamtzusammenstellung aufgeführt. Einzelne Genossen des Bezirkes, in welchem W. wohnt, Genossen, die aber keineswegs mit der „Vertrauensmännerkörperschaft“ identisch sind, schlugen ihn vor. Bei der Aufstellung der Kandidaten lehnte W. jedoch selbst ab.

Neuer Kurs.

Seit 1890, also seit fast zehn Jahren, hatte das Polizeipräsidium in Berlin nichts dagegen eingewendet, daß unsere Parteigenossen am 1. Mai einen gemeinsamen Spaziergang unternahmen und dazu in Infanterie und an den Plafonds einluden. In diesem Jahre aber hatte man auf dem Polizeipräsidium anders beschloffen. Es wurde nicht nur der Spaziergang untersagt, sondern man stellte auch die sechs Mitglieder der Kommission vor Gericht, weil sie zu einem gemeinschaftlichen Spaziergang, einem „Aufzuge“, vor der Erteilung der Erlaubnis des Polizeipräsidiums durch einen in der „Rheinischen Zeitung“ erschienenen Aufruf (unterzeichnet „Die Kommission“) aufgerufen haben! Die Angeklagten und der Verteidiger wiesen in der Zeit vor dem Kölner Schöffengericht erfolglos Verhandlung vergebens darauf hin, daß es sich gar nicht um einen Aufzug, sondern um einen zwanglosen Spaziergang handelte und daß die anderthalb Jahrzehnte dauernde Duldung des Spazierganges durch die Kölner Polizeibehörde beweise, daß auch die Polizei dieser Ansicht gewesen sei. Das Schöffengericht verurteilte den Vorsitzenden der Kommission zu 21 M., die übrigen fünf Mitglieder zu je 15 M. Geldstrafe. Das Gesetz nennt als Mindeststrafe „fünf Taler“. Die Verurteilten haben sofort Berufung eingelegt.

Zum Fortsetzungsartikel. Genosse Wlotzke bittet uns mitzutheilen, daß er die Fassung seines Berichtes an der vom Genossen Ratzwald bestrittenen Stelle aufrecht erhält. Die letzte Versammlung des Fortsetzungsartikels habe die Wichtigkeit seiner (W.'s) Darstellung bestätigt. Genosse Wlotzke beruft sich darauf, daß eine große Anzahl Genossen, darunter viele Freunde Ratzwalds, den Wlotzkeschen Bericht als völlig richtig und objektiv bezeichnen, besonders aber die Wiedergabe des Teils der W.'schen Rede als wörtlich und richtig anerkannt haben, die dieser selber so gehalten zu haben bestritten.

Ein neues sozialdemokratisches Tagesblatt in der Schweiz. Die jetzt zweimal wöchentlich erscheinende „Verner Tagwacht“ soll mit dem 10. Dezember 1906 täglich herausgegeben werden. Damit wird ein seit Jahren bestehender Wunsch der Arbeiterschaft des Kantons Vevay erfüllt.

In der französischen Schweiz sind 4 Parteiblätter in dem Geneser „Revue Suisse“ verschmolzen worden, der später auch täglich herausgegeben werden soll. Da am erfolgreichsten nur sozialdemokratische Parteiblätter wirken können, die überall der bürgerlichen Lokalpresse entgegenstehen, so bedeutet die Fusion keinen Fortschritt, sondern einen Rückschritt.

Gewerkschaftliches.

Eine äußerst feierliche Versammlung war es, die am Sonntag im Hofener katholischen Vereinsbause stattgefunden hat und die von dem polnischen Maurerverbande einberufen war. Infolge des Verhaltens des genannten Verbandes gelegentlich des letzten Maurerstreiks, in dem er bekanntlich sofort die Bedingungen des Arbeitgeberverbandes akzeptiert hat, herrscht gegen ihn bei der überwiegenden Anzahl der hiesigen Maurer eine äußerst gereizte Stimmung. Eine sehr große Anzahl Gegner sowohl vom Zentralverband als auch dem Hirsch-Dundersehen war erschienen. Gleich nach der Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden Kozmicki, dem die Stimmung der Versammlung nicht unbekannt geblieben war, und der diesbezüglich in seiner Eröffnungsrede drohte, jeden Störenfried aus dem Saale weisen zu lassen, und falls ein solcher freiwillig den Saal zu verlassen sich weigern sollte, dieser ohne weiteres dem Staatsanwalt zur Verhaftung angezeigt werden würde, brach der Tumult los, indem eine Anzahl von Personen das Wort zur Geschäftsordnung verlangte. Da ihnen dieses nicht erteilt wurde, wurde die Stimmung eine kriegerischere. Diese erreichte ihren Höhepunkt, als der Referent, Maurer Kraszewski das Wort ergriff. Unter fortwährenden Unterbrechungen, daß von einem Verstehen des Vortrages keine Rede sein konnte, führte Redner aus, daß der Erfolg, der von den streikenden Maurern erlangt worden sei, in keinem Verhältnis zu dem Verlust, den sie erlitten, stände. Seiner Berechnung nach bezifferte sich dieser Verlust bei jedem einzelnen Maurer auf mindestens 90 M. Bei diesen Worten entstand ein solch heftiger Tumult, daß es dem Redner unmöglich wurde, weiter zu sprechen. Rufe wie: „Schufte, Verräter, Judas!“ schwirren wild durcheinander. Nunmehr forderte der Vorsitzende einige der Ruhestörer auf, den Saal zu verlassen. Als der Versuch gemacht wurde, einige Personen mit Gewalt aus dem Saale zu entfernen, sprangen die zahlreichen Gegner von

ihren Plätzen und verhinderten die gesammte Entfernung ihrer Genossen. In zahlreichen Gruppen sah man zahlreiche erhobene, wild gestikulierende Hände und es hatte den Anschein, als ob es im nächsten Moment zu einer allgemeinen Mauererei kommen würde. So wüthete dieser Tumult etwa 15 Minuten. Polizei war nicht zur Stelle, wäre dies der Fall gewesen, so wäre die Auflösung der Versammlung zweifellos gewesen. Es wurden indessen zwei Schaulente herbeigeholt. Nach und nach lehrte Ruhe ein. In einem Einsprechen fanden die Beamten keine Veranlassung und entfernten sich wieder. Unter fortwährendem Widerpruch konnte Redner seinen Vortrag beenden. Viel war von diesem indessen nicht verstanden. Als ein Redner das Wort ergriff, der nicht Maurer ist, erhob sich von neuem ein solch heftiger Tumult, daß dieser Redner unter fortwährenden Rufen: „Runter mit dem Sozial!“ abtreten mußte. Es sprachen dann unter großem Beifall ihrer Genossen von dem christlichen Verbands Maurer Kowalczak und von dem Zentralverbande Genosse Horowicz. Beide Redner wandten sich mit recht scharfen Worten gegen den polnischen Verbande verübten Verrat. Sie bestritten dem polnischen Verbande das Recht, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen; kein ehrlich denkender Maurer könne es mit seiner Ehre vereinbaren, als Mitglied diesem Verbande beizutreten. Als zum Schluß ein Hoch auf den polnischen Verband ausgebracht wurde, entstand neuer heftiger Tumult. Mit fast schreckentäubenden Rufen und Pfeifen ging die Versammlung auseinander.

Berlin und Umgegend.

Zu dem Streik der Arbeiter, Aufseher und Handwerker der Firma Rabené, Aktiengesellschaft, Träger und Stabeisenhandlung, ist zu berichten, daß, obwohl bei den gepflogenen Verhandlungen die Arbeiter Konzessionen machten, sich die Firma auf den Herrenstandpunkt stellte und jedes Entgegenkommen rundweg ablehnte. Auch das Zugeständnis des Herrn Direktor Weibel, der telephonisch den Arbeitern einen Anstandslohn von 42 1/2 Pf. bewilligte, wurde wieder zurückgezogen. Eine weitere Ausdehnung hat der Streik am Mittwoch noch dadurch erfahren, daß auch die Aufseher von den Pitalen Grünstr. 17 und Wallstr. 7/8 sich den Streikenden angeschlossen haben.

Der Streik in der Maschinenfabrik „Gyllon“, Rainingerstraße, dauert ununterbrochen fort. Verhandlungen wegen der geringfügigen Lohnforderung lehnte der Firmeneinhaber scharf ab, dafür aber suchte er in den bürgerlichen Blättern Arbeitswillige und verspricht den sich Meldenden die berühmte „bauern- und lohnende“ Beschäftigung. Recht eigentümlich verhält sich nun die Zeitung der „Deutschen Arbeitervereine“ zu Vorgängen-Rummelsburg bei diesem Streik. Beide Firmen scheinen in einem besonderen Freundschaftsverhältnis zueinander zu stehen. Die „Arbeitervereine“ werden nämlich Arbeiter an und schiden sie dann nach der Firma „Gyllon“, damit sie dort Arbeitswilligendienste verrichten sollen. Bisher gelang es, solche „Verständnisse“ zu veranlassen, die Arbeit nicht erst aufzunehmen. Die Arbeiter werden jedoch ersucht, sich jene Vorkommnisse zu merken.

Der Formnerstreik bei der Firma Gebauer, Koabit, ist nach vierzehntägiger Dauer beendet. Seine Ursache hatte der Streik darin, daß plötzlich verlangt wurde, die Formner sollten nach dem Abgange noch bis 8 Uhr abends im Betrieb bleiben, während es ihnen früher freistand, nach Beendigung ihrer Tagesleistung nach Hause zu gehen. Auch sollte ihnen die halbstündige Frühstückspause auf eine Viertelstunde verkürzt werden. Als die Formner darauf die Arbeit niederlegten, wurden auch die Keramiker und Puffer als überflüssig entlassen. Am Dienstag fanden nun nochmals Verhandlungen statt mit dem Ergebnis, daß es den Formnern freigestellt wurde, schon um 5 Uhr abends nach dem Abgange den Betrieb zu verlassen, auch bleibt die halbstündige Frühstückspause weiter bestehen. Allerdings wird diese den Lohnarbeitern nicht müßig gelassen, während die vierstündige Pause mit entschädigt werden sollte. Mit diesen Zugeständnissen erklärten sich die Streikenden einverstanden und wird deshalb am Donnerstagmorgen die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen.

Deutsches Reich.

Die Aussperrung der Steinbrücker und Lithographen hat sich nun auch auf Offenbach a. M. erstreckt. Den Anlaß dazu bot den Herren vom Schupverband die Weigerung der Steinbrücker bei der Firma Friedrich Schoembs, Streitarbeit zu leisten. Dies wurde als ein Bruch des im November vorigen Jahres abgeschlossenen dreijährigen Tarifvertrages angesehen und darum zum 7. Juli die Kündigung ausgesprochen. Auch die Firmen S. Reichardt, B. Gerstung und S. R. Hirschmann ahmten das Beispiel der Firma Schoembs nach, obwohl bei ihnen nicht einmal dieser saule Grund zu einer solchen Maßregelung vorliegt. Es müßte denn sein, daß diese Herren sich mit dem Schupverband solidarisch erklären wollen.

Die Textilarbeiteraussperrung, die am 7. Juli in der rheinischen Webersstadt Cuslich ein Wollgarn werden soll, wird 600 organisierte Arbeiter umfassen. Nur etwa 50 Organisierte bleiben von der Maßregel ausgeschlossen, da drei Fabrikanten sich dem Vorgehen der Unternehmervereinigung nicht angeschlossen haben. Die Ursache des Wollstreiks ist, daß die ausständigen Weber einer einzelnen Firma auf Wunsch der Unternehmer nicht bedingungslos zu Kreuze kriechen wollten; der Zweck ist die Fortführung der Organisation. Zugun von Textilarbeitern nach Cuslich ist streng fern zu halten.

Im Wuppertal gibt es zurzeit mehrere Lohnbewegungen. Die Zimmerer von Elberfeld-Barmen beschloffen zur Durchführung des eingeleiteten Lohnstreiks in partielle Streiks einzutreten. Bei der Firma Schmolli in Warmen ist der Streik schon ausgebrochen.

Der Streik der Seidenfärber Elberfelds, der bereits über vier Wochen währt, kann als beendet gelten. Die Arbeiter verlangen eine kleine Aufbesserung ihres Lohnes, der jetzt 21 M. pro Woche beträgt, die Unternehmer erklärten, sie könnten erst dann auf die Forderung eingehen, wenn die sich in der Vorbereitung befindende internationale Konvention zur Erhöhung der Färberpreise perfekt geworden sei. Obwohl letzteres jetzt geschehen und die Konvention am 1. August d. J. in Kraft tritt, lehnten die Arbeitgeber dennoch nach wie vor die behandelte Forderung der Arbeiter ab. Der „Herr im Hause“ Standpunkt trat dabei in ostentativer Weise zutage — was freilich bei den Färberbesitzern nichts Neues ist. Unter den gegebenen Verhältnissen werden aber die Arbeiter vorläufig auf die Fortführung des Kampfes verzichten und die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen.

Die Arbeiter der Memendreherei von Bartels, Dietrichs u. Co. in Warmen befinden sich wegen der Maßregelung eines Kollegen im Streik. Eine öffentliche Versammlung der Memendreherei erklärte sich mit den Streikenden solidarisch. — In allen diesen Fällen wird vor Zugun nach dem Wuppertal gewarnt.

Eine Gewerkschaftskonferenz für das Saarrevier und die angrenzenden Landesteile tagte am Sonntag, den 24. d. M. in St. Johann-Saar. Anwesend waren 99 Delegierte aus 32 Orten, die 25 Vereine vertraten. Ferner war die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands durch Kollegen G. Kade, der Bergarbeiterverband durch Kollegen Paul Horn-Vochem, der Glasarbeiterverband durch Kollegen Haman-Berlin vertreten. Den Tätigkeitsbericht des Sekretariats erstattete Arbeitersekretär Portenkirchner. Das Sekretariat wurde in Anspruch genommen im 2. Halbjahre 1904 von 1156, im Jahre 1905 von 3555, in den ersten fünf Monaten dieses Jahres von 1762 Besuchern. Im Jahre 1905 wurden 1945 Schriftsätze angefertigt. Von den Besuchern waren 61 Proz. organisiert. Der Aufwand des Sekretariats erforderte im Jahre 1905 einschließlich der von der Agitationskommission entfalteten Agitation 4216 M.

Zu diesem Punkte lagen drei Anträge vor, die am den wichtigsten Industrieorten des Saarreviers Rechtschuherteilung verlangen. Ein weiterer Antrag verlangt Herausgabe eines gedruckten Jahresberichtes.

Der Vertreter der Generalkommission erkannte das Verlangen, die Rechtschuherteilung auf andere Gebiete auszudehnen, als berechtigt an; die Durchführung müsse man der Generalkommission überlassen. Bezüglich des zweiten Antrages sei es fraglich, ob der Herausgabe eines gedruckten Berichtes ein agitatorischer Wert innewohne, der die aufgewendeten Kosten aufwiege.

Aus dem Bericht der Agitationskommission, den Kollege Bengler erstattete, ist zu entnehmen, daß 1905 von der Kommission in 30 Orten 76 Versammlungen und Besprechungen veranstaltet wurden, deren Kosten 534,43 M. betrugen.

Dem schloß sich ein Vortrag an über Agitation, den Kollege Wölke hielt.

Die Anträge fanden in folgender Resolution ihre Erledigung: Die heutige Gewerkschaftskonferenz für das Saarrevier und Lothringen hält es für erforderlich, die Rechtschuherteilung auf die wichtigsten Industrieorte des Saarreviers auszudehnen in der Weise, daß an verschiedenen Orten in bestimmten Zeiträumen Sprechstunden abgehalten werden.

Des weiteren erachtet es die Konferenz für zweckmäßig und der Agitation dienlich, den Bericht über die Tätigkeit des Sekretariats und der Agitationskommission gedruckt herauszugeben. Die letztere wird beauftragt, dem Standpunkt der Konferenz Stellung zu verschaffen.

In Erwägung, daß eine intensive Agitation im Agitationsbezirk eine unbedingte Notwendigkeit ist, erklären die Delegierten der heutigen Konferenz, in ihrem Kreise dahin zu wirken, daß weitere Mittel für die Agitation flüssig gemacht werden. Es soll daher in den Gewerkschaftsstellen und Bezirksstellen des Bezirkes die Frage erwogen werden, ob und in welchem Umfange dies möglich gemacht werden kann. Gleichzeitig richten die Delegierten das Ersuchen an die Generalkommission, sie auch ferner in ihrem schweren Kampfe im Saarrevier zu unterstützen.

Die Delegierten versprechen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Ausbreitung und Erhaltung der Gewerkschaftsbewegung im Agitationsbezirk Sorge zu tragen.

Ein Antrag Rech verlangte Herausgabe eines in französischer Sprache erscheinenden Gewerkschaftsblattes für den französisch sprechenden Teil der Lothringer und Luxemburger Arbeiterschaft. Die Antragsteller ziehen den Antrag jedoch wieder zurück, um die in Frage kommenden Gewerkschaften zunächst dafür zu interessieren, die Vorarbeiten zu erledigen und ihn zu gegebener Zeit wieder zu unterbreiten. Ein anderer Antrag, für Lothringen einen eigenen Agitationsbezirk zu bilden, wird abgelehnt, da beide Bezirke ein wirtschaftliches Ganze bilden. In einer von den Trierer Delegierten eingebrachten Resolution wird mißbilligt, daß die Trierer Ausbrücker in ihrer Mehrheit sich weigern, dem dortigen Kartell beizutreten. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Kampf gegen die Organisation.

Die Firma Haas in Huchelheim (Eich Willenberg) hat Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation entlassen. Infolgedessen hat eine am 31. Mai stattgehabte öffentliche Gewerkschaftsversammlung beschloffen, den Vogelt über diese Firma zu verhängen. Dem Vorgehen der Firma muß die Einigkeit der Arbeiterschaft gegenübergestellt werden. Arbeiter, Genossen, beachtet den Vogelt!

Ausland.

Streiks und Aussperrungen in Holland.

Nach einer Aufstellung in der neuesten Nummer der „Tijdschrift van het Centraal Bureau voor de Statistiek“ sind in Holland während des ersten Vierteljahres 1906 40 Streiks ausgebrochen, davon der größte Teil, nämlich 18, im Baugewerbe. Für 37 dieser Streiks wurde die Zahl der beteiligten Arbeiter auf 713 angegeben. Beendet wurden in demselben Vierteljahre 30 Streiks, wovon 4 im letzten Vierteljahre 1905 begonnen hatten. Der längste Streik dauerte 183 Tage. Von 35 beendeten Streiks wird das Ergebnis mitgeteilt wie folgt: 8 endeten zugunsten der Arbeiter, 11 zugunsten zu ihren Gunsten und 16 zu ihrem Nachteil. — Ausperrungen fanden im ersten Vierteljahre 5 statt, die sich auf 11 Betriebe erstreckten. 2 der Aussperrungen erreichten im ersten Vierteljahre ihr Ende, und zwar, wie berichtet wird, zum Nachteil der Arbeiter.

Die Aussperrung im Rotterdamer Hafen ist nun von den Unternehmern aufgehoben worden. Die Arbeiter haben eine Vergütung für die Zeit, die sie warten müssen, bis sie mit der Arbeit beginnen können, zugesichert erhalten, wenngleich die Angelegenheit nicht ganz den Wünschen der Arbeiter entsprechend, und auch offenbar nicht endgültig geregelt ist. Die Organisation der Hafnarbeiter strebt nun danach, durch Verhandlungen eine allgemeine dauernde Regelung der Vergütung für die Wartezeit bei den Schreibeischnen zustande zu bringen.

Nach deutschem Muster. Die Vereinigung der Arbeitgeber Oesterreichs hielt Dienstagabend in Wien eine Versammlung ab, in der beschloffen wurde, daß, falls der angekündigte dreitägige Massenaustritt der Arbeiterschaft Tatsache wird, die Arbeitgeber mit der Verhängung einer entsprechenden Zeit während der Arbeiteraussperrung antworten sollen.

Das Komitee der Tischlerorganisation in Bukarest sendet uns folgenden Aufruf:

Die Tischler in Bukarest stehen seit dem 1. Mai 1906 im Streik. Am Mittwoch, den 7. Juni wurde mit der Firma Lefel, Möbelfabrik, unterhandelt. Die Firma machte auch Zugeständnisse, hat aber die Forderung nicht unterschrieben. Die Herren Lefel gaben ihr Ehrenwort als gewesene preussische Offiziere, die Zulage zu halten. Am 8. Juni wurde die Arbeit dann zu den neuen Bedingungen aufgenommen, doch am Sonnabend, den 10. Juni, sind sämtliche Tischler von der Firma Lefel entlassen worden.

Die Herren Lefel werden ihre Agenten auch in das Ausland senden, um Tischler anzutreiben. Wir ersuchen daher alle deutschen Kollegen, solche Angebote zurückzuweisen. Auch die Firma Durar und Puffer sowie Schmüdinger ist für Tischler gesperrt.

Wir ersuchen alle arbeitserfreundlichen Blätter um Abdruck, um den Zugang der Tischler nach Bukarest streng fernzuhalten. Sindicalul Lucratorilor Tamplar, Hotel do Frantz, „Romania Muncitoare“, Calea Victoriei.

Bucuresci, Roumanis.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Reichstags-Nachwahl in Iserlohn.

Iserlohn, 27. Juni. (B. T. V.) Bei der heutigen Reichstagsersatzwahl für den verstorbenen Abgeordneten Lengmann wurden bei 10 1/2 Uhr abends gezählt für Hartmann (nall.) 5341, Müller (frei. Sp.) 7122, Klotz (Zentrum) 6527, Haberland (Sozialdemokrat) 9936 und für Küffer (Christlichsozial) 1849 Stimmen.

Eine Partei ohne Mitglieder.

Petersburg, 27. Juni. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Reichstagsmitglieder Betmolar, Dolgoruch und Kraschinsky gehen mit dem Plane um, im Reichstale eine Partei des Zentrums zu schaffen. Sie haben allen Mitgliedern des Reichstags ihr Programm zugesandt und das Programm in den Zeitungen veröffentlicht. Es haben auch bereits mehrere Versammlungen zum Zwecke der Gründung der Partei stattgefunden, doch hat sich noch niemand bereit erklärt, der zu gründenden Partei beizutreten.

Eisenbahnunglück.

Rößenbach bei Lindau, 27. Juni. Umläufige Meldung. In der Nähe von Lindenberg überfuhr ein Wagnis ein Fuhrwerk. Der Fuhrmann und ein Pferd wurden getötet; der Lokomotivheizer wurde verletzt. Das Fuhrwerk wurde zertrümmert. Die Maschine und zwei Wagen sind entgleist.

Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend

hielt am Dienstag seine 6 Berliner Generalversammlungen ab. Die Genossen von Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg haben ihre Tagung bereits am vergangenen Sonntag gehabt, die Genossen von Nieder-Barnim werden sie kommenden Sonnabend abhalten.

Die Generalversammlung des Wahlvereins für den ersten Wahlkreis fand in Kühnes Festsaal (Niedermallstr. 20) statt. Die Versammlung wurde eingeleitet durch einen Vortrag des Genossen Bernuth über „Die große französische und die russische Revolution“. Redner schilderte in großen Zügen die Entstehung und den Verlauf der französischen Revolution. Zur russischen Revolution übergehend, gab er ein Bild von der Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse von der Zeit der französischen Revolution an bis zum Ausbruch der russischen sowie einen kurzen Überblick über deren bisherigen Verlauf und Ausichten. Der Vortrag fand großen Beifall.

Genosse Opper erstattete den Vorstandsbericht. Er gab die wichtigsten Vorkommnisse eingehender behandelnd, einen Rückblick über das letzte Halbjahr. Die Neuorganisation der Wahlvereine, so führte er aus, habe sich gut bewährt. Auf die Philharmoniebojott-Angelegenheit eingehend, wies Opper auf den Antrag des Wahlvereins des vierten Kreises hin, zu dem die Versammlung Stellung zu nehmen habe. Im Anschluß an seinen Bericht stellte Genosse Opper folgende Anträge zur Diskussion und Beschlußfassung:

1. (Antrag des Wahlvereins des vierten Kreises): den Boykott über die Philharmonie auf den persönlichen Verkehr auszudehnen.

2. Die Schreyche Broschüre „Schule, Kirche und Arbeiter“ im Kreise gratis zu verteilen.

3. Anträge zur Generalversammlung müssen mindestens 14 Tage vor Stattfinden derselben beim ersten Vorsitzenden eingereicht werden. Dringliche Anträge kommen nach Zustimmung der Generalversammlung zur Beratung und Beschlußfassung.

Der Antrag des Wahlvereins des vierten Kreises rief eine längere Debatte hervor, in der die Genossen Wehnacht, J. Guttman, Jakob und Opper gegen und Ege für Annahme des Antrages eintraten. Der Antrag wurde schließlich mit 53 gegen 37 Stimmen abgelehnt. Die beiden anderen Anträge gelangten zur Annahme.

Den Kassenbericht für das abgelaufene Halbjahr gab Genosse Büttner. Die Einnahme betrug (einschließlich eines Bestandes von 788,81 M.) 2451,19 M., die Ausgabe belief sich auf 1092,48 M. Somit ist ein Kassenbestand von 1358,71 M. zu verzeichnen. Auf Antrag der Revisoren erteilte die Versammlung dem Kassierer Decharge.

Hierauf berichtete Genosse Diegeler über die Tätigkeit der Proklamationskommission unter besonderer Würdigung der einkündigenden Beschlüsse derselben. Eine Diskussion wurde nicht bestritten.

Den Bericht der Lokalkommission erstattete Genosse Ege. Er hob die Schwierigkeiten der Ausführung des Boykotts im ersten Kreise hervor und ermahnte die Genossen, die geperzten Lokale streng zu meiden. In der sich anschließenden Diskussion erklärte Genosse Felix Guttman, daß der Boykott in seiner jetzigen Form nicht zu einer so wirksamen Waffe werde, als er es sein könnte; deshalb müsse man in dieser Beziehung eine Wendung vornehmen: In den Orten, wo kein Lokal oder zu wenig Lokale zur Verfügung stehen, sollte man nicht sämtliche Lokale, die unsere Bedingungen erfüllen, sperren, sondern ein jedes dieser Lokale einzeln boykottieren. Dieser Anregung traten die Genossen Ege und Opper entgegen. Ersterer führte aus, daß wir die Lokale, die uns zu Versammlungen nicht zur Verfügung stehen, auch nicht freigegeben können. Genosse Opper wies darauf hin, daß man vor längerer Zeit die vom Genossen Guttman angeführte Form des Boykotts angewandt und damit keine gute Erfahrungen gemacht habe.

Der vom Genossen Alwin Schuster gegebene Bericht der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg wurde ohne Debatte entgegengenommen. Nunmehr erfolgte die Wahl von 14 Delegierten zu der am 20. Juli stattfindenden Verbandsgeneralversammlung. Hierzu stellte Genosse Gent in Erweiterung eines Antrages des sechsten Kreises: die Ausgabe der Mitteilungsblätter zu zentralisieren, den Antrag: „für das Arrangement einer einheitlichen Kasse für Groß-Berlin eine Zentralkommission zu wählen“. Anknüpfend an einen vor längerer Zeit im „Vorwärts“ erschienenen Artikel über Arbeiterfeste führte Genosse Gent begründend aus, daß die Arbeiterfeste — besonders die Kasse — besser arrangiert werden müßten. Damit sie einen würdigen und einheitlichen Charakter tragen, müssen eigens für die Ausgestaltung dieser Feste Genossen bestimmt werden. Genosse Opper betonte die finanziellen Schwierigkeiten, die die Ausführung dieses Planes zur Folge haben würde. Er bat, den Antrag zurückzustellen, bis die Änderung der Kasse geregelt werde. Opper verpflichtete sich, bei dieser Gelegenheit den Antrag des Genossen Gent zur Sprache zu bringen. Darauf zog Genosse Gent seinen Antrag zurück.

Nach einem Appell an die Versammlung, eifrig für die Partei zu werden und sich im Wahlverein regen zu betätigen, schloß der Vorsitzende um 12 Uhr die Versammlung.

Der zweite Wahlkreis hielt seine Versammlung in Sobels Brauerei ab. Der Saal war überfüllt, sodah die Nebenkäume noch in Anspruch genommen werden mußten. — In seinem Vorstandsbericht führte Berner aus, daß man in der letzten Zeit besonders auf die Kleingagitation viel Wert gelegt habe und verhältnismäßig recht gute Erfolge zu verzeichnen seien. Der Mitgliederbestand sei in den letzten sechs Monaten von 3478 auf 4883 gestiegen. Ebenso haben sich durch fleißige Agitation die „Vorwärts“-Abonnenten von 6440 auf 6270 vermehrt. 16 Versammlungen und ebensovielfache Vorstandssitzungen wurden abgehalten. In dem Streit über den Philharmoniebojott kam in den Bezirken der Antrag des vierten Kreises zur Abstimmung: 51 Bezirke erklärten sich für und 70 gegen den Antrag. Es wurde aber geltend gemacht, daß unter den 51 die an Mitgliederzahl stärksten Bezirke seien, und auf Antrag Heinrich hin wies die Versammlung die Sache an die Bezirke zurück, um eine neue Abstimmung nach Mitgliederzahlen vornehmen zu lassen. — Im Vorstandsbericht wurde auch der Boykott des Schneiderverbandes wegen der Heimarbeiter erläutert und eine Begründung dafür gegeben, weshalb der Vorstand nicht in der Lage war, dem Boykott zuzustimmen. Dieser Teil des Berichtes führte zu einer lebhaften Diskussion. Einzelne Redner äußerten ihr Mittrauen, ob nicht die Rücksicht auf die Geschäftsangelegenheiten im „Vorwärts“ die Stellungnahme gegen den Schneiderverband herbeiführt habe. Demgegenüber führte Genosse R. Fischer klar und scharf aus, daß davon gar keine Rede sein könne. Niemand wüßte geschäftliche Rücksichten dem „Vorwärts“ ein Hemmnis für gewerkschaftliche und politische Aktionen der Arbeiter sein. In politischen sowohl wie in gewerkschaftlichen Kreisen sei man sich darin einig gewesen, daß der Kampf der Schneider in der Weise, wie er geführt wurde, aussichtslos war.

Schmidt erstattete den Kassenbericht. Vom 1. November 1905 bis zum 22. Juni 1906 betrug die Einnahmen 17 440,91 M., die Ausgaben 17 322,94 M.; demnach der Bestand 117,97 M. Zum zweiten Schriftführer wurde Jakobowski gewählt. Zur Verbands-Generalversammlung wurden folgende beiden Anträge angenommen:

1. Die einzelnen Kreiswahlvereine Groß-Berlins haben das Recht, an ihre Mitglieder im Laufe des Geschäftsjahres Broschüren von gleichem Gesamtwerte, bis 50 Pf. (ausschließlich Parteitag-Protokolle), jedoch eventuell von verschiedenem Inhalt, gratis zu verteilen.

2. Die dem Aktionsausschuß zur Beschlußfassung vorliegenden wichtigen Angelegenheiten müssen auf Antrag der Vertreter von drei Kreisen dem Zentralvorstande zur Beschlußfassung überwiesen werden.

Zur Wahl von 65 Delegierten, die der zweite Kreis zur Verbands-Generalversammlung zu entsenden hat, waren von den acht Abteilungen Vorschläge eingegangen, die mit zwei Änderungen von der Versammlung angenommen wurden.

Reiman demangelte das Mißverhältnis im zweiten Kreise zwischen den 6000 „Vorwärts“-Lesern und 4000 organisierten Genossen und empfahl die Herausgabe eines besonderen Flugblattes für die „Vorwärts“-Leser mit einer dringenden Aufforderung, sich der Organisation in ihrem Kreise anzuschließen.

Ein Appell an die Versammlung, die Kasse in ihrem Kampfe zu unterstützen, fand lebhafteste Zustimmung.

Die Generalversammlung des Wahlvereins für den dritten Wahlkreis, die im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagte, ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken der seit der vorigen Versammlung verstorbenen Genossen Herrlich, Corodonneff, Hoch, Heinrich und Hennowski.

Der Vorsitzende, Genosse Pohl, gab den Bericht des Vorstandes über das verfloffene Halbjahr. Abgesehen von den öffentlichen Versammlungen hat der Wahlverein drei Generalversammlungen und eine Mitgliederversammlung sowie eine Sonntagversammlung abgehalten. Ferner fand eine Flugblattverbreitung statt. Aufgenommen wurden 230 Genossen, ausgeschieden oder in andere Kreisvereine übergetreten sind 70 Mitglieder.

Die Abrechnung vom ersten Halbjahr 1906, die der Kassierer, Genosse Harndt, vorlas, schloß — samt dem Bestand von 778,80 M. — mit einer Einnahmesumme von 4722,06 M. und der Ausgabensumme von 3509,07 M. ab, so daß am Halbjahreschluß der Kassenbestand 1122,08 M. betrug. Die Generalversammlung erteilte dem Kassierer auf Antrag der Revisoren einstimmig Decharge.

Darauf kam folgender Antrag der Bezirksführer zur Beratung:

Die Generalversammlung des dritten Wahlkreises beschließt, der Generalversammlung von Groß-Berlin folgenden Antrag zu unterbreiten: Sollten im Zentralvorstand, Aktionsausschuß oder in sämtlichen Kommissionen bei wichtigen Beschlüssen drei Kreise Einspruch erheben, so ist die Angelegenheit an die Kreise zur Beschlußfassung zurückzuverweisen.

Zur Begründung wurde ausgeführt, daß, wie jetzt der Aktionsausschuß zusammengesetzt ist, zwei dort so stark vertretene Kreise wie der sechste und fünfte gemeinsam die Macht haben, die anderen sechs Kreise zu überstimmen, und daß dies ein unhaltbarer Zustand sei. — Der Antrag wurde einstimmig angenommen. — Gleichfalls angenommen wurden nach Begründung durch den Genossen Gehrmann der (auch vom zweiten Kreise angenommene) Antrag, wonach die einzelnen Kreise das Recht haben sollen, Broschüren im Werte bis zu 50 Pf. — außer den Parteitagprotokollen — gratis an die Mitglieder zu verteilen.

Sodann wurde über den von den Bezirksführern des dritten Kreises überbrachten Antrag des vierten Kreises beraten: den Boykott der Philharmonie auch auf den persönlichen Verkehr der Parteigenossen auszudehnen. Genosse Gehrmann begründete den Antrag, der nach kurzer Diskussion mit starker Mehrheit gutgeheißen wurde.

Den Wahlen der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung ging eine Diskussion über die Frage voraus, ob und inwiefern man von den Kandidaten verlangen müsse, daß sie auch gewerkschaftlich organisiert sind. Einem Antrage des Genossen Busch, jeden der vorgeschlagenen Kandidaten zu fragen, welcher Gewerkschaft er angehöre, wurde nachgegeben. Es ergab sich, daß einzelne Kandidaten, weil sie als Selbständige in ihrem Berufe tätig sind oder keine den Grundfäden der modernen Arbeiterbewegung entsprechende Organisation für sie besteht, nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Die Generalversammlung hielt die von diesen Genossen angeführten Gründe für triftig. Anträge, sie von der Kandidatur auszuschließen, wurden nicht gestellt. Die von den einzelnen Bezirken vorgeschlagenen Kandidaten wurden sämtlich gewählt.

Hierauf kam ein Antrag des 238. und 239. Bezirks zur Verhandlung: gegen die Mitglieder Karl Schulz, August Wespap, Franke, Karl Woll und Friedrich Rike das Ausschlußverfahren einzuleiten, weil sie bei einem Schachmannsfecht ein boykottiertes Lokal besucht haben. Genosse Büttner stellte den Antrag, es für diejenigen von ihnen, die ihr Unrecht einsehen, bei einer Rüge bewenden zu lassen. Die Versammlung nahm jedoch den Antrag der beiden Bezirke an. In das Schiedsgericht wurden als Vertreter des Kreises die Genossen Stein, Ritter und Günther gewählt, als Ersatzmann Genosse Büttner.

Angenommen wurde ferner ein Antrag des Vorstandes: die noch bestehenden vier Jahrestellen des Wahlvereins aufzuheben, da es Pflicht jedes Genossen ist, an den Jahrestagen teilzunehmen und dort seine Beiträge zu entrichten.

Der Vorsitzende machte auf das am 23. Juli stattfindende Sommerfest in der „Neuen Welt“ aufmerksam und forderte die Genossen auf, sich vorher mit Billetts zu versehen. — Schließlich wurde auf Vorschlag des Genossen Werno Raach folgende, am Sonntag von der Generalversammlung der Metallarbeiter beschlossene Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute im Gewerkschaftshaus versammelten Genossen des dritten Wahlkreises halten es für ihre Pflicht, einen wichtigen Protest gegen die zur Zeit in Rußland verübten Bestialitäten und „Ordnungen“ zu erheben. Ebenso beurteilen sie entschieden das Schweigen des Reiches der Gottesfurcht und frommen Sitte und der vielen Rücksichten zu diesen ungeheuren Schandthaten, die sich dadurch zu Mitschuldigen an jenen Greueln machen. Sie sprechen ferner ihre Verachtung jenen Reuten aus, die durch Geld die Organisation dieser Mordtaten aufrechterhalten. Die Versammelten geben sich der Hoffnung hin, daß es dem russischen Volke in absehbarer Zeit gelingen möge, jenen Massenmördern und ihren Anhängern das Handwerk für immer zu legen und verpflichten sich, das russische Proletariat in seinem Befreiungskampfe, soweit es in ihren Kräften steht, zu unterstützen.“

Seit der letzten Versammlung hatten sich 43 Genossen zur Aufnahme gemeldet. Ihre Namen wurden verlesen. Einwendungen erfolgten nicht, so daß sie sämtlich für aufgenommen erklärt werden konnten.

Der Versammlung des Wahlvereins im vierten Wahlkreis, die bei Keller (Koppenstraße) stattfand und gut besucht war, lag eine ganze Anzahl Anträge zur Überweisung an die Verbands-Generalversammlung vor. Ein Antrag: den Delegierten zur Generalversammlung des Verbandes ihre Unkosten mit einem festen Satz (etwa 1 M.) zu entschädigen, wurde nach kurzer Diskussion durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. — Zur Verhandlung kam dann folgender Antrag (171. Bezirk):

„Um eine Garantie für gute Ausstattung und tadellosen Druck der aus besonderem Anlaß herausgegebenen Festschriften (Silbester, März, Maizeitung) zu erhalten, sind die in Rede stehenden Schriften der Stuttgarter Parteidruckerei zu überweisen. Bei dem bei dem Leiter der „Vorwärts“-Druckerei einzig und allein maßgebenden Prinzip, aus solchen Schriften einen möglichst hohen Uberschuß herauszuwickeln, kann auf eine

bessere Ausstattung durch den Berliner Verlag nicht gerechnet werden.“

Als Antragsteller sagte Genosse Klich: Stets wäre — und mit Recht — über die Ausstattung der Festschriften geklagt worden. Aber besonders die letzte Maizeitung sei so ausgestattet gewesen, daß man sie nicht gern habe sehen und sie nicht gern habe verkaufen mögen. Ganz andere Ausstattungen bringe das damals Diebische Geschäft in Stuttgart heraus. Da werde nicht so viel Rücksicht genommen auf den Uberschuß. Den Einwand des Genossen Fischer, daß das Material zu teuer sei, könne er nicht gelten lassen, um so weniger als der Vertrieb der Schriften in Berlin durch die Genossen dem Verlag außerst leicht gemacht werde. — Die Überweisung des Antrages an die Generalversammlung des Verbandes wurde einstimmig beschlossen.

Einstimmig beschlossen wurde auch, der Verbands-Generalversammlung folgenden, vom Vereinsvorstand durch den Vorsitzenden, Genossen Hoffmann, empfohlenen Antrag (58. Bezirk) vorzuschlagen:

„Es ist eine Statistik der Mitglieder des Verbandes nach Berufsgruppen zusammen zu stellen. Das Ergebnis der Statistik ist mit den Mitgliederzahlen der einzelnen Gewerkschaftsorganisationen prägnant zu vergleichen und als Agitationsbrochure auszuarbeiten. Diese ist speziell in den Gewerkschaften, den Fabriken und Werkstätten zu verbreiten.“

Zur gleichen Frage lag noch folgender Unterantrag vor:

„In Anlehnung an § 6 Absatz 2 des Kreisstatuts mit seiner Bestimmung über die Zugehörigkeit der Parteimitglieder zur gewerkschaftlichen Organisation und zum Zwecke des Ausbaues der Statistik wird beschlossen: Die Bezirksführer sind gehalten, über die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit der Wahlvereinsmitglieder zur gewerkschaftlichen Organisation in den Mitgliederlisten eine Rubrik zu führen des allgemeinen Interesses wegen als auch zu dem Zweck, am Jahreschluß die noch nicht gewerkschaftlich organisierten Genossen besser an ihre Pflicht erinnern zu können.“

Es wird beschlossen, auch diesen Antrag der Verbandsversammlung zu überweisen.

Zu einer lebhaften Debatte führte ein Antrag, das „Mitteilungsblatt“ in so großer Auflage herauszugeben, daß jeder am Jahlabend anwesende Genosse ein Exemplar erhalten könne. Der Antrag wurde abgelehnt. — Angenommen wurde ein Antrag, daß die Berichterstattung von der Generalversammlung von Groß-Berlin künftig in den einzelnen Viertelversammlungen zu erfolgen habe. — Es wurde ferner beantragt: Mit Posten innerhalb der Partei, speziell mit dem Posten als Bezirksführer, sind nur Parteigenossen, die auch gewerkschaftlich organisiert sind, zu betrauen. — Der Vorsitzende bemerkte dazu, daß dieser Antrag eigentlich erledigt sei durch § 6 des Kreisstatuts, der den Mitgliedern zur Pflicht mache, sich nach Möglichkeit der gewerkschaftlichen Organisation ihres Berufes anzuschließen, und der weiter bestimme, bei Wahlen sei auf die Zugehörigkeit zur Gewerkschaftsorganisation Rücksicht zu nehmen. — Gegen diese Ausführung wurde von anderer Seite geltend gemacht, daß der Antrag durchaus angebracht sei; denn das Wort „nach Möglichkeit“ biete Raum für allerlei Ausflüchte. Nachdem Hoffmann darauf verwiesen hatte, daß es Parteigenossen gebe, denen es unmöglich wäre, sich „einer Gewerkschaft ihres Berufes“ anzuschließen, weil eine solche gar nicht vorhanden sei, lehnte die Versammlung den Antrag ab.

Einen Antrag, der dahin geht, daß die Partei von Groß-Berlin jeden vierten Mittwoch im Monat als Diskussionsabend einführen solle, begründete Genosse Gruhl: Auf den Jahlabenden, auf denen von den Kreiskonferenzen usw. Bericht erstattet werde, sei meist keine Zeit zur Diskussion von wichtigen Vorgängen und Fragen, die die Partei angängen. Er erinnere an die Kämpfe in Rußland, an die Frage des Massenstreiks in Oesterreich sowie an Fragen der sozialistischen Theorie. Diskussionen darüber seien aber notwendig. Diskussionsclubs, über die sich manche aufhielten, bräuchten nicht zu existieren, wenn es die Partei übernehme, dafür zu sorgen, daß die Partei nicht bloß in die Breite wachse, sondern auch in die Tiefe — was bis heute noch nicht der Fall sei. — Ein Genosse empfahl, die Diskussionen den Viertelversammlungen zu überlassen und den Antrag Gruhl abzulehnen. — Tarnow trat — gleich dem Antragsteller — dafür ein, daß die Partei mehr für die theoretische Durchbildung Sorge. Man sage zwar, es wäre Sache der Presse, und man habe ja auch der alten „Vorwärts“-Redaktion den Vorwurf gemacht, daß sie nicht genügend für die theoretische Bildung der Genossen getan habe. Aber auch nach dem Wechsel der Redaktion wäre im „Vorwärts“ über theoretische Fragen nicht viel zu lesen gewesen. — Ahrens sprach ebenfalls für den Antrag: Es läge im Interesse der Partei, daß nicht bloß einzelne theoretisch aufgeklärte wurden. Es müßte jeder zugeben, daß an den Jahlabenden noch nicht viel in dieser Hinsicht getan worden sei. In großen Versammlungen sei es nicht möglich, auch nicht in den Viertelversammlungen, sondern nur in kleineren Kreisen. — Hoffmann bittet, den Antrag der diesmaligen Verbandsversammlung noch nicht zu unterbreiten, sondern ihn dem Vorstande als Material zu überweisen, damit ihn die Bezirksgenossen erst einmal durcharbeiten können. Gruhl als Antragsteller erklärt sich mit Hoffmanns Anregung einverstanden, woraus die Versammlung demgemäß beschließt.

Ein Antrag, eine Beschlußfassung dahin zu erwirken, daß der „Vorwärts“ im Wochenabonnement abgegeben werde, fand die Zustimmung der Versammlung. — Gegen die Verhandlung eines weiteren, erst in der Versammlung gestellten Antrages, auf Verbilligung des „Vorwärts“ erhob sich Widerspruch. Er konnte daher nach den Geschäftsordnungsvorschriften nicht zur Abstimmung kommen. Zudem stellte auch der Vorsitzende fest, daß eine Beschlußfassung auf Verbilligung des Zentralorgans nicht Sache der Generalversammlung von Groß-Berlin, sondern Sache des Parteitages wäre, so daß der Antrag in die Versammlung gehöre, die zum Parteitag Stellung zu nehmen habe.

Nun erfolgte die Wahl der 173 Delegierten zur Generalversammlung des Verbandes von Groß-Berlin.

Unter „Vereinsangelegenheiten“ wurde die Angelegenheit Jentsch erledigt: Gegen Jentsch war von den Bezirksgenossen, vom Vertreter der zentralorganisierten Fliesenleger und vom Fliesenleger Reumann (zentralorganisiert) Antrag auf Ausschluß gestellt, weil er als Isalorganisierte Fliesenleger auf einem Bau dahin gewirkt habe, daß die Lokallisten mit dem zentralisierten Reumann nicht zusammen arbeiten wollten, und weil er in entsprechender Weise beim Unternehmer vorstellig geworden sei. — Der Vorsitzende Hoffmann berichtete eingehend über den Gang der Untersuchung und der Verhandlungen im Vorstande und schlug namens des Vorstandes vor, folgender Erklärung des Vorstandes zuzustimmen: „Die Handlungsweise des Fliesenlegers Hermann Jentsch, Reidenweg Nr. 71, wird gemißbilligt, und gegenüber den beiden Organisationen der Fliesenleger wird der Wunsch ausgesprochen, daß sie sich einander nähern, damit für die Zukunft so unliebsamen Vorkommnisse vorgebeugt werde.“ — Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, wodurch die Sache erledigt ist.

Zum Schluß nahm die Versammlung folgende Protestresolution an:

„Die Generalversammlung drückt ihren Abscheu aus gegen die Urheber des Blahstoker Blutbades und wünscht den russischen Brüdern Erfolg im Kampfe gegen die verbrecherische, kulturfeindliche Regierung Rußlands. Ferner bedauert die Versammlung die Gleichgültigkeit der deutschen Regierung angeichts dieser Schandthaten einer „bestreuten“ Regierung.“

Fünfter Wahlkreis. Die Versammlung tagte im „Allen Schützenhause“. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden 39 Mit-

glieder als aufgenommen erklärt. Das Andenken des verstorbenen Genossen Wehrburg ehrt man in üblicher Weise.

Den Bericht des Vorstandes erstattete der Vorsitzende Zucht: Der Vorstand hat im letzten Halbjahr eine rege Agitationsstätigkeit entfaltet. Die Wähler, die bei der letzten Stadtvorordnetenwahl für unsere Kandidaten gestimmt haben, aber noch nicht dem Wahlverein angehört, sind zum Beitritt aufgefordert worden, was im allgemeinen guten Erfolg hatte. Der Besuch der Jahrsabende hat sich, indem diese an einem bestimmten Tage stattfinden, in erfreulicher Weise gehoben und die Genossen bekunden ihre Interesse durch lebhaftes Aussprechen. Zu rügen ist dagegen der lässige Besuch der Versammlungen. Sehr zu bejammern waren nur die großen Protest- und die Raiberfassungen. Am 9. Juli, dem Tage des zehnjährigen Bestehens des Wahlvereins, soll eine Gedenkversammlung abgehalten werden.

Den Bericht der Preschkommission erstattete Wels: Die Abkommenszahl des „Vorwärts“ sei im vergangenen Halbjahr um 12 000 gestiegen und betrage jetzt 112 000. Dieser Erfolg sei der regen Agitation der Parteigenossen zu danken. Die Konflikte und Zwistigkeiten, die sich an den Redaktionswechsel im vergangenen Herbst knüpften, seien überbrückt. Wenn auch in der Redaktion noch nicht alles so sei, wie man es wünschen könne, und hier und da noch manches auszuräumen wäre, so könne doch aus der geringen Zahl der eingegangenen Beschwerden geschlossen werden, daß die Genossen mit der jetzigen Haltung des „Vorwärts“ einverstanden sind. Größere polemischen mit Parteiblättern haben nicht stattgefunden. Wenn solche nicht noch entstehen im Anschluß an die Dinge, die jetzt in der Luft liegen, dann werde die Erörterung des „Vorwärts“-Konflikts auf dem Parteitag seinen Stoff bieten, der gewissen Leuten Gelegenheit geben könnte, im Trüben zu fischen. — Im weiteren Verlauf seines Berichts besprach Wels die Haltung der Preschkommission zur Gründung des Wiesenthal'schen Metallarbeiterverbandes. Gemäß den Parteitagsbeschlüssen, nach denen jeder Genosse verpflichtet sei, sich der für seinen Beruf bestehenden Gewerkschaft anzuschließen und nach deren eine neue Organisation nur zu gründen ist, wenn für den betreffenden Beruf noch keine solche bestehe, habe die Preschkommission, sobald sie von der bevorstehenden Neugründung sichere Kenntnis hatte, den Inzeratenteil des „Vorwärts“ für den neuen Verband gesperrt. Dieser Beschlus sollte nur ein vorläufiger sein, denn die Kommission habe sich gesagt: es handele sich hier um eine gewerkschaftliche Angelegenheit, in der den gewerkschaftlichen Instanzen die endgültige Entscheidung zustehe, und wenn die Gewerkschaftskommission oder das Gewerkschaftsamt die neue Organisation aufnehmen sollte, dann müßte sie auch seitens der Partei anerkannt werden. Um — wenn möglich — eine Zersplitterung zu verhüten, habe sich die Preschkommission mit dem Ausschus der Gewerkschaftskommission in Verbindung gesetzt und ihm von der vorläufigen Inzeratensperre Mitteilung gemacht. Auf Antrag der Metallarbeiter habe der Ausschus der Gewerkschaftskommission der Sperre zugestimmt. In ihrer nächsten Sitzung werde sich die Preschkommission nochmals mit dieser Angelegenheit befassen und endgültig beschließen. — Diese Klarstellung sei notwendig, um Unklarheiten zu beseitigen, die über die Haltung der Preschkommission in dieser Hinsicht unter den Parteigenossen herrschen könnten. Die Preschkommission sei aus eigenem Antrieb zu ihrer Stellungnahme gekommen, niemand habe von außen auf sie eingewirkt. Diese Feststellung sei notwendig, weil man jetzt sage, seitens der Partei sei die Wiesenthal'sche Organisationsgründung begünstigt worden. Die Preschkommission habe ihren Beschlus einstimmig gefaßt; es herrsche nicht die geringste Meinungsverschiedenheit darüber, daß jede Zersplitterung der gewerkschaftlichen Organisation vermieden werden muß.

Auf eine Anfrage des Genossen Störmer: wie es möglich war, daß die ersten Inzerate betreffs der neuen Organisation Aufnahme im „Vorwärts“ finden konnten, antwortete Wels: So lange die Inzerate noch von der Agitationskommission der Köppler ausgehen und diese noch im Metallarbeiterverbande standen, hätten die Inzerate nicht zurückgewiesen werden können. Erst als unabweisbar feststand, daß die Neugründung tatsächlich erfolgen sollte, habe die Preschkommission entscheiden können. So lange nur Gerüchte über die Absicht der Gründung umgingen, konnte die Preschkommission in der Angelegenheit nichts tun.

Zippel führte hierzu aus: Der „Vorwärts“ habe der Organisationsgründung Wiesenthal's Vorstoß geleistet. Seit drei Wochen habe der „Vorwärts“ unausgesetzt gegen Cohen gehetzt; als Wagner und Verleumder sei Cohen hingestellt worden. (Zuruf: Das ist er auch!) Das ist er nicht; der Aktionsausschus hat in unverantwortlicher Weise gestunkert. Wenn man so fortgesetzt gegen Cohen hetzt, dann darf man sich nicht wundern, wenn sich Leute finden, die sagen: mit dem wollen wir nichts mehr zu tun haben. Wiesenthal habe sich schon lange mit dem Gedanken der Neugründung getragen. Als nun die Hege gegen Cohen ins Werk gesetzt wurde, schien ihm die geeignete Zeit zur Ausführung des Gedankens gekommen zu sein.

Wels erwiderte dem Redner: Die Haltung der „Vorwärts“-Redaktion in dem Kaiserkonflikt des Metallarbeiterverbandes habe die volle Zustimmung der Preschkommission und des Parteivorstandes gefunden. Die Redaktion habe diese Sache so behandelt, wie es die Situation erforderte. Was die Angelegenheit Wiesenthal's und der Köppler betreffe, so habe der Metallarbeiterverband nichts getan, um den Konflikt aus der Welt zu schaffen. Das lasse den Schluß zu, daß die Verbandsleitung vielleicht erfreut gewesen sei über den Ausbruch des Konflikts, weil sie annehmen konnte, bei dieser Gelegenheit die oppositionellen Elemente los zu werden. Als die Preschkommission die Inzeratensperre beschloß, waren solchen Tatsachen bekannt geworden, aus denen die beabsichtigte Neugründung hervorging. Es lagen Aufnahmezeitel für den neuen Verband vor, doch die Leitung des Metallarbeiterverbandes in deren Händen sich auch solche Zeitel befanden, habe den „Vorwärts“ nicht informiert über das, was im Werke war. Die Information sei der Preschkommission vielmehr von anderer Seite zugegangen; darauf habe sie unerbittlich Stellung genommen. Daß der Metallarbeiterverband in dieser Sache völlig untätig geblieben ist, das müsse man ihm immer wieder zum Vorwurf machen. Wer aus der Haltung der Preschkommission einen Vorwurf gegen die Partei oder ihre Funktionäre herleite, der stänke nur, um zu stänkern.

Nachdem die Debatte über diese Angelegenheit beendet war, wurde folgende von Genossen Wassner beantragte Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung ersucht die Preschkommission, sie möge beschließen, die Aufnahme von Veröffentlichungen des neu gegründeten Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes in den „Vorwärts“ zu verweigern, da dieser von einigen hundert unzufriedenen Elementen gegründete Verband nicht als gleichberechtigte Organisation angesehen werden kann, sondern im Gegenteil durch seine auf Zersplitterung der bestehenden Metallarbeiterorganisation hinielende Agitation geeignet ist, gerade in der jetzigen Zeit der großen Lohnbewegungen in der Metallindustrie die Metallarbeiterbewegung auf das schwerste zu schädigen.“

Den Bericht der Lokalkommission erstattete Kausch. Er gab eine eingehende Darstellung von der Tätigkeit der Kommission während des letzten halben Jahres. — Zu diesem Punkte der Tagesordnung nahm die Versammlung einen Antrag an, der sich dem Beschlus des vierten Kreises: die Philharmonie auch für den persönlichen Verkehr zu sperren, anschloß.

Zucht gab hierauf den Bericht der Agitationskommission. Aus Anlaß der Flugblattverbreitung zur Wahlrechtsdemonstration am 21. Januar sei die Polizei in den Provinzkreisen mit einer ungeheuren Fülle von Strafmandaten gegen die Flugblattverbreiter vorgegangen. In den allermeisten Fällen sei jedoch gerichtliche Freisprechung erfolgt, so daß die Polizei in diesem Halbjahr eine Niederlage erlitten habe. In verschiedenen Orten gehe die Polizei in der denkbar schärfsten Weise gegen diejenigen Wirte vor, die uns ihre Säle überlassen. — Auch mit dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hätten wir hart zu rechnen. Der Reichsverband arbeite besonders in den Wahlkreisen, die uns

demnächst zufallen müssen. Mit allen Mitteln der Hinterlist und Heimtücke werde da gegen uns gearbeitet. Unsere Genossen sind jedoch überall bemüht, dem Treiben des Reichsverbandes entgegenzuarbeiten. — Im allgemeinen haben wir in den Provinzkreisen gute Fortschritte gemacht.

Unter „Vereinbarangelegenheiten“ wurde an Stelle des Genossen Schroll, der in einen anderen Wahlkreis übergetreten ist, Duhiger als Redner gewählt.

Hierauf erstattete Zucht den Bericht der Kommission, welche eingeseht worden ist, um diejenigen Mitglieder zu vernehmen, die sich nicht an der letzten Stadtvorordnetenwahl beteiligt haben. Es sind deren 14. Die Kommission hat sie alle geladen, aber nur 4 sind erschienen. Von diesen ist einer durch Abwesenheit von Berlin genügend entschuldigt. Zwei anderen erteilte die Versammlung nach Anhörung des Berichtes eine Rüge. Betreffs des vierten stimmten 68 Genossen für Erteilung einer Rüge, 83 für den Ausschluß, der demnach beim Parteivorstande beantragt wird. Die 16 Mitglieder, die es nicht einmal für nötig fanden, sich der Kommission zu stellen, sollen ohne weiteres aus der Mitgliedsliste gestrichen werden. — Gegen das Mitglied Hausdriener Eugen Kontow lag eine Beschwerde des Handels- und Transportarbeiterverbandes vor. Kontow ist, wie sich aus den Darstellungen des Referenten ergab, so schwerer Verlöcher gegen die Pflichten eines organisierten Arbeiters überführt, daß die Versammlung seinen Ausschluß einstimmig beschloß.

Als Delegierte zur Generalversammlung von Groß-Berlin wurden die 32 an den Jahrsabenden aufgestellten Kandidaten gewählt.

In vorgerückter Stunde, unmittelbar vor Schluß der Versammlung, brachte Regge die Veröffentlichung der „Einigkeit“ über angebliche Auslassungen Wels zum Massenstreik zur Sprache. Er sagte, die „Vorwärts“-Rote, welche „Eine Infamie!“ überschrieben ist, sei eine Infamie der „Vorwärts“-Redaktion. Das habe er dem „Vorwärts“ auch geschrieben. Er ersucht die Genossen, die „Einigkeit“, welche er vorher verteilt hatte, zu lesen, um sich ein Urteil zu bilden. — Wels erwiderte darauf, es habe wohl besondere Gründe, daß Regge diese Angelegenheit nicht beim Bericht der Preschkommission, sondern erst am Schluß der Versammlung vorbringe. Man möge doch mit dem Urteil über das, was die „Einigkeit“ ausgereißelt habe, warten, bis die angekündigte Aufklärung des Parteivorstandes gegeben sei. — Es entspann sich eine kurze, scharfe Polemik zwischen Regge und Wels. Der erstere meinte, wenn das nicht wahr wäre, was in der „Einigkeit“ steht, dann hätte der „Vorwärts“ nicht bis heute geschwiegen. Wenn es aber wahr wäre, dann dürfe man nicht diejenigen als Verleumder bezeichnen, welche die Sache an die Öffentlichkeit brachten (Wels hatte von einem Verleumdungsfeldzug der „Einigkeit“ gesprochen), sondern dann wären diejenigen Verleumder, welche nach Ausweis des Protokolls die betreffenden Äußerungen Wels in der Konferenz der Zentralvorstände wiedergegeben haben. — Wels bemerkte wiederholt, er könne auf diese Angelegenheit jetzt nicht eingehen, denn die Behauptung, daß Wels jene angeblichen Äußerungen getan habe, werde vom Parteivorstande bestritten. Eine Aufklärung sei für die nächsten Tage angekündigt; so lange müsse man also noch warten, ehe man ein Urteil in dieser Sache abgeben könne. Wenn die Dinge so lägen, wie sie in der „Einigkeit“ dargestellt sind, dann würde er, der Redner, scharfe Kritik üben. Ehe der Parteivorstand die von Eberhardt angekündigte Erklärung nicht abgegeben habe, haben wir kein Recht, zu urteilen. — Auch der Vorlesende Zucht bemerkte: Wenn es so sei, wie es die „Einigkeit“ darstelle, dann werden wir Kritik üben; dazu brauchen wir aber nicht erst die „Einigkeit“.

Hiermit war die Tagesordnung erschöpft, und es erfolgte Schluß der Versammlung.

Schster Wahlkreis. Die Generalversammlung tagte in den „Germaniasälen“. Zunächst erfolgte debattelos die Befähigung der in den elf Abteilungen vorgenommenen Delegiertenwahlen zur Generalversammlung des Verbandes der Wahlvereine von Groß-Berlin. Sodann gab Friedrichaler den Bericht über die Tätigkeit des Verbandes im letzten Halbjahr: Abgehalten wurden 24 Vorstandssitzungen, 6 Kreisversammlungen, 1 außerordentliche Generalversammlung und 20 Versammlungen. Einwände gegen den Vorstandsbereich wurden nicht erhoben.

Zu einer regen Aussprache kam es über die Raiferangelegenheit des A. E. G. Werkes Brunnenstraße. Hierzu verlas Friedrichaler die am 1. Juni von den Vertretern der Partei und der Gewerkschaften verfaßte Resolution, in der empfohlen wird, die Raiferarbeiter aus der Organisation nicht auszuschließen, sondern es bei einer scharfen Rüge bewenden zu lassen. Demgegenüber hat die letzte Kreisversammlung den Beschlus gefaßt, der Generalversammlung zu empfehlen, alle diejenigen aus der Partei auszuschließen, die am 1. Mai in solchen Betrieben gearbeitet haben, in denen mit Majorität die Arbeitsruhe beschlossen war. — Eugen Ernst nahm hierzu als erster Redner das Wort. Er gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die an der gemeinsamen Konferenz vom 1. Juni beteiligten Vertreter des Metallarbeiterverbandes in der letzten Metallarbeiterversammlung die den Raiferauschluß betreffende Resolution mit keinem Wort erwähnt resp. erörtert haben. Das hätte geschehen müssen, wenn es den betreffenden Personen auch unangenehm gewesen wäre. Es müsse auch festgestellt werden, daß die Behauptung: die Partei wolle unter allen Umständen die Ausschüsse verhindern, nicht zuträfe; vielmehr sei die Anregung zu der gemeinschaftlichen Konferenz von den Gewerkschaftsvertretern gekommen und zwar mit der ausgesprochenen Absicht, über Mittel und Wege zu beraten, die zuerst von ihnen geforderten Ausschüsse nicht vollziehen zu lassen.

Hierauf legte Ernst der Versammlung die Gründe klar, welche die Teilnehmer jener Konferenz nach reiflicher Prüfung der Angelegenheit veranlaßt hatten, den Ausschluß der Raiferarbeiter nicht zu empfehlen. Diese Ausführungen wurden von dem größten Teil der Anwesenden mit zeitweiser Unruhe aufgenommen. Redner erklärte darauf, daß er es für seine Pflicht halte, die Resolution der gemeinschaftlichen Konferenz zu vertreten, wenn er auch wisse, daß die Majorität anderer Meinung sei. Der Versammlung bleibe es so überlassen, zu entscheiden. Er ermahnte jedoch, die Sache ruhig und möglichst leidenschaftlos zu prüfen. Er habe persönlich die Ueberzeugung gewonnen, daß sich die Raiferarbeiter des Werkes Brunnenstraße der Tragweite ihrer Handlung nicht voll bewußt gewesen seien und daß ihnen wegen der tatsächlich vorgefallenen Unklarheit bei den Vorbereitungen zur Raifer mildernde Umstände zugebilligt werden müßten. — Der 1. sprach für den Ausschluß. Es scheint, als solle jetzt von „oben“ ein Loch zurückgesteckt werden. Wenn man den Raifer der A. E. G.-Arbeiter so gelinde durchgehen lasse, was solle in der Brunnenstraße dann erst aus dem politischen Massenstreik werden! Redner kritisiert die Raifer des Metallarbeiterverbandes und erhebt den Vorwurf gegen die Parteipresse, daß sie gegen die Lausheit in den Gewerkschaften lange nicht scharf genug schreibe. Wenn das so weiter gehe, dann würde er lieber der Sache Valesi sagen. —

Da vom Vorstandstische mitgeteilt wurde, daß sich zu dieser Angelegenheit nicht weniger als 22 Redner gemeldet hatten, so beschloß die Versammlung, die Redezeit auf zehn Minuten zu beschränken und abwechselnd einen Redner für und einen gegen den Ausschluß sprechen zu lassen. Für den Ausschluß sprachen sodann Wod, Piepert, Eichholz und Wiesner, dagegen Rehbein, Sewelow, Wiesenthal und Kummer. Hierauf wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Auf Vorschlag war festgesetzt worden, daß sich sämtliche übrigen Redner, die nicht zum Worte gekommen waren, für den Ausschluß erklären. Bemerkenswert in der Debatte war, daß als Wiesenthal der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes feige, charakterloses Verhalten in der Raiferangelegenheit vorwarf, ihm unter großer Unruhe zugerufen wurde, er habe es früher selbst nie anders gemacht. Nach Beendigung der Diskussion wurde die Resolution der Kreisversammlung mit großer Mehrheit angenommen. Damit ist also der Beschlus gefaßt, nicht nur

die Raiferarbeiter des Werkes Brunnenstraße, sondern sämtliche Wahlvereinsmitglieder, die am 1. Mai entgegen den Majoritätsbeschlüssen der verschiedenen Betriebe gearbeitet haben, aus der Partei auszuschließen.*

Es gelangte dann noch die Ausschlußangelegenheit des Genossen Herzfurth zur Besprechung. Die Schiedskommission des Wahlvereins wie auch der Wahlvereinsvorstand hatten sich in der Voruntersuchung für den Ausschluß Herzfurths erklärt, weil dieser beim letzten Streik der zentralistischen Hiesiger Streikarbeit berichtet habe. Die Generalversammlung bestätigte auch diesen Beschlus.

Genosse Martin Meyer brachte hierauf die Philharmonie-sperre zur Sprache und beantragte, dieses Institut aus Gründen des Kunstinteresses wenigstens für den persönlichen Verkehr freizulassen. Der Antrag wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Die Versammlung stellte sich in ihrer großen Mehrheit auf den Standpunkt des vierten Kreises, daß der Hofstall über die Philharmonie nur dann eine Wirkung haben könne, wenn das Institut nicht nur für den Vereinsverkehr, sondern auch für den persönlichen Verkehr gesperrt werde.

Zuppenlaß richtete sodann im Namen von circa 20 Genossen die Anfrage an den Vorstand, ob diesem etwas Näheres über die in der „Einigkeit“ kritisierten Abmachungen zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission betreffs des politischen Massenstreiks bekannt sei, und was dieser in der Sache zu tun gedenke. Friedrichaler antwortete darauf, der Vorstand könne keine bestimmte Erklärung abgeben, weil er selbst nicht mehr wisse, als was er darüber in der „Einigkeit“ gelesen habe. Er verwies auf die in Aussicht gestellte Erklärung des Parteivorstandes resp. des Genossen Webel. Von einer Debatte hierüber wurde Abstand genommen.

Der vorgerückten Zeit halber konnte die weitere Tagesordnung nicht mehr erledigt werden. Die Versammlung wurde deshalb um 11 Uhr vertagt.

Soziales.

Wohlfahrtspflege.

In recht zweifelhaftem Rufe stehen die Zechenkolonien des Ruhrreviers; der Abg. Alexander Hilb nannte sie einst Villenkolonien, die Arbeiter aber nennen sie moderne Lohnflavendörfer. Zweifellos haben die Arbeiter die richtige Benennung gefunden, wenn auch die dem Unternehmertum dienstbare Presse fuchsteufelwaid wird, wenn die Arbeiterpresse die Bezeichnung Lohnflavendörfer gebraucht. Der Unternehmer baut sicherlich keine Wohnungen den Arbeitern zuliebe, sondern lediglich zu dem Zweck, die Arbeiter unumschränkt beherrschen zu können. Der Koloniewohner ist von der Außenwelt förmlich abgeschlossen, der Koloniewohner hat jeden fremden Einfluß fernzuhalten. Auf die Koloniewohner regnen die Zechenverwaltungen auch bei Bewegungen. Der Koloniewohner hat einen Paragraphen in seinem Mietkontrakt, der besagt, daß Mieter die Wohnung verlassen muß, wenn er die Arbeit verläßt. So sind die Bewohner der Zechenkolonien in Wirklichkeit nicht viel mehr als Sklaven.

Heute sind wir wieder in der Lage, einen urkundlichen Beweis dafür beibringen zu können, daß die Kolonien nur im Interesse der Unternehmer und nicht im Interesse der Arbeiter gebaut werden. Ein Arbeiter von Zeche Dorffeld, der eine Koloniewohnung inne hat, erhielt von der Verwaltung der genannten Zeche folgendes Schreiben:

Gewerkschaft Dorffeld.

Herrn Bergmann

Dorffeld.

Infolge des augenblicklich herrschenden Wohnungsmangels werden wir von unseren Arbeitern fast täglich um Ueberweisung von Arbeiterwohnungen ersucht.

Wir haben bei Prüfung des Arbeitsverhältnisses der in unseren Häusern zu billigem Mietzins wohnenden Personen festgestellt, daß die Zahl der nicht bei uns beschäftigten Familienangehörigen stetig zunimmt. Es veranlaßt uns dieser Umstand, hinzuzusetzen, daß unsere Wohnungen lediglich im Interesse unserer eigenen und nicht für fremde Arbeiter gebaut sind.

Die Wohnungen würden daher vollständig ihren Zweck verfehlen, wenn wir Leuten, die nicht bei uns arbeiten, Aufnahme in unsere Wohnungen gewähren wollten.

Auch Sie haben in unserer Wohnung einen erwachsenen Sohn, der nicht bei uns arbeitet. Wir ersuchen Sie, Ihren Sohn gefälligst zu veranlassen, daß er bei uns in Arbeit tritt.

Gochastend

Gewerkschaft Dorffeld
Trippe.

Der vorliegende Fall gestaltet sich noch dadurch besonders rigoros, daß der Sohn, der uns Sklavenjoch gepannt werden soll, ein Handwerk erlernt hat und als Schlosser gegen 5 M. Schichtlohn sich in einer guten Stellung in einer Maschinenfabrik befindet. Dies wurde auch der Zechenverwaltung mitgeteilt, nichtbestimmter Bescheid ist, wie das vorstehende Schreiben zeigt, darauf, daß der junge Mann auf der Zeche in Stellung tritt, und zwar in der Schmiede oder Schlosserei gegen 3 M. 50 Pf. Schichtlohn. Also, um mit seinen Eltern leben zu können, soll er um 1,50 M. pro Schicht billiger arbeiten. Das Verlangen der Zechenverwaltung geht noch über das der Großgrundbesitzer des 17. Jahrhunderts hinaus, die verlangten, daß die Söhne und Töchter ihrer „Untertanen“ mehrere Jahre lang Zwangsgehindienste für sie verrichten sollten. Nach Ansicht der Zechenverwaltung hat also die Wohnung ihren Zweck verfehlt, wenn nicht alle männlichen Familienmitglieder der Arbeiter, vor allem die jungen, noch nicht ausgemergelten Söhne auf der betreffenden Zeche arbeiten. Wenn diese auf der Zeche nicht arbeiten wollen, so sind sie für die Verwaltung „fremde“ Arbeiter, denen in den Wohnungen keine Aufnahme gewährt werden kann. Die Heiligkeit

*) Anm. der Redakt.: Da wir wiederholt konstatieren konnten, daß die Genossen sich vielfach im Unklaren befinden über die Bestimmungen des Organisationsstatuts in Sachen des Ausschlußverfahrens, so legen wir die vom Parteitag zu Jena beschlossenen beiden Paragraphen, die sich auf das Ausschlußverfahren beziehen, hierher:

§ 27. Im Falle des § 2 („Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines großen Verstoßes gegen die Grundzüge des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht“) entscheidet über die fernere Zugehörigkeit zur Partei ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Der Antrag auf Einziehung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch eine Parteiorganisation gestellt werden.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Die Hälfte der Weisheit wählt der Angeschuldigte, die andere Hälfte die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeschuldigte angehört. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

In Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß auf Grund des § 2 aus der Gesamtpartei gleichzusetzen. Der Ausschluß darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

§ 28. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten binnen vier Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils die Berufung an die Kontrollkommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt wird, auf die schiedsgerichtliche Verhandlung oder unterläßt er es, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist von mindestens vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie die Bekanntgabe des erfolgten Ausschlusses eines Genossen erfolgt durch den Parteivorstand.

Die Bluttat bei Pantow-Heinersdorf.

Die Bluttat, der am 23. April d. J. der italienische Bauarbeiter Luigi Dobigo zum Opfer gefallen ist, beschaffte gestern das Schwurgericht des Landgerichts II. Die auf Tötung lautende Anklage richtete sich gegen den Zementarbeiter Giovanni Philippini, einen Landsmann des Getöteten, der hier als Bauarbeiter sein Brot verdiente. Am 24. April früh wurde auf freiem Felde in der Nähe des Bahnhofs Pantow-Heinersdorf die Leiche des Luigi Dobigo aufgefunden. Die Leiche wies mehrere Messerwunden auf, die den Tod herbeigeführt haben; das Instrument, mit dem die tödlichen Verletzungen herbeigeführt worden sind, ein Taschenmesser, lag zu Füßen der Leiche am Boden. Als Täter ist der Angeklagte ermittelt und festgenommen worden. Da der Getötete pervertierten Neigungen huldigte und derartige Dinge berührt werden mußten, so wurde für die Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Der Angeklagte schilderte die Vorgänge wie folgt: Er wohnte mit seinem Bruder Hannibal zusammen in der Stolpischenstraße 5 in Schlafstelle bei einer Frau Rabau, deren Tochter seine Braut ist. Auch der Großvater wohnte dort. Nach der Behauptung des Angeklagten ist sein 15jähriger Bruder Hannibal am Sonnabend, den 11. April, durch ein unglückliches Attentat des Dobigo belästigt worden, und hat letzterer dafür von ihm Prügel erhalten. Der kleine Zwischenfall scheint nicht lange nachgewirkt zu haben, denn am Sonntag, den 13. April, ging der Angeklagte in aller Freundschaft mit Dobigo zusammen weg, um für letzteren Arbeit zu suchen. Beide besuchten die Gastwirtschaft von Richard Vessien in der Damerowstraße zu Pantow, tranken dort für über 3 M. Bier und Schnaps und gingen von da in angetrunkenem Zustande nach Heinersdorf zu. Sie kamen in eine ziemlich unbebaute Gegend in der Nähe des Bahnhofs und dort will der Angeklagte müde geworden sein, sich hingelegt haben und eingeschlafen sein. Diese Situation habe Dobigo dazu benützt, um ein unglückliches Attentat auf ihn zu versuchen; er sei empört aufgesprungen, habe dem Dobigo einen kräftigen Stoß versetzt und da habe dieser sein Messer gezogen und sei auf ihn losgelommen. Zur Abwehr habe er ihn in die Seite geschlagen und dabei sei das Messer zur Erde gefallen. Dobigo habe wieder geschlagen und wollte das Messer wieder aufheben, um nochmals auf ihn einzudringen. Er sei ihm aber zuvor gekommen, habe selbst das Messer ergriffen und in der Notwehr blindlings zugestochen. Der Angeklagte ist dann nach Hause gegangen und hat sich schlafen gelegt; nachdem er eingeschlafen hatte, hat er mit seiner Braut und deren Tochter ganz vergnüglich zusammen gefessen. Daß Dobigo gestorben war, will er erst am nächsten Morgen auf seiner Arbeitsstätte erfahren haben. Er ist dann in seinem Arbeitszuge mit mehreren anderen Leuten nach dem Tatorte gegangen, wo die Leiche noch lag und wo die Kriminalkommission mit den ersten Feststellungen beschäftigt waren. Der Angeklagte erregte durch sein schünes Wesen sofort Verdacht. — Die Beweisaufnahme widerlegte die Darstellung des Angeklagten nicht. Mehrere Zeugen, die den Angeklagten und den Angeklagten in der Nähe des Tatortes gesehen, haben Wahrnehmungen gemacht, die darauf schließen lassen, daß Dobigo in der Tat in unglücklicher Weise zwinglich zu dem Angeklagten geworden ist. Es wurde auch bestätigt, daß die beiden Italiener, als sie die Gastwirtschaft von Vessien nach etwa zweifelhaftem Aufenthalt verlassen, animiert waren; sie sind in voller Harmonie von dort weggegangen. Die Braut des Angeklagten behauptete, daß dieser stark betrunken gewesen sei, als er am 23. April nachmittags nach Hause kam und sich ins Bett legen mußte. Die zuständige Schwiegermutter des Angeklagten schilderte diesen als einen gutmütigen, arbeitsamen Menschen, der nicht sehr hitzig sei, sondern bei Streitigkeiten immer zum Guten rede. Dagegen habe der Erstgeborene böse Reaktionen gehabt und sei oft betrunken nach Hause gekommen. Trotz dieses guten Zeugnisses ist der Angeklagte doch schon einmal verurteilt worden, weil er seinem Landsmann Giovanni Luigi bei einem Streite einen Schlag mit einem Schlagring versetzt hat. Die Ärzte haben drei Stiche in der Herzgegend vorgefunden, von denen Lunge und Herz getroffen wurden und deren jeder tödlich war. Die Geschworenen gaben ihren Wahrspruch auf Körperverletzung mit tödlichem Ausgang ab, worauf das Gericht den Angeklagten zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilte. Der Staatsanwalt hatte vier Jahre Gefängnis beantragt.

Habt auf Kinder acht!

Ein entsetzlicher Unfall, dem das einzige Kind seiner Eltern auf furchtliche Weise zum Opfer fiel, beschaffte gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Diez. Wegen fahrlässiger Tötung war der 13jährige Wiederkehrling Richard Schulz angeklagt. Am 14. Januar d. J. war S. von seinem Meister, dem Bäckermeister Dalk in Steglitz, mit Pfannkuchenbuden beschäftigt worden. Dies geschah in der Küche, die neben der Backstube lag. Der jugendliche Angeklagte, der erst im zweiten Jahre bei D. in der Lehre stand, räumte erst die frischgebackenen Pfannkuchen fort und ließ den Kessel mit dem siedenden Schmalz noch auf dem Feuer stehen. Erst nach einiger Zeit hob S. den Kessel ab und trug ihn nach der Backstube, wo er ihn auf den Erdboden niederlegte. Das Unglück wollte es, daß der Vater des Bäckermeisters D. bald darauf die Backstube betrat, um dort etwas zu suchen. Pflötzlich kam auch das 13jährige Söhnchen des D., das einzige Kind, in die Backstube, um „Großpapa zu suchen“. Im nächsten Augenblicke drangen aus der dunklen Backstube entsetzliche Anblicke. Als man sofort hinweilte, bot sich den Erschrockenen ein furchtbarer Anblick. Das kleine Söhnchen des D. war über mehrere Pfannkuchen gestolpert und in den Kessel mit dem noch siedenden Fett gefallen. Mit schweren Verbrennungen an dem ganzen Körper wurde das unglückliche Kind sofort einem Arzt zugeführt, der die Ueberführung in das Krankenhaus Friedrichshagen anordnete. Hier verstarb das Kind schon nach einigen Tagen, nachdem es vorher entsetzlichen Schmerzen ausgeht war. — Die Schuld an diesem bedauerlichen Unfall wird dem damals noch nicht 15jährigen Angeklagten Schulz aufgebürdet, weil er den Kessel auf den Fußboden gestellt hatte, anstatt ihn ordnungsgemäß unter den Pfannkuchen zu stellen. Vor Gericht machte der dem Angeklagten von Amts wegen als Verteidiger gestellte Referendar mit Recht geltend, daß der Angeklagte nicht mit der Möglichkeit rechnen konnte, daß ein so kleines Kind in Folge mangelnder Aufsicht sich in die Backstube verlaufen würde und hier in den Kessel, der auch nur zu einem Drittel gefüllt war, fallen würde. Der Staatsanwalt hielt jedoch eine Fahrlässigkeit für nachgewiesen, weil S. entgegen den Anordnungen seines Meisters den Kessel nicht an den vorgeschriebenen Ort gestellt habe. Der Antrag lautete deshalb auf eine Woche Gefängnis. Das Gericht kam indessen zu einer Freisprechung, da nicht anzunehmen sei, daß ein so jugendlicher Mensch diejenige Voraussicht habe, um mit der Möglichkeit zu rechnen, daß ein kleines Kind seiner Aufsicht entlaufen und in die Backstube kommen konnte.

Der mißlungene Trieb eines Strebers.

Ein eigentümliches Mittel hatte der 23jährige Expedient Felix B. gewählt, um aus seiner bescheidenen Stellung in der Rahmenfabrik von Alfred A. möglichst schnell in eine hohe gutbezahlte Position hinaufzukurden. Am 5. Februar war B. mit einem Monatsgehalt von 100 M. eingetreten. Kurz nach seinem Eintritt spielte er sich dem übrigen Personal gegenüber so auf, als genosse er das besondere Vertrauen des Chefs, und bei passender Gelegenheit erzählte er jedem einzelnen unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit, es würde dem betreffenden Angestellten am ersten nächsten Monats befördert werden, so daß er auf dem Wege der Beförderung vorzukommen. Die Folge dieser geheimen Mitteilungen war das Eintreten einer allgemeinen Arbeitslosigkeit; die beiden Buchhalterinnen kündigten, der Fährer erklärte seine Arbeit sofort niederlegen zu wollen, ja selbst der Lehrling packte weinend

gegen 886 119 000 Rubel im Vorjahre. Die Zolleinnahmen betragen in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 90 903 000 Rubel gegen 74 889 000 Rubel des Budgetanschlages, 76 909 000 im Vorjahre und 87 515 000 Rubel im Jahre 1904. Die Zunahme der Geldeinnahmen in die Sparfassen in den ersten fünf Monaten des Jahres betrug 114,9 Millionen Rubel gegen 24,8 Millionen im gleichen Zeitraum des Vorjahres; ihre gegenwärtige starke Zunahme bildet einen gewissen Ausgleich des in jüngster Zeit stattgehabten Abflusses der Einnahmen, die jetzt wieder in die Kassen zurückfließen. Der letzte Staatsbankausweis vom 21. Juni stellt fest, daß der Aktivbestand sich infolge des Zustusses von aus dem Umlauf kommenden Geldscheinen noch gestärkt hat. Ein anderes Zeichen des Aufhörens des akuten Geldbedarfs besteht in dem fortwährenden Zurückgehen der Aktivansgaben der Bank trotz der Diskontoberatung. Der Goldbestand erreichte 1 107 850 000 Rubel, so daß er fast vollständig 100 Proz. des Notenumlaufs darstellt.

Um nur einen Punkt herauszugreifen, stellen wir die Frage: wenn die Bahnen steigende Einnahmen zu verzeichnen haben, weshalb sind dann die besonderen Staatsvorschuße erforderlich. Hat man die Vorschüsse etwa mit als Einnahme verbucht?

Erzeugung von Baumwollengarnen in den Vereinigten Staaten von Amerika. In den Vereinigten Staaten von Amerika sind gegenwärtig nach „The American Wool and Cotton Report“, mehr als 250 Baumwollenspinnereien vorhanden, die die Weberei nicht selbst betreiben; die Zahl ihrer Spindeln beträgt annähernd 3 800 000. Außerdem beschäftigen viele Webereien mehr Garnspindeln, als sie zur Lieferung des Garnes für ihre Stühle benötigen, und liefern das über ihren Bedarf hinaus gewonnene Garn an Strumpfwebereien und Webereien. Die reinen Spinnereien sind verteilt über alle Staaten von Maine bis Texas; die größte Zahl befindet sich in den Südstaaten; indessen sind dort die Spinnereien meistens nur klein. Philadelphia ist der Hauptgarnmarkt der Vereinigten Staaten, aber dort wird eine verhältnismäßig kleine Menge des zum Verkauf gelangenden Garnes hergestellt. Nur 115 000 der für den Markt arbeitenden Spindeln befinden sich in Philadelphia und nur 150 000 derselben im ganzen Staate Pennsylvania.

Aufsichtsräte. In Amerika scheint es Leute zu geben, die für den Posten als Aufsichtsrat noch viel leistungsfähiger sind, als unsere Reformräte. Wie die „New Yorker H.-Ztg.“ mitteilt, gibt es dort einen Vielgewandten, der 100mal Aufsichtsrat ist, zwei Personen besitzen das Amt über 70mal, dann kommen noch 19 Tantiemenjäger, die über 30 bis 65mal die „schwere“ Würde als Aufsichtsrat tragen.

Für die angesperrten Lithographen und Steindrucker Deutschlands

sind bisher eingegangen: Von den Arbeitern der Firma L. Jürgens 10.— Von den Tischlern und Böllern der Firma Zimmermann u. Co. 6,35. Unfall f. durch G. L. 2.— Von den Arbeitern der Firma Helmreich u. Co. 4,20. Von den Kollegen der Möbelfabrik Köhler, Vollradstr. 78 20.— Liste 1500 21,45. Vom Deutschen Reichs-Adressbuch, Rud. Köpfe, 1. Rate 14.— Von den Kollegen der Tischlerei Stern, Seifner u. Co. 2,15. Von den Kollegen der Firma Bark, Braunstraße 2.— Von der Seifnerfabrik der Möbelfabrik Weinland 15.— Von den Kollegen der Tischlerei Bohlhuth u. Goldschmidt 10,20. Von den Tischmachern und Drechslern der Firma Hein, 1. Rate 10.— Von den Kollegen der Firma Müller u. Borell 5,70. Von den Kollegen der Firma Reichel u. Co. 6.— Vom Personal der Buchdruckerei Lutz u. Vogt 10.— Von den Kollegen der Firma Rüterbuch 7,40. Von der Seifnerfabrik der Firma Kuttner u. Dorf 10.— Von den Kollegen der Firma Pöhl u. Garleb 40.— Von der Verabstaltung des „Vorwärts“ 30.— Vom Verband der Handels- u. Transportarbeiter 250.— Vom Verein gleichberechtigter Händler und Geschäftsinhaber Berlins und Umgebung 20.— Liste 1936 12,90. Von den Kollegen der Buchdruckerei Koll 10.— Vom Verein Berliner Hausdiener 500.— Von den Kollegen der Firma Kollisch, Tischlerei 8,50. Von den Kollegen der Werkstatt Müller, Drechslerei 15.— Von den Kollegen der Firma Jomel u. Pfaff 6.— Von den Kollegen der Firma Bohlhuth u. Apfel 10,50. Von den Tapezierern der Firma Giesch u. Braunisch 7,50. Von den Kollegen der Firma Sandmann 6.— Liste 1937 18,25. Kranzübertrag der Firma Beschlag u. 1937, 1938, 1939, 1940, 1941, 1942, 1943, 1944, 1945, 1946, 1947, 1948, 1949, 1950, 1951, 1952, 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969, 1970, 1971, 1972, 1973, 1974, 1975, 1976, 1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1990, 1991, 1992, 1993, 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510, 2511, 2512, 2513, 2514, 2515, 2516, 2517, 2518, 2519, 2520, 2521, 2522, 2523, 2524, 2525, 2526, 2527, 2528, 2529, 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535, 2536, 2537, 2538, 2539, 2540, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2547, 2548, 2549, 2550, 2551, 2552, 2553, 2554, 2555, 2556, 2557, 2558, 2559, 2560, 2561, 2562, 2563, 2564, 2565, 2566, 2567, 2568, 2569, 2570, 2571, 2572, 2573, 2574, 2575, 2576, 2577, 2578, 2579, 2580, 2581, 2582, 2583, 2584, 2585, 2586, 2587, 2588, 2589, 2590, 2591, 2592, 2593, 2594, 2595, 2596, 2597, 2598, 2599, 2600, 2601, 2602, 2603, 2604, 2605, 2606, 2607, 2608, 2609, 2610, 2611, 2612, 2613, 2614, 2615, 2616, 2617, 2618, 2619, 2620, 2621, 2622, 2623, 2624, 2625, 2626, 2627, 2628, 2629, 2630, 2631, 2632, 2633, 2634, 2635, 2636, 2637, 2638, 2639, 2640, 2641, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646, 2647, 2648, 2649, 2650, 2651, 2652, 2653, 2654, 2655, 2656, 2657, 2658, 2659, 2660, 2661, 2662, 2663, 2664, 2665, 2666, 2667, 2668, 2669, 2670, 2671, 2672, 2673, 2674, 2675, 2676, 2677, 2678, 2679, 2680, 2681, 2682, 2683, 2684, 2685, 2686, 2687, 2688, 2689, 2690, 2691, 2692, 2693, 2694, 2695, 2696, 2697, 2698, 2699, 2700, 2701, 2702, 2703, 2704, 2705, 2706, 2707, 2708, 2709, 2710, 2711, 2712, 2713, 2714, 2715, 2716, 2717, 2718, 2719, 2720, 2721, 2722, 2723, 2724, 2725, 2726, 2727, 2728, 2729, 2730, 2731, 2732, 2733, 2734, 2735, 2736, 2737, 2738, 2739, 2740, 2741, 2742, 2743, 2744, 2745, 2746, 2747, 2748, 2749, 2750, 2751, 2752, 2753, 2754, 2755, 2756, 2757, 2758, 2759, 2760, 2761, 2762, 2763, 2764, 2765, 2766, 2767, 2768, 2769, 2770, 2771, 2772, 2773, 2774, 2775, 2776, 2777, 2778, 2779, 2780, 2781, 2782, 2783, 2784, 2785, 2786, 2787, 2788, 2789, 2790, 2791, 2792, 2793, 2794, 2795, 2796, 2797, 2798, 2799, 2800, 2801, 2802, 2803, 2804, 2805, 2806, 2807, 2808, 2809, 2810, 2811, 2812, 2813, 2814, 2815, 2816, 2817, 2818, 2819, 2820, 2821, 2822, 2823, 2824, 2825, 2826, 2827, 2828, 2829, 2830, 2831, 2832, 2833, 2834, 2835, 2836, 2837, 2838, 2839, 2840, 2841, 2842, 2843, 2844, 2845, 2846, 2847, 2848, 2849, 2850, 2851, 2852, 2853, 2854, 2855, 2856, 2857, 2858, 2859, 2860, 2861, 2862, 2863, 2864, 2865, 2866, 2867, 2868, 2869, 2870, 2871, 2872, 2873, 2874, 2875, 2876, 2877, 2878, 2879, 2880, 2881, 2882, 2883, 2884, 2885, 2886, 2887, 2888, 2889, 2890, 2891, 2892, 2893, 2894, 2895, 2896, 2897, 2898, 2899, 2900, 2901, 2902, 2903, 2904, 2905, 2906, 2907, 2908, 2909, 2910, 2911, 2912, 2913, 2914, 2915, 2916, 2917, 2918, 2919, 2920, 2921, 2922, 2923, 2924, 2925, 2926, 2927, 2928, 2929, 2930, 2931, 2932, 2933, 2934, 2935, 2936, 2937, 2938, 2939, 2940, 2941, 2942, 2943, 2944, 2945, 2946, 2947, 2948, 2949, 2950, 2951, 2952, 2953, 2954, 2955, 2956, 2957, 2958, 2959, 2960, 2961, 2962, 2963, 2964, 2965, 2966, 2967, 2968, 2969, 2970, 2971, 2972, 2973, 2974, 2975, 2976, 2977, 2978, 2979, 2980, 2981, 2982, 2983, 2984, 2985, 2986, 2987, 2988, 2989, 2990, 2991, 2992, 2993, 2994, 2995, 2996, 2997, 2998, 2999, 3000, 3001, 3002, 3003, 3004, 3005, 3006, 3007, 3008, 3009, 3010, 3011, 3012, 3013, 3014, 3015, 3016, 3017, 3018, 3019, 3020, 3021, 3022, 3023, 3024, 3025, 3026, 3027, 3028, 3029, 3030, 3031, 3032, 3033, 3034, 3035, 3036, 3037, 3038, 3039, 3040, 3041, 3042, 3043, 3044, 3045, 3046, 3047, 3048, 3049, 3050, 3051, 3052, 3053, 3054, 3055, 3056, 3057, 3058, 3059, 3060, 3061, 3062, 3063, 3064, 3065, 3066, 3067, 3068, 3069, 3070, 3071, 3072, 3073, 3074, 3075, 3076, 3077, 3078, 3079, 3080, 3081, 3082, 3083, 3084, 3085, 3086, 3087, 3088, 3089, 3090, 3091, 3092, 3093, 3094, 3095, 3096, 3097, 3098, 3099, 3100, 3101, 3102, 3103, 3104, 3105, 3106, 3107, 3108, 3109, 3110, 3111, 3112, 3113, 3114, 3115, 3116, 3117, 3118, 3119, 3120, 3121, 3122, 3123, 3124, 3125, 3126, 3127, 3128, 3129, 3130, 3131, 3132, 3133, 3134, 3135, 3136, 3137, 3138, 3139, 3140, 3141, 3142, 3143, 3144, 3145, 3146, 3147, 3148, 3149, 3150, 3151, 3152, 3153, 3154, 3155, 3156, 3157, 3158, 3159, 3160, 3161, 3162, 3163, 3164, 3165, 3166, 3167, 3168, 3169, 3170, 3171, 3172, 3173, 3174, 3175, 3176, 3177, 3178, 3179, 3180, 3181, 3182, 3183, 3184, 3185, 3186, 3187, 3188, 3189, 3190, 3191, 3192, 3193, 3194, 3195, 3196, 3197, 3198, 3199, 3200, 3201, 3202, 3203, 3204, 3205, 3206, 3207, 3208, 3209, 3210, 3211, 3212, 3213, 3214, 3215, 3216, 3217, 3218, 3219, 3220, 3221, 3222, 3223, 3224, 3225, 3226, 3227, 3228, 3229, 3230, 3231, 3232, 3233, 3234, 3235, 3236, 3237, 3238, 3239, 3240, 3241, 3242, 3243, 3244, 3245, 3246, 3247, 3248, 3249, 3250, 3251, 3252, 3253, 3254, 3255, 3256, 3257, 3258, 3259, 3260, 3261, 3262, 3263, 3264, 3265, 3266, 3267, 3268, 3269, 3270, 3271, 3272, 3273, 3274, 3275, 3276, 3277, 3278, 3279, 3280, 3281, 3282, 3283, 3284, 3285, 3286, 3287, 3288, 3289, 3290, 3291, 3292, 3293, 3294, 3295, 3296, 3297, 3298, 3299, 3300, 3301, 3302, 3303, 3304, 3305, 3306, 3307, 3308, 3309, 3310, 3311, 3312, 3313, 3314, 3315, 3316, 3317, 3318, 3319, 3320, 3321, 3322, 3323, 3324, 3325, 3326, 3327, 3328, 3329, 3330, 3331, 3332, 3333, 3334, 3335, 3336, 3337, 3338, 3339, 3340, 3341, 3342, 3343, 3344, 3345, 3346, 3347, 3348, 3349, 3350, 3351, 3352, 3353, 3354, 3355, 3356, 3357, 3358, 3359, 3360, 3361, 3362, 3363, 3364, 3365, 3366, 3367, 3368, 3369, 3370, 3371, 3372, 3373, 3374, 3375, 3376, 3377, 3378, 3379, 3380, 3381, 3382, 3383, 3384, 3385, 3386, 3387, 3388,

Seine Sachen zusammen und wollte nicht mehr wieder kommen. Der Prinzipal, der sich die Ursache des Verhaltens des Personals absolut nicht zu erklären vermochte, verlangte von den Angestellten eine Aufklärung. Sie wollten zuerst nicht mit der Sprache heraus, schließlich „belehrteten“ einige und so stellte sich heraus, daß B. der Urheber der ganzen Sache war. Der Chef entließ B. darauf sofort. Dieser verlangte Gehalt vor der zweiten Kammer des Kaufmannsgerichts das Restgehalt von 103 M. er wurde aber mit seiner Klage abgewiesen. Das Gericht war zu der Ueberzeugung gekommen, daß vom Kläger ein Intrigenspiel gesponnen worden ist, um sich selbst an die Spitze des Personals zu setzen. Der Erfolg trat auch ein, indem die Angestellten kündigten. Die sofortige Entlassung erschien völlig gerechtfertigt.

Ein Friedrichshagener Mutterbeamter.

Ganz unerhörte Ausschreitungen eines Beamten wurden gestern hinter verschlossenen Türen vor dem Schöffengericht in Köpenick zur Sprache gebracht. Auf der Anklagebank hatte der Gemeindediener und Vollziehungsbeamte Karl Brauer aus Friedrichshagen Platz genommen, um sich wegen gefährlicher Körperverletzung, tätlicher und wörtlicher Beleidigung zu verantworten. Auf Antrag des Anwalts wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen, dem erschienenen Vertreter der Presse aber der Zutritt gestattet. Die Verhandlung ergab folgenden Sachverhalt: Der Angeklagte, ein in seinem Revier gefährdeter Don Juan, hatte es ganz besonders auf die Ehefrau des Restaurateurs Albert Kurze abgesehen. Schon seit Jahren belästigte er diese und ließ sich sogar eines Tages verleiten, ihr einen derben „Schmah“ zu schenken. In der Nacht zum 1. März d. J. kam es zu dem unerwünschten Nach. Brauer ließ nämlich in Zeugeneigenschaft Äußerungen fallen, die einer direkten Aufforderung zum Ehebruch sehr ähnlich klangen. Als nun die Beleidigte und deren zufällig anwesender Schwager sich derartige Unverschämtheiten entschieden verboten, fühlte sich der Angeklagte noch obendrein verlezt und suchte sich dadurch zu rächen, daß er Frau K., obwohl er in Zivil und die mitternächtliche Stunde nicht mehr fern war, um Zahlung der angeblich fälligen Steuern mahnte. Als Frau Kurze hierauf erwiderte, daß ihre Gatte derartige Angelegenheiten allein zu regeln pflege und dem B. auf sein Verlangen die Verabfolgung weiterer Beiträge verweigert wurde, verließ er nunmehr das Lokal, um kurz darauf in Uniform zurückzukehren und an der Türe zu lauschen. Als der inzwischen zurückgekehrte Ehemann Albert K. den Angeklagten vor der Tür bemerkte, ging er hinaus, um ihn über den Vorfall zur Rede zu stellen. Nunmehr geriet Brauer mit dem beleidigten Ehemann hart zusammen. Der liebebedürftige Gemeindediener zog schließlich den Säbel und schlug nach dem Restaurateur. Erst dem hinzukommenden Polizeibeamten Krüger gelang es, die beiden Kämpfenden auseinanderzubringen. Nach Schluß der sehr umfangreichen Beweisaufnahme hielt der Vertreter der Staatsanwaltschaft den Angeklagten für überführt, die ihn zur Last

gelegten Straftaten begangen zu haben und beantragte eine Gesamtstrafe von 1 Jahr und 4 Wochen Gefängnis. Das Gericht unter Vorsitz des Herrn Richters May sah die Straftaten des Angeklagten bedeutend milder an und erkannte nur auf eine Geldstrafe von 150 M. event. 30 Tage Gefängnis. Besonders mildernd zog der Gerichtshof in Betracht, daß die beleidigte Ehefrau und deren Gatte das unpassende Verhalten schon jahrelang geduldet, ohne dagegen bisher ernsthaft eingeschritten zu sein. — Die Straftat und Strafhöhe erscheint geradezu als Aufmunterung zu ähnlichen ruffischen Ausschreitungen eines Beamten. Wie wird die Berufungsinstanz urteilen?

Reine Klassenjustiz.

Die sächsische Justiz kann auch milde sein. Der Rechtsanwalt Wärwinkel-Leipzig hatte eine Privatklage gegen den Referendar Dr. Freyer dort angestrengt, weil dieser zu Unrecht die Behauptung ausgetrieben hatte, Wärwinkel sei wegen Fallschirmspiels aus dem Offiziersstand ausgestoßen worden. Aus dieser Privatklage entstand dann prompt auch eine Duellgefahr. Der Zahnarzt Stengel überbrachte dem Dr. Freyer die Forderung des Rechtsanwaltes Wärwinkel auf Pistolen und dreimaligen Stugelwechsel, bei 15 Schritt Distanz. Da vermeintlich so etwas wehe tun kann, drückte sich Dr. Freyer auf englisch. Dafür wurden aber Dr. Wärwinkel wegen Herausforderung zum Zweikampf mit tödlichen Waffen und Stengel wegen Kartellträgers unter Anklage gestellt.

Die beiden Herren erschienen nun heute vor der II. Strafkammer des durch seine Urteile gegen die Genossen Heinig, Kressin usw. bekannt gewordenen Landgerichts. Für die beiden vornehmen Gehebederächter waren in landgerichtlicher Liebeshöflichkeit zwei Stühle im Saale aufgestellt, auf die sie sich sorgfältig (mit Rücksicht auf ihre vorjährigsmäßige Toilette) niederlegten und nun, mit übereinandergeschlagenen Beinen und selbstbewußt verknäuelten Armen vor den Richtern sitzend, gnädigt die Anklage entgegennahmen.

Wenn man diese Haltung und die Straftat der Herren in Betracht zieht, dann wird man die „Höhe“ der Strafe staunend bewundern. Rechtsanwalt Wärwinkel wurde zu 2 Wochen Festung und Zahnarzt Stengel zu 3 Tagen Festung verurteilt. Somit der Beweis gegeben ist, daß es am Leipziger Landgericht, das die furchtbaren Strafen gegen die „Vollzeugs“-Medaljeure auswarf, nicht nur objektive, sondern auch milde Richter gibt.

Ungültige Stadtverordnetenwahl.

Bei einer Stadtverordneten-Ergänzungswahl in Seitzwig war der Fabrikbeamte Schmitz in der Stichwahl gewählt worden. Die Wahl wurde für ungültig erklärt und das Oberverwaltungsgericht als letzte Instanz sprach sich am 26. Juni ebenfalls für die Ungültigkeit der Wahl aus. Wahgebend erwichen dem Gericht, daß in der öffentlichen Bekanntmachung der Stichwahl

das Ergebnis der Hauptwahl nicht mitgeteilt war und wer in die Stichwahl kam. Der zweite Senat führte aus, die Bekanntmachung der Stichwahl müsse auf jeden Fall das Ergebnis der Hauptwahl und außerdem mitteilen, wer in die Stichwahl gekommen sei. Der Mangel dieser Mitteilungen sei ein erheblicher Mangel des Verfahrens und müsse ohne weiteres die Ungültigkeit der Wahl nach sich ziehen.

Verfammlungen.

Wir werden um Aufnahme folgender Erklärung gebeten: In der Generalversammlung der Verwaltungsjahre Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes gebrauchte der erste Bevollmächtigte Cohen die Worte: „Schulz habe sich bei einer gewissen Gelegenheit derartig benommen, daß es nur der Gütmütigkeit der Kollegen zu danken sei, daß man ihn in der Organisation dulde.“

Dem gegenüber erkläre ich: Eine elendete Verleumdung als diese ist mir noch nie vorgekommen. Wenn bei der Schöfferkommission, der ich selbst den betreffenden Fall zur Klärung unterbreitet hatte, noch Gerechtigkeit und Wahrheitsliebe herrscht, dann wird dieselbe eine öffentliche Klarstellung des Falles geben.

Ferner konstatiere ich: In der Sitzung des Zentralvorstandes vom 4. Mai cr., habe ich die Handlungsweise der in der A. E. G. Stehengebliebenen aufs schärfste verurteilt und als eine Kränze bezeichnet, jedoch mußte ich die Vertreter des Metallarbeiterverbandes darauf aufmerksam machen, daß in den einzelnen Wahlbereichen Beschlüsse bestehen, wonach Anträge auf Ausschluß wegen Streiks oder wegen Streikbruchs nur von den betreffenden gewerkschaftlichen Organisationen gestellt werden können. Es konnte demzufolge der Zentralvorstand unter seinen Umständen dem Verlangen Cohens (Ausschluß der Parteimitglieder) über die Köpfe der einzelnen Kreisorganisationen hinweg seine Zustimmung geben. Im übrigen bemerke ich noch: Da, wo Cohen das letzte Wort hat, ist es unmöglich, Recht zu bekommen, will man nicht dieselbe Roblesse an den Tag legen wie er. Betrachtet man die Sachlage genau, so kommt man zu dem Ergebnis, daß er unfähig ist, sachlich zu argumentieren und nur jede Gelegenheit benutzt, um die Kollegen und Parteigenossen, die mit seinen Handlungen nicht einverstanden sind, in der gehässigsten Weise herunter zu reißen.

Berlin, den 26. Juni 1906.

Carl Schulz.

Verband der Freireisenden Deutschlands. Zweigverein Rixdorf, Donnerstag, den 28. Juni, abends 9 1/2 Uhr, bei Schmidt, Reifnerstraße 14: Versammlung. — Zweigverein Charlottenburg, heute, Donnerstag, abend Versammlung bei Werten, Strummstraße 43. Vortrag des Genossen Henning über: „Gewerkschaften einst und jetzt“.

Zentralverband der Konditoren. Donnerstag, den 28. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 70 (großer Saal): Versammlung. 1. Stellungnahme zu dem Verhalten der Bäckereimeister in Bezug auf unseren Lohnstreik. 2. Vortrag des Genossen Stadtverordneten Dr. med. Babel über: „Gesundheitliche Lehren im Konditoreigewerbe.“ 3. Verschiedenes.

Wenn Sie uns fragen würden, warum wir selbst am liebsten Josetti-Cigaretten rauchen, würden wir kurz antworten: „Wegen des würzigen Aromas und des milden, feinen Geschmacks, die ihnen eigen sind“. Diese Qualitäts-Eigentümlichkeiten werden selten vereinigt in türkischen Cigaretten gefunden und in keiner Sorte so vollkommen als in

JOSETTI CIGARETTEN

Wir haben viele türkische Cigaretten mit ausgesprochenem würzigen Aroma geraucht, aber die Stärke derselben war für dauerndes Rauchen unerwünscht. Es sind die bei der Herstellung von Josetti-Cigaretten verwendeten geschickten Mischungen, die das bouquetreiche Aroma der reifsten besten türkischen Tabake vereinigt mit mildem, lieblichem und doch vollsaftigen Geschmack bewahren. Dies kann nur mit absolut harmonisch zusammengestellten Mischungen erreicht werden. Dieses Ziel zu erlangen, ist uns stets als wichtigste Aufgabe in unserer langjährigen Praxis erschienen, und nur durch unermüdete Bestrebungen ist es uns gelungen, Josetti-Cigaretten zu ihrer jetzigen Vervollkommnung zu bringen und uns den hervorragenden Platz, den wir in unserer Branche einnehmen, zu gewinnen.

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.
Josetti Griseldis 10 St. 30 Pfg.



Zusammenstellung der Tabakblätter für Josetti-Cigaretten zum Verpacken in Ballen.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Am 25. d. M. verchied unser Kollege, der Albumarbeiter
Karl Leuschner.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. d. M., nachm. 1/2 6 Uhr, von der Leichenhalle des Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwünscht.
24/16 Die Gr.

Alle Wanzen
werden nicht Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. — M. 50 Pf. u. 1.00. — Ebenso Schwaben, Kufen, Franzosen, Blattläuse usw. Schachtel 30 Pf. 60 Pf. u. 1.00. 12394*
— Zahlreiche Anerkennungen. —
1000 Mark Belohnung
zahle demjenigen, der mit einem Richterfolg nachweist. Nur allein echt bei **Hugo Barth**, Drogerie, jetzt Brunnenstr. 14. früher Nr. 81.

Beste Bettenfüllung
Aus die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, sehr dünnlichen.
Monopoldaunen
(gerollt geschüttelt) Pfund Mf. 2,85, 2-4 Pfund gehen 1 gr. überbet. Best. geg. Nachnahme. Verpackung frei.
Gustav Lustig
Berlin S. Prinzenstr. 46
Bestes Bettfedern-Verfahren, geschickt Deutschlands.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neues Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. f. z. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW. Friedrichstraße 214/216

Steppdecken
1827 L*
Gelegenheitskauf!
Bunt Kattun Ersatz für Deckbett 2,85
Similseide in den Farben rot, blau, oliv 4,85 6,75
Wollatlas 5,25 7,50
Bunte Normal-Schlafdecken 1,50 2,50 3,50
Wolldecken ganz dick 3,00 4,00 fehlerhaft
Spezial-Haus **Emil Lefèvre**, Berlin S. Oranienstraße 158.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Die Parteigenossen des III. Bezirks...

Weißensee. Sitzung, Parteigenossen! Heute Abend...

Reinickendorf. Der Turnverein „Froh und Heiter“...

Jessen. Heute Abend 8 1/2 Uhr bei Schimke...

Berliner Nachrichten.

Noch immer überfüllte Gemeindefunkklassen!

Der Magistrat hat den Stadtverordneten die übliche Halbjahrsübersicht über die Besuchsziffern unserer Gemeindefunkklassen...

Der Ausschuss zur Vorbereitung des Antrages von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung...

Ablenkung der Straßenbahn in der Potsdamerstraße. Die Straßenbahn benutzt jetzt wieder die langen Tage...

Gegen die Lustbarkeitssteuer hat sich eine außerordentliche Delegiertenversammlung des Verbandes der Gast- und Schankwirte...

Die Delegiertenversammlung beurteilt die von dem Magistrat der Stadt Berlin...

wesens wie der Hauptstadt des Deutschen Reiches. Eine besonders schwere Gefahr erblickt sie darin...

Wie aus dem Rathause noch berichtet wird, wird die Vorlage über die Willett- und Lustbarkeitssteuer...

Die angeforderte Umwälzung auf dem Gebiete des Berliner Fernsprechbetriebes wird, wie wir hören...

Um die Einführung des Nachtarbeiterschusses zu hintertreiben, hatte ein Teil juristischer Geschäftsinhaber...

Bei der Berliner Straßenreinigung sind in den letzten Jahren die jugendlichen Arbeiter, die sogenannten „Asphaltburschen“...

Zur Bierpreiserhöhung ist in einer Delegiertenversammlung des Verbandes der Gast- und Schankwirte...

Eine Verordentlichung zu dem von den Brauereien in Aussicht genommenen Preisaufschlage...

Von der Elektrifizierung der Stadtbahn ist wieder einmal die Rede. Der Plan der Elektrifizierung...

Zur Bewältigung des Ferien- und Badeverkehrs wird, wie die fgl. Eisenbahndirektion Stettin...

Die angefuhrten Kellner.

Unter dieser Spitzmarke reagiert die „Deutsche Tageszeitung“ auf unsere Kritik über die Ausbeutung...

Die Wichtigkeit der Aufstellung über die Trinkgeldereinnahme müssen wir kurz bezweifeln...

Empfinden hat. Leben doch auch seine Auftraggeber, die ostpreussischen Junker, von Trinkschulden...

Durch das Zentralbureau der Stadt Berlin geht und mit dem Stempel vom 27. Juni versehen die in einem Couvert...

Der Ueberfall am Bahnhof Zoologischer Garten. Unseren Lesern wird erinnerlich sein, daß im vorigen Jahre die Kassiererin...

Ein rätselhafter Vorfall beschäftigt gegenwärtig die hiesige Kriminalpolizei. Am Montag nachmittag betrat ein gut gekleideter...

Das Opfer eines schweren Automobilunfalles wurde vorgestern Abend der Marine- und Militärschriftsteller Major a. D....

Zwischen zwei Wagen quetscht. Bei einem bedauerlichen Unglücksfall ist gestern der 35jährige Wagenarbeiter...

Mit 7000 M. durchgebrannt ist der 34 Jahre alte Kassenbote Karl Wechelt vom Michaelsträßchen 18. Der Mann war früher...

Zwei unbekannte Kinder gestiftet. Zwei Berliner Kinder sind gestern beim Spielen vom Tod ereilt worden.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Der Unterricht im Gewerkschaftswesen beginnt heute Abend...

Wer ist der Tote? Am 22. d. Mts. früh wurde an der unteren Schlenkerstraße die Leiche eines unbekannt...

Kelnerlei Papiere gefunden, durch welche die Persönlichkeit hätte festgestellt werden können. Die Leiche ist zirka 1,70 Meter groß, hat schwarzes, kurzgeschneitten Haar und einen Anflug von schwarzem Schimmerbart. Bekleidet war sie mit dunkelgrau gestreiftem Jackett, weißem Chemisett mit Stehragen, grauem wollenen Hemde, schwarzen Schuhschneideln und buntem Schloß. Außerdem wurde ein ungezeichnetes Taschentuch bei der Leiche vorgefunden. Etwaige Reliquien wollten sich persönlich im Leichenschauhaufe oder im königl. Polizeipräsidium, Zimmer 329, zur J. Nr. 4829 IV/4106 melden.

Unbekannte Leiche. Am 21. d. M. vormittags wurde vor Schiffbauerdamm 8 die Leiche eines etwa 20 Jahre alten unbekanntes Mannes gefunden. Die Leiche war schon stark in Verwesung übergegangen und fast unkenntlich. Sie war zirka 1,65 Meter groß, hatte kurz geschorenes blondes Haar, war bartlos und mit dunklem Jackettanzug, grauem Strickpullover, weißer Wäsche und Schnallenstiefeln bekleidet. Die Leiche befindet sich im Leichenschauhaufe und kann dort rekonstruiert werden.

Die Teilnehmer am Kursus in Nationalökonomie treffen sich zur letzten Zusammenkunft am Sonntag, den 1. Juli, vormittags 10 Uhr, am Hundelehnen-See, Nähe Station Grunewald.

Feuerwehrbericht. Großer Unlug lag einer Feuermeldung zugrunde, die um Mitternacht aus der Bernauerstraße einlief. Als die Wehr dort eintraf, war trotz längerem Suchen keine Befehle zu entdecken. Der Täter war nicht zu ermitteln. Wegen eines großen Wohnungsbrandes erfolgte ein Alarm nach der Steinmetzstraße 31. Durch kräftiges Wassergeben gelang es, die Flammen schließlich um 12 1/2 Uhr auf die Wohnung zu beschränken. Ein größerer Kellerbrand beschäftigte heute früh um 6 Uhr die Feuerwehr in der Drehschiffstr. 5. Kohlen und andere Brennmaterialien brannten dort, weshalb längere Zeit vom 15. Juge Wasser gegeben werden mußte. Fast gleichzeitig hatte die Wehr in der Wilsdr. 9 zu tun, wo Strohhalm und Kattagen in einem Keller brannten. In der Bergstr. 5 gingen auf einem Kohlenlagerplatz Brennmaterialien in Flammen auf und in der Kirchstr. 19 brannten Möbel, Gardinen u. a. Heute früh um 7 Uhr kam durch einen Trockenofen in einer Tischlerei in der Brünnelstr. 86 Feuer aus, wobei Holz in einem Korb der Flammen wurden. Ferner wurde die Wehr nach der Alten Jakobstr. 79 gerufen, wo Schwefeldämpfe vom Keller aus das Haus füllten. Durch Lüften wurden die Dämpfe beseitigt. Ein Schornstein brannte Moritzstr. 15.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Das rapide Wachstum der Rixdorfer Bevölkerung beeinflusst naturgemäß auch erheblich die Zahl der städtischen Beamten und Angestellten. Eine weitere Konsequenz daraus ist die fortgesetzt geradezu im Eilzugtempo nötige Vermehrung von Büroräumen. Und so ist denn der Magistrat gezwungen, noch ehe der Rathausneubau unter Dach ist, der Stadterweiterungsversammlung am Donnerstagmittag eine Vorlage zu unterbreiten, welche die sofortige Fortsetzung des Baues in der Schönfeldstraße bis zur Ecke der Donaustraße fordert. Aus der Begründung ist zu entnehmen, daß von den jetzt im Gebrauch befindlichen 116 Räumen nur 56 im alten Rathaus sich befinden, während der Rest — rund die Hälfte — außerhalb in Mieträumen untergebracht sind. Das ist ein Unbehagen, das sowohl vom Publikum, als auch verwaltungstechnisch unangenehm empfunden wird. Zieht man dann weiter in Betracht, daß von Jahr zu Jahr eine Vermehrung der Beamten und damit der Büroräume um etwa 17 Prozent notwendig ist — was im Jahre 1907 20, 1908 23 und 1909 28 weitere Räume bedeutet —, so erscheint es tatsächlich unumgänglich, daß hier schleunigst Vororge getroffen wird. Der Kostenanschlag des Erweiterungsbaues beläuft sich auf 250 000 M. Durch diesen neuen Flügel werden 80 Räume gewonnen. Bis zum weiteren Ausbau des Rathauses, das schließlich nach und nach den ganzen Komplex zwischen Berliner, Schönfeld-, Donau- und Erstraße einnehmen soll, ist als Notbehelf für Büroräume auch das Gebäude der Gemeinderatskammer in der Erstraße nach deren Uebernahme in den demnächst in Angriff zu nehmenden Neubau in der Wobbinstraße in Aussicht genommen.

Schöneberg.

Die Bahnhofsstation Schöneberg des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes beschäftigte sich in ihrer letzten außerordentlichen Generalversammlung unter anderem mit der vom Verbandstag beschlossenen Krankenunterstützung und der Vertragsverhandlung. Mit 92 gegen 15 Stimmen wurde beschlossen, den Wochenbeitrag auf 80 Pf. zu erhöhen und die Krankenunterstützung bis zum 1. Juli nächsten Jahres wie bisher aus der Lokalkasse zu zahlen und zwar wöchentlich 3,50 Mark. Die Krankenzahl wurde von 14 auf 8 Tage festgesetzt. Die Arbeitslosenunterstützung wurde vom vierten Tage zu zahlen beschlossen. Die Ergänzungsarbeiten des Vorstandes ergaben: Döhling als zweiter Bevollmächtigter, Tige als Kassierer, Anshelm jun. als Revisor und Preuß I als Mitglied der Kontrollkommission.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Heute abend 9 Uhr: 3. Abteilung in Schöneberg bei Obst. Weiningerstr. 8. Vortrag über Knochenbrüche, Verrentungen, Verfracturen. Daran anschließend praktische Übungen. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten.

Lichtenberg.

Vor einigen Wochen schon wurden bei der hiesigen Ortskrankenkasse Untersuchungen festgestellt. Der Kassenbote gestand ein, mehrere Beträge für sich verbraucht zu haben, und er sorgte für Ertrag der in Betracht kommenden Summe. Man ließ den Mann, Vater einer zahlreichen Familie, laufen. Und das hiesige Wurstblättchen, das sonst jedes Stäubchen bei der hiesigen Kasse sieht und daraus Verge läßt, wußte die schonende Milde des Kassenvorstandes zu würdigen, es halfte sich in Schweigen. Der Mann ist ja kein Sozialdemokrat, sondern Anhänger der Partei des Wurstblättchens. Ende voriger Woche wurden an der Kasse aber auch noch roffinierte Fälschungen festgestellt. Fälschungen und Betrugsereien, wie sie die Kriminalchronik aus den bestgeleiteten Instituten massenhaft verzeichnet. Gegen solche Defraudationen gibt es kaum ein sicheres Kontrollmittel. Unter anderem hatten die Kassierer aus den Rechnungsbüchern Blätter ausgerissen und andere Blätter in geradezu meisterhafter Weise wieder eingeklebt. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß Sorglosigkeit einzelner Firmen Untersuchungen begünstigt haben, indem Firmen größere Summen zahlten, ohne sich ordnungsmäßig Leistung ausstellen zu lassen. Wegen der verschiedenen Manipulationen hat der Vorstand selbstverständlich sofort Anzeige erstattet. Das Verfahren richtet sich gegen den früheren Kassenbeamten Falkenstein, der eingeschriebenes Parteimitglied ist. Nur fand sonderbarer — nein, ganz selbstverständlicher —weise das Wurstblättchen die Sprache wieder, aber nicht um den Lesern den objektiven Tatbestand mitzuteilen, sondern lediglich um dem schon oft bekundeten infernalischen Gäh gegen den Kassentendanten zu fröhnen. Die von Falkenstein in dem Blättchen aufgestellte Behauptung, es wären anher ihm noch drei Kassenbeamte verhaftet worden, ist Schwindel. Die Betrugsereien und Fälschungen sind dem Blättchen Benachbarte, oder es freut sich gar der Vorwissenisse als ein Dramantel zur Verdrückung persönlicher Geheißigkeit, die aber selbst bei der streupellosesten Wahl der Mittel doch nie fähig sein wird, die persönliche Ehrenhaftigkeit desendanten auch nur ganz entfernt in Zweifel ziehen zu können.

Weißensee.

Dr. Pape und die Krankenkasse. Der gewaltige Herr und erster Sozialinspektor hat, wie bereits bekannt, die Verwaltung der Krankenkasse übernommen. Seine erste Handlung war, daß er den bisherigen ersten Vorsitzenden an die Luft setzte, als er sein und dem Vorstande gehöriges Privateigentum von dem Kassenschatz abholen wollte. Von einem zweiten Vorstandsmitglied auf seine unsinnige

Handlungsweise aufmerksam gemacht, beruhigte er sich etwas und gab teilweise das Privateigentum heraus. Auch den Beamten gegenüber zeigte er seine Furcht: „Der sich nicht fügt, der stirbt“ war die Antwort, als er hörte, daß einer seiner jetzt ihm unterstellten Beamten nicht schnell genug am Platze war, um die „große“ Wichtigkeit seiner jetzigen Herrschaft entgegenzunehmen. Gegen die gefassten Maßnahmen der Aufsichtsbehörde ist natürlich sofort Beschwerde beim Regierungspräsidenten eingelegt worden und wird mit Bestimmtheit erwartet, daß das jetzige Provisorium nicht lange bestehen wird. Der Willkürherrschaft eines einzelnen Beamten, der sich nicht schämt, den anwesenden Vorstandsmitgliedern gegenüber zu äußern, auf diesen Moment schon längst gewartet zu haben, muß so bald wie möglich Einhalt getan werden. Ueber 50 Delegierte haben bereits beantragt, innerhalb 14 Tagen eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, um Kenntnis von den Maßnahmen der Aufsichtsbehörde zu erhalten. In der „Weissenzer Zeitung“ wird der Name des jetzigen Kommissars veröffentlicht. Nach dem Statut ist der „Vorwärts“ ebenfalls Publikationsorgan der Krankenkasse. Bisher ist aber hier noch nichts veröffentlicht. Sollte das nicht geschehen, so wäre das die erste statutenwidrige Handlung der Aufsichtsbehörde. Bei ihrer bisher geübten Parteilichkeit gegenüber allem, was von Arbeitern gefordert wird, wäre es kein Wunder, wenn sie sich über die Krankenkassenstatuten hinwegsetzte. Ob die Delegierten der Krankenkasse sich aber auch das gefallen müssen, steht auf einem anderen Blatte.

Zegel.

Um ihr Eintrittsgeld betrogen wurden am Dienstag abend zirka 1000 Personen, welche aus Neugierde eine in Trapp's Restaurant einberufene Pädler-Versammlung besucht hatten. Man hatte zu Minute zu Minute, doch der Mann, desentwegen man 20 Pf. Eintritt bezahlt hatte, erschien nicht. Endlich nach etwa dreiviertel Stunden lief ein Telegramm ein, in welchem mitgeteilt wurde, daß Graf Pädler verreist sei und die Versammlung infolgedessen nicht stattfinden könne. Diese Nachricht verurteilte einen allgemeinen Wirwar und die um die Vorstellung gekommenen Versammlungsbesucher verlangten stattdessen die Eintrittsgelder zurück, jedoch vergeblich. Die Kassierer hatten sich schleunigst entfernt und eine sofort ausgenommene Verfolgung, an welcher sich auch die die Versammlung überwachenden Polizeibeamten beteiligten, war erfolglos. Schon oft haben wir die Arbeiterkassen darauf aufmerksam gemacht, daß sie einen Fehler begeht, wenn sie ihre Zeit für ein nicht mehr ernst zu nehmendes Geschäft opfern. Solche Versammlungen haben nur den Zweck, um den Versammlungsbesuchern das Geld aus der Tasche zu loden.

Königs-Wusterhausen.

Ueber den „politischen Massenstreik“ referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Hegge-Berlin. Redner, der wie bekannt, die Friedebergischen Anschauungen vertritt, untersuchte zunächst die Kampfmittel, die uns gegenwärtig zur Verfügung stehen. Mit dem Hinweis auf die Wahrscheinlichkeitsrechnung, meinte Redner, gälte es unsere Waffen zu schärfen. Protestversammlungen und Papierresolutionen fürchte die Regierung nicht. Auch sei es fraglich, ob sich die drei Millionen Wähler beim Kampf des allgemeinen Wahlrechts zu Abwehrmaßnahmen entschließen würden. Es sei deshalb die Erziehung der Masse zu tüchtigen Kämpfern eine unabweisbare Pflicht der Partei. Das Ablassen des revolutionären Denkens legt Redner auf das Konto der Gewerkschaften, die durch ihr Unterstützungswesen das Proletariat in falsche Bahnen lenken. Nur die Erziehung zum Idealismus könne ein Volk befreien. An den mit großem Beifall ausgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion im Sinne des Referats, an welcher sich die Genossen Diege, Kaiser und Wehne beteiligten.

Röpenitz.

Eine Heuniggagd gab es gestern in Röpenitz. Ein Häßling, dessen Entlassung kurz bevorstand, der aber noch zwei Jahre in einer Korrekptionsanstalt untergebracht werden sollte, hatte bei dem Unzuge eines Röpenitzer Mieters mitegeholfen. Er benutzte plötzlich den „günstigen Moment“ und entflo. Sofort eilten mehrere Verfolger hinter ihm her, und nun entwickelte sich eine tolle Jagd, welche über Bäume, Hofgrundstücke usw. hinwegging. Die Jagd der Verfolger war bald auf etwa 200 gestiegen, aber trotzdem gelang es dem Flüchtling, zu entkommen; in einer großen Paraulage war er den Wäldern seiner Verfolger plötzlich entzogen.

Eine folgenschwere Explosion, bei welcher eine Person den Tod gefunden und eine andere schwer verletzt wurde, fand vorgestern in Röpenitz statt. Der 23jährige Malergehülfe Max Helm aus Berlin und der 23jährige Maler Paul Hahn aus Röpenitz, die bei dem Malermeister Heinrich in Ober-Schöneweide beschäftigt waren, hatten den Auftrag erhalten, auf dem Gideonschen Neubau in der Flemmingstraße in Röpenitz Malerarbeiten auszuführen. Als die beiden im Kellergehöbe mit dem Vorrichten beschäftigt waren, explodierte plötzlich unter starker Detonation ein großes Faß Terpentin, das nach 25 Kilogramm von der Masse enthalten hatte. Die Explosivstoffe trafen unglücklichweise die beiden Maler. Bergendlich verletzten die Bedauernswerten auf Händen und Füßen kriechend, aus den mit dichtem Rauch angefüllten Stellerräumen herauszukommen. Dem Hahn glückte dies schließlich und als jetzt Nachbarn zur Rettung herbeieilten und fragten, ob sich noch jemand im Keller befinde, verneinte dies der Maler, denn er war der Meinung, daß sein Kollege schon längst das Freie erreicht hatte. Während nun die alarmierte Feuerwehr mit Löscharbeiten beschäftigt war, drangen plötzlich Hagelische Hülferufe aus dem Keller. Sie rührten von Helm her, welcher vergeblich versucht hatte, durch Oberlichtfenster, die mit Drahtgitter umgeben waren, hinaus zu gelangen. Der Ärmste war am ganzen Körper derartig verbrannt, daß das Fleisch in Stücken herunterhing. Er wurde bald von seinen furchtbaren Qualen durch den Tod erlöst. Auch Hahn hatte schwere Brandwunden erlitten, doch hofft man, ihn am Leben zu erhalten.

Nowawes-Neuendorf.

Eine große Scheu vor der Öffentlichkeit scheint die Gemeindevorstellung in Neuendorf zu haben. Da die Sozialdemokratie dank des unsmünnigen Forensenwahlrechtes in dieser Korporation noch unverteilt ist, hatten es sich einige Neuendorfer Genossen zur Aufgabe gemacht, die dortigen Gemeindevorstellungen regelmäßig zu besuchen, um zu erfahren, welche Stellung insbesondere die Vertreter der dritten Wählerklasse, zu denen auch zwei Mitglieder des Hirsch-Wanderschen Gewerbevereins gehören, zu den dort verhandelnden Fragen und Anträgen einnehmen. Diese Aufmerksamkeit der Sozialdemokraten scheint nun einigen der Herren Gemeindevorsteher — vielleicht auch allen — sehr wider den Strich zu gehen, denn sonst wäre es nicht zu verstehen, daß man — wie es kürzlich geschehen — sogar die Wahlen zu den einzelnen Kommissionen in der nichtöffentlichen Sitzung vornahm, obwohl dieser Punkt zuerst auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung gestanden hat. Einen neuen Schilddürgerkrieg hat sich nun aber die Gemeindevorstellung vor der letzten Sitzung der Gemeindevorstellung geleistet, indem sie dieselbe gar nicht öffentlich bekannt gemacht hat, sodas die Einwohner erst aus den Berichten, die nach der Sitzung veröffentlicht wurden, erfahren, daß eine solche überhaupt stattgefunden hat. Und dabei hatte diese Sitzung über eine Angelegenheit zu beraten, die das größte Interesse der Einwohner erregen muß, nämlich über die Errichtung eines Werbevereines. Diese Unterlassung der Bekanntmachung der Sitzung hat in Neuendorf große Entrüstung hervorgerufen und zu nicht gerade schmeichelhaften Bemerkungen gegen die Vertreter der 3. Klasse Veranlassung gegeben. Wir sind in der Lage, mitzutellen, daß sich die Neuendorfer Genossen eine derartige Behandlung nicht gefallen lassen und Mittel und Wege finden werden, um die Wiederholung derartiger Machinationen zu hintertreiben. Vielleicht kommt man in Neuendorf sonst noch so weit, daß überhaupt keine öffentlichen Gemeindevorstellungen mehr abgehalten werden.

Vermischtes.

Eulgeleit. Cranz, 27. Juni. Der um 2 Uhr 42 Minuten nachmittags von Königsberg hier ankommende Personenzug der Privatbahn Königsberg-Cranz ist auf hiesigem Bahnhof auf den Brellbock aufgefahren und entgleist. Zwei Wagen wurden zertrümmert. Eine Frau wurde getötet, 5 Personen wurden schwer und 6 leicht verletzt. Die Verunglückten stammen sämtlich aus Königsberg bezw. Cranz.

Wieder ein großes Grubenunglück.

London, 27. Juni. Eine furchtbare Katastrophe hat sich in den Gruben von Hale in Wales ereignet. Infolge einer Ueberflutung sind 10 Bergleute, die sich nicht mehr in Sicherheit bringen konnten, umgekommen.

Erdbeben in Süd-Wales.

Gestern vormittag 9 1/2 Uhr wurde der ganze Süden von Wales von einer heftigen, drei Sekunden andauernden Erdrerschütterung heimgesucht. Am stärksten war die Erscheinung in Swansea; die Häuser wankten, und viele Schornsteine stürzten ein, angsterfüllt stürzte die Bevölkerung auf die Straßen. Ähnliches ereignete sich in anderen Orten. Die Erschütterung wurde bis nach Schropshire hin wahrgenommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentlich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrager ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

N. Z. 72. 1. Ja. 2. Sie können bei dem Magistrat, Abteilung für Versicherungsangelegenheiten (Rönnischer Park) Befreiung von der Versicherung in Ihrem Falle beantragen. — **N. 40.** Großjährigkeit muß vorliegen, der Sohn also entweder 21 Jahre alt, oder für großjährig erklärt sein. — **N. 39.** Wenden Sie sich direkt an das Bureau der Gesellschaften. — **N. 23. 100.** Die Wohnungsbeschäftigung muß in der Zeit gestattet werden, wie im Vertrag angegeben ist. Fehlt hierüber eine Bestimmung, so muß in angemessener Zeit die Wohnung zur Beschäftigung freigestellt werden. Können die Parteien sich über die Angemessenheit der Zeit nicht einigen, so entscheidet das Amtsgericht. In einer Reihe von Prozessen hat das Amtsgericht für Berlin und Umgebung die Zeit von 9 bis 5 am Vortag und von 9 bis 12 am Sonntag für angemessen erachtet. Ist der Mieter nicht selbst anwesend, so muß er dafür sorgen, daß die Wohnung besichtigt werden kann. — **N. 68.** Versuchen Sie sich im Termin auf den früher geleisteten Offenbarungseid. Wird nicht glaubhaft gemacht, daß der Schuldner inzwischen vermögend geworden ist, so kann nur von 5 zu 5 Jahren von neuem der Eid verlangt werden. — **Vorbestraft 1903.** In der Regel werden Fragen nach Vorstrafen den Zeugen nicht vorgelegt. Will der Zeuge sicher gehen, daß er nach Vorstrafen (abgesehen von einer wegen Meineides) nicht gefragt werde, so kann er vor dem Termin ein dahin gerichtetes Gesuch an das Gericht richten und in dem Gesuch die Strafen angeben. Schmerzlich wird ein Vorkommender der Bitte nicht nachkommen. — **N. 2. 39.** Der Antrag auf Dispens vom dem Verbot der Ehelicheit wegen Ehedurchtritt ist an das Scheidungsgericht zu richten. Zweckmäßig ist die Beiliegung einer Einwilligung des früheren Gatten. Ob Aussicht auf Erfolg vorliegt, ist ohne Kenntnis des Einzelfalles unmöglich anzugeben. — **N. 30. 1.** Der Lohn in Höhe von über 1500 M. jährlich ist pünktlich zu zahlen. Sie müssen eine Vereinbarung mit der Versicherungsgesellschaft treffen. Ob Sie Anspruch auf Abtretung Ihrer Rechte haben, ist ohne Kenntnis Ihres Vertrages nicht zu beantworten. — **Wass. R. 1. und 2. Reut. — N. 6. 100.** Die Fortbildungs- und Fachschulen finden Sie im Berliner Adressbuch verzeichnet. Sie können mit dem Leiter der Schule vorher sprechen. — **N. 2. 100.** Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands hat seinen Sitz in Hamburg. Das Berliner Bureau befindet sich Neue Friedrichstr. 20. Dort hin wenden Sie sich. — **Rechtig 54.** Der Antrag ist an die Schulddeputation zu richten. Sie würden aber zweckmäßig handeln, zunächst mit dem Richter Rücksprache zu nehmen. — **N. 11. 12.** 1. Einen anderen Weg als die einzelnen Polizeibehörden wegen der Adresse anzutragen gibt es nicht. 2. Ja. 3. Nein. — **N. 2. Köpenitz.** Uns nicht bekannt. Sie werden am besten durch den Lindenburger Magistrat Auskunft erhalten. — **N. 2. 99.** Liegt kein Testament vor und wird von der Witwe das Recht des bürgerlichen Rechtsbuches statt des mütterlichen Rechts gewählt, so erbt die Witwe 1/2, die Kinder 1/2, das Nachlassvermögen. Wird das mütterliche Erbrecht zur Anwendung gebracht, so ist das beiderseitige Vermögen zusammen zu werfen, von der so gebildeten Masse erbt die Witwe die Hälfte, die Kinder die andere Hälfte. — **N. 2. 99.** Wollen Sie die Rechte Ihres unglücklichen Bruders wahrnehmen, so ist das nur dadurch möglich, daß Sie einen Pfleger für den Bruder bestellen lassen, der dann seine Rechte wahrnimmt. Sie können sich selbst oder einen anderen der Geschwister zum Pfleger vorschlagen.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 65-68 pr. 100 Pfund, IIa 58-64, IIIa 53-56, IVa 46-51, engl. Bullen 0,00, bin. Bullen 55-53, holl. Bullen 0,00, Kalbfleisch, Doppelländer 100-110, Ia 80-85, IIa 70-75, IIIa 57-68, Hammelfleisch Ia 73-75, IIa 62-70, Schweinefleisch 61-67, Kaninchen per Stück 0,00, Hühner, alte, Stück 1,50-1,95, junge, per Stück 0,50-0,85, Tauben, junge 0,35-0,50, alte 0,35, Enten, prima, per Stück 2,15, Hamburger, junge, per Stück 2,00-3,10, Gänse, junge, per Pfd. 0,60-0,65, per Stück 2,75 bis 4,25, Heste 85-105, groß 66, Schale 57-74, Blie 00, Kalle, groß 123-130, mittel 114-116, klein 0,00, uml. 0,00, Wägen 0,00, Hühner, pomml. I, per Schock 3,00-6,50, Kleier, Stiege Ia 4-6, do. mittel per Riste 2-4, do. klein per Riste 0,00, Bäcklinge, engl. per Ball 4, Kleier 2,00-4,00, Straußener 4-5, Kalle, groß Pfd. 1,10-1,30, mittel 0,80-1,00, II 0,50 bis 0,80, Sprossen, Kleier, 2 Ball 0,00, Erb. per Riste 0,00, Erbse, 1902er, per Riste 85,00, 1904er 85,00, 1905er 80,00, Schottische Bollerlinge 1905 0,00, large 40-44, full 36-38, med. 35-42, deutsche 37-44, Perlinge, neue Matjes, per 1/2, Ia 60-120, Hummern, Ia, 100 Pfd. 85,00 bis 100, Krebs, per Schock, große 25,00, mittel 11,50-13,00, unsortiert 6,50-10, Gollzier, mittel 4,50, Eier, Land, per Schock 3,30, frische 3,20-3,30, Butter per 100 Pfund, Ia 100-112, IIa 103-108, IIIa 100-108, abfallende 95-100, Saure Gurken, Schock 4,00-4,25, Pfefferkörner 4-4,50 M, Kartoffeln per 100 Pfd. magen bon. 2,25-2,40, rote Daberger 2,10-2,25, runde weiße 1,80-2,10, Ralla 0,00, Sommer-Walla 10,00-11,50, ital. 4,00-6,00, ung. 3,50-4,50, Rette, hiesige per 100 Pfund 4,50-5,50, Spinat, per 100 Pfund 5,00-8,00, Karotten per Schock 2,00 bis 2,50, Kohlstrahl, per Schock 0,75-1,25, Rettig, bayr. per Schock 2,40-4,50, Rabarber, Homb., per 100 Pfd. 4-4,50, Radishes, per Schock 0,80-1,25, Salat, per Schock 1,00-1,25, Spargel I, per Pfd. 0,25-0,30, II 0,14 bis 0,20, III 0,08-0,10, Beeliger I 0,30-0,44, II 0,15-0,30, III 0,10-0,15, Bruchspargel 0,00, Bohnen (grüne), per 100 Pfd. 34-70, Schoten, hiesige, per 100 Pfd. 10-14, Pfefferlinge per Pfd. 0,30-0,35, Mohrrüben per Schock 2,00-2,50, Blumenkohl per Mandel 1,50-2,50, Wirsingköhl per Mandel 1,50-2,00, Steinpilze per Pfd. 0,33, Zettomer Rüben per Pfd. 0,20-0,25, Stachelbeeren 100 Pfd. 15-20, Kirchen, ital. 100 Pfd. 10-20, Gubenner 12-16, Berdcherle 15-20, tschechische 7-14, Raiten, Berdcherle 25-35, Blaubeeren per Pfd. 0,10-0,15, Erdbeeren, holl. per 100 Pfd. 25-35, franz. per Pfd. 0,00-0,00, Beeliger per Pfd. 0,27-0,30, Berdcherle per Pfd. 0,15-0,20, Dresdener Wald per Pfd. 0,50-0,60, Dress. Garten per 100 Pfd. 30-50, hiesige Wald per Pfd. 0,25-0,50, Pfämann, ital. runde, per Pfd. 0,10-0,11, Zitronen, Weisna, 300 Stück 12,00-15,00, 300 Stück 10,00-12,00, 200 Stück 7,00-12,00, 420 Stück, Reim 7,00, Weintrauben, Bräufel, per 100 Pfd. 60-100.

Witterungsübersicht vom 27. Juni 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C		
Swinemünde	763	SB	4	heller	21	Daparanda	747	SB	2	bedeckt	11
Hamburg	762	SB	3	wolkig	20	Petersburg	756	SB	3	wolkig	15
Berlin	764	SB	2	wolkig	21	Seih	760	SB	4	Dunst	16
Frankfurt a. M.	763	SB	1	wolkig	19	Aberdeen	763	S	3	wolkig	13
München	765	SD	1	wolkig	20	Paris	763	S	1	wolkig	21
Wien	767	SD	1	wolkig	20						

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 28. Juni 1906.

Ein wenig kühler bei schwachen südwestlichen Winden, veränderlicher Bewölkung und etwas Neigung zu Gewittern.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 28. Juni. Elbe bei Ruffig + 0,68 Meter, bei Dresden - 0,90 Meter, bei Magdeburg + 1,56 Meter. — **N. R. u. T.** bei Straßfurt + 1,40 Meter. — **O. d. E.** bei Rathor + 1,58 Meter, bei Brestan Oberpegel + 5,24 Meter, bei Brestan Unterpegel - 0,00 Meter, bei Frankfurt + 2,48 Meter. — **W. d. E.** bei Brahmünde + 4,03 Meter, bei Barthe bei Völs + 1,06 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 28. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Operntheater. Don Juan. Deutsches. Erdgeist.
Neues. Daphnis in der Unterwelt. Anfang 8 Uhr:
Berliner. Reben. Fessing. Die lustige Witwe.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Morwigo-Oper: Der Trompeter von Sickingen.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Hädel'sches-Theater.) Heiratslustig. Kleines. Ein idealer Gatte.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen. Zentral. Nanon.
Lustspielhaus. Das Fest der Handwerker. Vorher: Die Verlobung bei der Laterne.
Thalia. Bis früh um fünf! Metrop. Auf ins Metrop.
Hypos. Das blaue Bild. Spezialitäten.
Carl Weiß. Sündige Liebe. Wintergarten. Tortajada. Spezialit. Valsage. Billy Prager. Spezialit. Weichschalen. Stettiner Sängertroupe. Taubentrabe 48/49.
Abends 8 Uhr: Der jüngste Neuschnee des Jahres.
Sternwarte. Jusselstr. 57/62.

Ferdinand Bonn's Berliner Theater.
Gastspiel v. Maria Pospischil. Anfang 7 1/2 Uhr. Zum ersten Male:
Medea.

Traverspiel in 5 Akten v. Grillparzer. Freitag: **Elektra.** Anfang 8 Uhr. Sonnab.: **Donna Diana.** 8 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Orpheus in der Unterwelt.

Kleines Theater.
Ein idealer Gatte.
Anfang 8 Uhr:
Donnerstag und folgende Tage:
Ein idealer Gatte.

Neues kgl. Operntheater (Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr.
Donnerstag, den 28. Juni:
Gastspiel **Henri Albers:**
Don Juan.

Freitag: **Fra Diavolo.**
Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

Komische Oper.
Sommerzeit 1906.
Hoffmanns Erzählungen.
Sommerpreise.
(Keine Vorverkaufsgelände.)
Anfang 8 Uhr.

Zentral-Theater.
(Operette). 8 Uhr:
Nanon. Operette in drei Akten.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Das Fest der Handwerker.
Vorher:
Die Verlobung bei der Laterne.

Apollo-Theater.
Nur noch 3 Tage!
Mit Carma, Tanzformal, Tänzerin.
Duo Paulus, holländisches Duett.

Humpsti-Bumsti,
ergötzliche Skatation.
Das blaue Bild v. Paul Linke.
Ein Abend in einem amerikanischen Zingel-Tanzel.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
! Anf - in's Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jnl. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen überall gestattet.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Franzosenstr. 132.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Sündige Liebe.

Parallèletheater in 4 Akten v. H. Hoff. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Im Garten: täglich Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 5 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Ott. Baumstr. 16.
Nur noch wenige Tage!
Arme Bridge. Lebensd. m. Gef. v. Otto Weibold.
De zu die erstklassigen Spezialitäten.
Anfang 6 Uhr. Kaffeefache u. 3 Uhr.
De: schlecht. Bett: Borstell. im Saale.
E: nnab. 30. 6. 00: Benefiz für C. Roic.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Morwigo-Oper.
Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr:
Der Trompeter von Sickingen.
Oper in 3 Akten von Victor Rehler.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Afrikaneria.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zar und Zimmermann.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Bild. Th.)
Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr:
Heiratslustig.
Schwank in drei Akten von Maurice Champagne.
Freitag, abends 8 Uhr:
Heiratslustig.
Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Freie Volksbühne.

General-Versammlung

Mittwoch, den 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht und Geschäftsbericht des letzten Quartals. 2. Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 3. Diskussion. 4. Antrag des Vorstandes. 5. Wahl des Vorstandes, des Ausschusses, der Revisoren und Obmänner.
Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung der Mitglieds-karte gestattet.
Die alten Mitgliedskarten brauchen erst am 5. Juli in den Zahlstellen abgegeben zu werden zum Umtausch, da die Karten bei der am 4. Juli stattfindenden Generalversammlung als Legitimation dienen.
Spätere Meldungen können nur berücksichtigt werden, soweit in den betreffenden Abteilungen Raum vorhanden ist. Desgleichen sind in den Monaten Juni, Juli, alle Umschreibungen in eine andere Zahlstelle zu bewirken.
229/5
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Schweizer Garten.

Am Königsst. Am Friedrichsbain 29/32.
Täglich: Theater-Vorstellung, Spezialitäten.
Bis 8 Uhr und nach 11 Uhr: Damen-Frei-Tanz.
Zum Schluß: **Elternloß.** Lebensbild in 2 Akten.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13-15. Weißfische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: die beliebtesten Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Ob schön! Im herrlichen Garten oder Saal: Ob Regen!
Täglich: Gr. Konzert, neue Spezialitäten und Ball. Das größte und beste Programm Berlins.
U. a.: La Matschie! merikanischer Tanz, ausgeführt vom besten Tanzduett Jeannette und Vallis.
Robert und Bertram, das berühmte Grotesk-Duett. Josefine Delicieuse, das weibliche Unikum. Die Wunder der Turantur: The tree Burtons und Great Harry und Oly Smith, Szene im Restaurant.
Kaffeeküche. Volksbelästigungen aller Art.
Anfang 4 Uhr. Entree: Wochentags 20 Pf., Sonntags 30 Pf.
Avis! Vom 1. bis 30. Juli: **16 Löwen** die größte Zentation und beste Gruppe der Welt: Im Salon des Löwenbändigers. A. Diez.

Brauerei Groterjan

N. Schönhauser Allee 130.
Oekonom Ernst Stein.
Täglich
Großes Konzert
Anfang: Wochentags 7 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Zähne

tadellose saubere Ausführung 3 Mark.
Plomben 2 Mark. Schmerzloses Zahnziehen.
Zahnziehen, Zähne reinigen, Nervtötung etc.
- wird bei Bestellung nicht berechnet.
Lausitzer Platz 2.
Max Guckel, Elsasserstraße 12.
Vorzeiger dieser Annonce 10 % Rabatt.

Urania Taubenstr. 48/49.

Täglich abends 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuvs.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

COLORESCHER GARTEN

Deute nachmittags 5 Uhr:
Gastspiel
d. Musikk. d. Leth-Gren.-Rgts. No. 8
Kgl. Staatskapellmeister W. Lebede.
Frankfurt a. O.
Eintritt 1 Mk., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Sanssouci Kottbusser Str. 4a.
Der Garten ist eröffnet.
Sonnt., Feiert., Donnerst. und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger und Tanztruppe.
Franz Panther in d. Blau.
Entr. 30 Pf., num. 50 Pf.
Sonn. Abg. 5. Wochent. 8 U.
Im Vorgart.: Freikonzert.

An die

Schildermaler

und alle in den Schildermalerereien beschäftigten Personen: Anmacher, Vergolder, Vergolderinnen, Lackierer, Ausschneider, Klempner, Schlosser, Glasschleifer usw. Berlins u. Umgegend!

Donnerstag, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35 (großer Saal):

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. „Zweck und Nutzen der Organisation!“ Referent: Gen. A. Ritter. 2. Diskussion. Es ist Pflicht aller in der Schilderbranche beschäftigten Personen, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.
Ehrensache eines Jeden ist es, für diese Versammlung zu agitieren, damit es eine vollzählige, und unsere Arbeit eine gründliche wird.
Wir appellieren nochmals an Eure Solidarität, sämtlich zu erscheinen und alle Säumigen mitzubringen.
Mit Gruß
35/105
Die Verwaltung Berlin III der Schildermaler.

Achtung! Fliesenleger und Hilfsarbeiter! Achtung!

Freitag, den 29. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Neuen Klubhause“, Kommandantenstraße 72:

Gemeinsame Versammlung

der
Fliesenleger u. Hilfsarbeiter Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung der Schlichtungskommission von den letzten Sitzungen mit den Vertretern der Firmen. 2. Diskussion. 3. Welche Stellung gedenken wir einzunehmen gegen die als „Subunternehmer“ im Auftrag arbeitenden Fliesenleger?
Alle Fliesenleger und Hilfsarbeiter, die sich als solche durch Organisationsbuch legitimieren können, haben Zutritt und sind hiermit dringend eingeladen.
283/11
J. A.: Herm. Pattlitz.



Großer Erfolg!
Tortajada, Spanische Tänzerin und Sängerin.
Catherine Barthe u. Lydia Redega, Ungarische Tänze.
Die Naningos, Handakrobat.
Paulinetti & Piquo, Reckturner.
Frank Kern m. Hund „Bolzen“.
Creo Bros, komische Akrobat.
MIB Orford mit ihren dressierten Elefanten.
Lola Lloyd, Soubrette.
Mlle. Farfalla, Paris-Soubrette.
Imro Fox, Illusionist.
Die Sledes, „Das geheimnisvolle Haus“.
La Bérat, Phantasietänzerin.
Der Biograph.

Passage-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Das glänzende Juni-programm.
Willy Prager
= 14 =
erstklassige Spezialitäten.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Deute: **Großer Elite-Tag.**
Zum 25. Male:
Die Gauklerin.
Aufführungstakt mit Gesang u. Tanz in 7 Bildern v. Edm. Helling.
Insbes.: Das Sensations-Juni-Spezialitäten-Programm.
Nur noch 3 Tage!
Im Saale: **Gr. Ball.**
Anf. 4 1/2 Uhr. Entree 30, num. 50 Pf.

Volksgarten-Theater.

Badstr. 8 (Behm- u. Belckmannstr.)
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfeste.
Jed. Donnerstag: Gr. Brill-Feuerwerk.
Volksbelästigungen aller Art.
Die Kaffeefache ist v. 1 Uhr an geöffnet.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.

Spezialarzt für 110/0*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Allgem. Deutscher Gärtner-Verein.

Ortsverwaltung Groß-Berlin.
Freitag, den 29. Juni, abends 9 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35:
Oeffentliche Friedhofsarbeiter-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Arbeitsbedingung der auf den Friedhöfen Beschäftigten. 283/0
2. Freie Ausprüche.
Alle Gärtnergehilfen, Gartenarbeiter wie Gartenfrauen werden um pünktliches, zahlreiches Erscheinen gebeten.
Der Vorstand.

Achtung! Fliesenleger! Achtung!

Donnerstag, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
der Sektion der Fliesenleger des Maurerverbandes
im Gewerkschaftshause, Engel-Platz 15 (Saal 3).
Tages-Ordnung:
1. Die letzten Vorkommnisse im Beruf. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Sektionsvorstand. J. A.: Hermann Pufahl.
144/14

Prater-Theater

Anhalter-Klee 7/9.
Täglich: **Amor von heute.**
Wohling, Humor. Varadi-Duett.
Darrington-Family, Kunsttrab-labrer. Livors, Drahtseil. Die Einbrecher von New York, Pont. The Piccad. Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Gstbahn-Park

Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)

Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich im Garten best.
in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: Freitanz.

Orts-Krankenkasse

der
Gastwirte
und verwandten Gewerbe
zu Berlin.
Bekanntmachung.
III. Abänderung zum Statuten.
§ 10 erhält unter Ziffer 2 folgenden Wortlaut:
„Erwachsene männliche und weibliche Kassensmitglieder, deren Arbeitsverdienst 2.- Mk. und mehr, aber weniger als 3.- Mk. beträgt.“
§ 52, letzter Absatz, betreffend Beschlag über Erwerb, Verdüderung und Belastung von Grundeigentum, wird gestrichelt.“
Berlin, den 28. März 1906.
Der Vorstand.
H. Poppe, G. Braun,
Vorstände. Schriftführer.
Genehmigt durch Beschluß vom 15. Mai 1906.
Der Bezirksausschuß zu Berlin.
Abteilung II.
(L. S.) Kayfer.
H. C. 45. 06
1. 274/14

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
(Meysel, Pietro, Britton, Böhm, Böckmann, Walden, Seidel, O. v. R. Schrader)
Einladung
Socherstage
8. Sonntags
7 Uhr.
Von der Reise zurück
Dr. Max Drese!
135/13* NW., Beußelstr. 15.
Gebenstr. 13 frei kleine Wohnung (22 R.) durch Bad, 20 J.

